

Arbeiten aus dem



OSTEUROPA-INSTITUT
MÜNCHEN

Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung

Working Papers

Nr. 248

August 2003

**Entwicklung und Transformation
im ländlichen Raum der Zentralukraine**

**Nachhaltige Lebenssicherungsanalyse in einer ehemals
zuckerwirtschaftlichen Sowchose in der Oblast Poltava**

Sebastian KLÜSENER

ISBN 3-921396-85-9

Gekürzte Diplomarbeit

Vorwort

Empirische Untersuchungen über die Auswirkungen der Transformation im ländlichen Alltagsleben der Ukraine sind nur selten zu finden. Makroökonomische und finanzpolitische Betrachtungen dominieren die Fachliteratur. Daher ist das Bild über die Veränderungen im ländlichen Raum auch noch stark von situationsbedingten Einzeleindrücken geprägt.

Um diese Lücke etwas zu verringern, hat sich das Osteuropa-Institut entschlossen, eine vom Autor gekürzte Fassung der Diplomarbeit von Herrn Sebastian Klüsener, die er an der Universität Heidelberg (Prof. H.-G. Bohle) und Freiburg (Prof. J. Stadelbauer) vorlegte, in seine Veröffentlichungen mit aufzunehmen, obwohl sich diese Arbeit von den sonst in der Reihe vor allem veröffentlichten Gutachten für Ministerien deutlich unterscheidet.

Die vorliegende Fallstudie beschreibt die Veränderungen der Lebensverhältnisse in einer ehemaligen Zuckerkolchosa in der Zentralukraine in den letzten zehn Jahren. Sie kann für die Zentralukraine als typisch angesehen werden, selbst wenn anzunehmen ist, dass die Entwicklung in den einzelnen Gemeinden in erheblichem Umfang auch von den jeweils vor Ort agierenden Personen geprägt wird. Daher vermitteln die beschriebenen Vorgänge einen durchaus generalisierbaren Einblick in die Strukturen der ländlichen ukrainischen Gesellschaft, in ihren Wandel und die sich daraus ergebenden Probleme. Die Ergebnisse der Fallstudie sind nicht nur wissenschaftlich interessant, sondern auch für die Gestaltung von Kooperationsprojekten bedeutsam.

München im August 2003

H. Clement

Inhaltsverzeichnis

1 Transformation im ländlichen Raum der Zentralukraine	1
1.1 Analyseansatz, Vorgehen und Methodik.....	2
1.1.1 Nachhaltige Lebenssicherung und Ländliche Regionalentwicklung	2
1.1.2 Vorgehen und Methodik	6
1.2 Einführung in das Untersuchungsgebiet.....	7
1.2.1 Oblast Poltava - ländlicher Raum mit günstiger Ressourcenausstattung.....	7
1.2.2 Rajon Hlobyne - Region der Fischerei und Landwirtschaft	7
1.2.3 Gemeinde Žuky - eine ehemalige Zuckersowchose im Wandel.....	8
2 Verwundbarkeitskontext	10
2.1 Entwicklung und Krisen in der Gemeinde zwischen 1930 und 2002.....	11
2.2 Trends.....	12
2.2.1 Überalterung der Gesellschaft	13
2.2.2 Bodendegradation	16
3 Kapitalanalyse auf lokaler und regionaler Ebene	17
3.1 Humankapital	17
3.1.1 Gesundheitsversorgung stark von der Krise betroffen	17
3.1.2 Erziehungssystem trotz Finanzknappheit noch relativ stabil.....	22
3.2 Sozialkapital.....	24
3.3 Naturkapital.....	26
3.4 Sachkapital.....	27
3.4.1 Infrastruktur relativ intakt.....	27
3.4.2 Tierbestand überwiegend in privaten Haushalten.....	31
3.5 Finanzkapital	31
3.6 Fazit	32
4 Sich verändernde Strukturen und Prozesse.....	34
4.1 Globale Systemebene.....	34
4.1.1 Weltbank und IWF	34
4.1.2 Weltmarkt für ukrainische Agrarprodukte - Die Zuckerproblematik	35
4.2 Nationale Systemebene	35
4.2.1 Von einer „pseudo-“ zu einer „post-“ oder zu einer „prämodernen“ Gesellschaft?	36
4.2.2 Von der Diktatur zur Demokratie oder zur Autokratie?	38
4.2.3 Von der Plan- zur Markt- oder zur Clanwirtschaft?	40
4.3 Regionale Systemebene	41
4.3.1 Rajonpolitik und -verwaltung	41
4.3.2 Einflussfaktoren der regionalen Landwirtschaftsentwicklung	43

4.4 Lokale Systemebene	47
4.4.1 Politik und Verwaltung.....	47
4.4.2 Landreform und Privatisierung.....	49
4.4.3 Soziale Dienste und Institutionen.....	52
4.4.4 Überblick über den Handel.....	53
4.5 Fazit	53
5 Abschluss der Nachhaltigen Lebenssicherungsanalyse	55
5.1 Erstellung und Analyse von Problemlisten	55
5.2 Strategien zur Lebensunterhaltssicherung	60
5.2.1 Formeller Arbeitsmarkt und Strategien der Unternehmen	60
5.2.2 Strategien der Haushalte	62
5.3 Nachhaltig gesicherter Lebensunterhalt - Ergebnisse	67
6 Fazit.....	71
7 Literaturverzeichnis	72
Interviewverzeichnis.....	77
Tabellenverzeichnis	78
Abbildungsverzeichnis	79
Fotoverzeichnis.....	79
Anhangverzeichnis	79

Transliterationshinweis

Die Transliteration der Ortsnamen erfolgt anhand der Regeln für die alphabetische Katalogisierung der ukrainischen Sprache (RAK, 1993, S. 427 f.). Für einige wenige Toponyme wird die gebräuchliche deutsche Schreibweise benutzt (z.B. Kiew statt Kyïv, Tschernobyl statt Čornobyl'). Bei Literaturangaben von in Deutsch oder Englisch publizierenden ukrainischen Autoren wird die Transliteration der Namen von den zitierten Quellen übernommen.

Zitierhinweis

Für die Arbeit wurde eine Reihe von Daten aus dem Internet verwendet. Diese Quellen verfügen nicht immer über eine Seitenzahl.

Umtauschkurse (Stand: 1. Februar 2002, Oanda, 2002)

1 UAH = ca. 0,22 Euro

1 Euro = ca. 4,57 UAH

Abkürzungsverzeichnis

ADG:	Action Data Group Inc.
BIP:	Bruttoinlandsprodukt
DFID:	Department for International Development
EBRD:	European Bank for Reconstruction and Development
EncUkr:	Encyclopaedia of Ukraine
ERS:	Economic Research Service, US Department of Agriculture
EU:	Europäische Union
FWA:	Fischer Weltalmanach
GUS:	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
ISA:	International Sugar Agreement
IWF:	Internationaler Währungsfonds
KfW:	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KfWB:	Koordinierungsstelle für Wirtschaftliche Beratung der KfW in Kiew
LRE:	Ländliche Regionalentwicklung
NZZ:	Neue Zürcher Zeitung
RAK:	Regeln für die alphabetische Katalogisierung
OECD:	Organisation for Economic Co-operation and Development
OSCE:	Organisation for Security and Co-operation in Europe
o.J.:	ohne Jahresangabe
SCSU:	State Committee of Statistics of Ukraine
UAH:	Ukrainische Hryvnja
UdSSR:	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNDP:	United Nations Development Programme
T:	Territoriale Verbindungsstraße
WHO:	World Health Organisation
z.n.:	zitiert nach

1 Transformation im ländlichen Raum der Zentralukraine

Im Zuge des Transformationsprozesses haben sich in der Ukraine eine Reihe von Messindikatoren menschlicher Entwicklung drastisch verschlechtert. So betrug etwa das offizielle BIP im Jahr 2000 nur noch 43,2% des Wertes von 1990 (Vincentz, 2002, S.104). Die durchschnittliche Lebenserwartung fiel zwischen 1986 und 2000 von 71,4 auf 68 Jahre (WHO, 2002), im Jahr 2000 lebten 30% der ukrainischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze von 16\$/ Monat (UNDP, 2001a). Auftretende Armutspänomene und soziale Diskrepanzen weisen Parallelen zu Strukturen und Prozessen in sogenannten Entwicklungsländern auf. Dies gilt nicht nur für die Ukraine, sondern auch für andere Gebiete Osteuropas. Daher ist laut Stadelbauer (2000, S.65) eine Anwendung von Analyserastern geographischer Entwicklungsforschung in der osteuropäischen Transformationsforschung zunehmend angebracht, was bisher aber nur selten erfolgt ist. Ebenso ist ein Mangel an Studien über den ländlichen Raum auszumachen, welche über die Betrachtung der Entwicklungsproblematik einzelner Sektoren, wie etwa der Landwirtschaft, hinausgehen. Daneben basieren nur wenige Arbeiten auf umfangreichen Erhebungen auf regionaler und lokaler Ebene. Die vorliegende Arbeit setzt an diesen Forschungslücken an, indem sie Analyseverfahren geographischer Entwicklungsforschung anwendet, um Entwicklung und Transformation in einer Gemeinde in der ländlichen Zentralukraine zu untersuchen. Hierbei sollen zunächst einige theoretische Vorüberlegungen zu den der Arbeit zugrundeliegenden Begriffen Entwicklung und Transformation aufgeführt werden, auf die im Laufe der Analyse zurückgekommen wird.

Für eine Definition des Begriffes „Entwicklung“ sind laut Sangmeister (2001, F.2) letztendlich drei Dimensionen zu berücksichtigen. Erstens eine prozessuale Dimension, d.h. Zustandsveränderungen eines Systems im Zeitablauf, zweitens eine strukturelle Dimension, d.h. eine Veränderung der Komposition der Systemelemente, und drittens eine normative Dimension, welche die beiden erstgenannten Dimensionen bewertet. Da der Begriff Entwicklung also immer eine Wertung enthält, wird der Begriff von Sachs (1992, S.30) als „amöbengleiches Wort“ kritisiert, das weniger Inhalt als vielmehr die Funktion hat, beliebigen Eingriffen die „Weihe“ zu geben, sie geschähen im Namen eines höheren evolutionären Ziels. Trotz dieser Problematik kann diese Arbeit nicht ohne eine Definition und Zielbestimmung auskommen, anhand derer sich prozessuale und strukturelle Veränderungen bewerten lassen. So wird Entwicklung definiert als ein „Prozess, der die Befriedigung der Grundbedürfnisse, eine nachhaltige und menschenwürdige Entwicklung sowie globale menschliche Sicherheit ermöglicht“ (Holtz, 1997, S.25).

Auch der Begriff Transformation ist nicht unproblematisch, so ist in der interdisziplinären Transformationsforschung die Terminologie bisher sehr umstritten. Während etwa Merkel (1999, S.74 ff.) Transformation als Überbegriff für Systemwandel, Systemwechsel und Transition definiert, so unterscheidet Schneider (1997, S.18) stattdessen in aufsteigender Reihenfolge Systemwandel, Transition, Transformation und Systemwechsel. Fassmann (1999, S.11, z.n. Klüter, 2000, S.35) wiederum plädiert für Transformation als den einzig treffenden Begriff, da Wörter wie nachholende Modernisierung, Transition oder Strukturwandel von der Fundamentalität des Wandels ablenken würden. Insgesamt weist die Transformationsforschung ein Defizit an interdisziplinärer Theoriebildung, terminologischer Klarheit und konkreten Handlungsstrategien auf (vgl. Förster, 2000, S.54).

Da sich im Verlauf der 90er Jahre die ehemals kommunistischen Länder sehr unterschiedlich entwickelten (vgl. Müller, 2001, S.1146 ff.), müsste eine allgemeine Transformationstheorie auch auf einem hohen Abstraktionsniveau angesiedelt werden (Förster, 2000, S.56). Insgesamt hat die Transformation einen entwicklungsoffenen Charakter, auch wenn die politische Zielsetzung tendenziell auf die Entwicklung demokratischer, rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Institutionen ausgerichtet ist (Förster 2000, S.55).

Einen Erklärungsansatz für diese Tendenz liefert Kühne (2001, S.148 ff.) aus systemtheoretischer Perspektive. Er vertritt die Auffassung, dass der Ostblock durch einen Mangel an internen und externen Rückkopplungsprozessen in und zwischen Umwelt, Politik, Wirtschaft und Soziokultur geprägt war. Während die sowjetische Planwirtschaft bei der Industrialisierung noch relativ erfolgreich gewesen war, so stellte sich dieser Mangel an Rückkopplungen bei dem Übergang in die postmoderne, postfordistische, durch Flexibilität gekennzeichnete Dienstleistungsgesellschaft als ein unüberbrückbares Hindernis heraus. Selbst Repression konnte die Stabilität des Systems nicht mehr gewährleisten.

Demokratisch-marktwirtschaftliche Systeme sind nach Meinung Kühnes (2001, S.148) dagegen stabiler, da der einzelne Bürger in den Prozess der Entscheidungsfindung integriert ist. So sind etwa freie Wahlen und Konsumentensouveränität wichtige Rückkopplungsmechanismen. Um eine höhere Systemstabilität zu gewährleisten, muss der Transformationsprozess daher nach Kühne (2001, S.166) eine sukzessive funktionale Differenzierung der bislang verbundenen Systeme Politik, Wirtschaft und Soziokultur wie auch ihrer Subsysteme erreichen, um Rückkopplungen zu ermöglichen.

Auch wenn also Ansätze für theoretische Erklärungen vorhanden sind, auf denen in der Analyse aufgebaut werden kann, so ist diese Arbeit bezüglich des Transformationsprozesses weniger theoriegeleitet, als vielmehr empirisch deskriptiv ausgerichtet. Ein solches Vorgehen ist nach Ansicht Stadelbauers (1997, S.73) gerechtfertigt, da immer noch ein hoher Informationsbedarf über die regionalen und sektoralen Facetten der Transformation besteht, welche vor einer theoretischen Einordnung beschrieben und analysiert werden müssen. Bei der Analyse der nationalen Ebene orientiert sich die Arbeit an den von Kühne abgegrenzten Systemen Politik, Wirtschaft und Soziokultur. Stadelbauer (2000, S.60 f.) spricht in diesem Zusammenhang von den drei Dimensionen der Transformation.

1.1 Analyseansatz, Vorgehen und Methodik

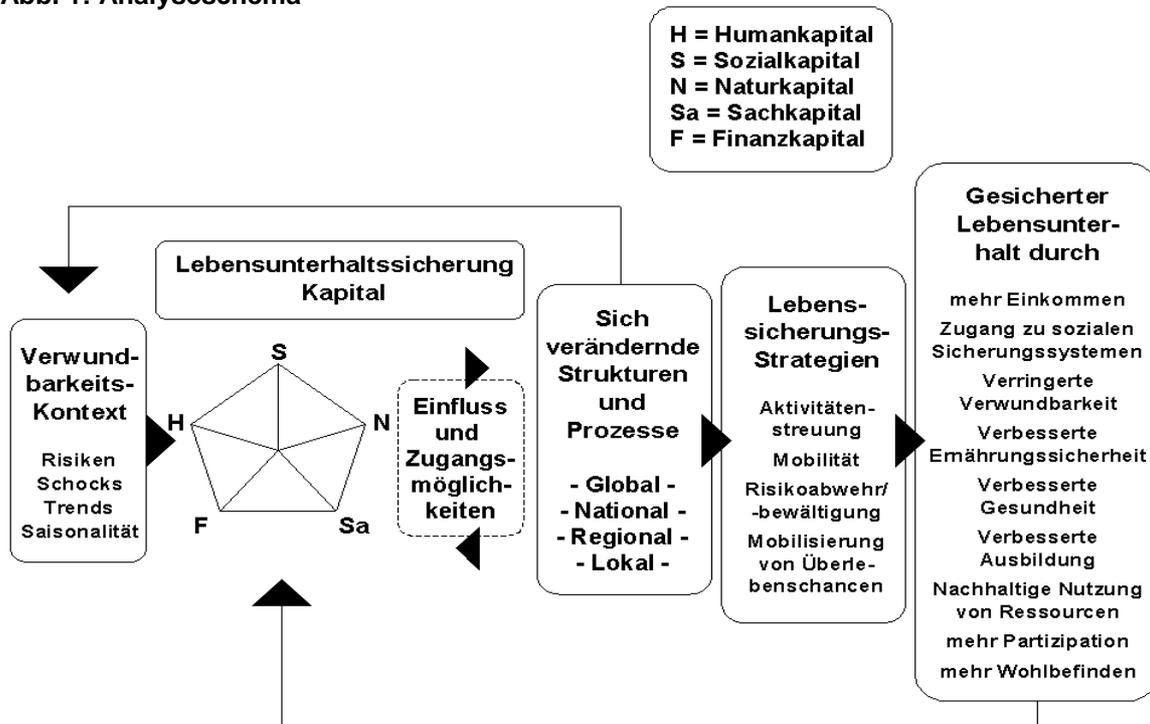
1.1.1 Nachhaltige Lebenssicherung und Ländliche Regionalentwicklung

Das Grundschema der Analyse ist an den Nachhaltigen Lebenssicherungs-Ansatz¹ (vgl. DFID, 1999; Bohle, 2001) angelehnt, wobei dieser mit Aspekten des Ländlichen Regionalentwicklungs-Konzepts (vgl. Rauch, 1996) kombiniert wird. Beide Ansätze stellen den Menschen in den Mittelpunkt von Entwicklung. So verlangt Chambers (1991, S.277), Vordenker des Nachhaltige Lebenssicherungs-Ansatzes, man müsse begreifen, was die Menschen wirklich wollen, ihre kreativen Energien wecken. Dabei gilt es, Anreize zu schaffen, dass die Zielgruppen nachhaltige, langzeit-orientierte und selbstbewusste Investitionen treffen können. Hierfür müsse man laut Chambers (1994, S.954)

¹ In deutschsprachiger Literatur ist auch die englische Bezeichnung „Sustainable Livelihood“ weit verbreitet (vgl. Derichs / Rauch, 2000).

Entwicklung aus der Perspektive des Menschen sehen, wobei die Befragten auch in die Lage versetzt werden sollen, ihre eigene Analyse über ihre eigene Realität durchzuführen.

Abb. 1: Analyseschema



Quellen: DFID, 1999, Kap. 2.1 & Bohle, 2001, S.120 (verändert)

Allerdings ist ländliche Armut nach Ansicht beider Konzepte in einer globalisierten Welt zugleich auch Resultat struktureller Bedingungen auf Meso- und Makroebene (Chambers, 1991, S.266; Derichs / Rauch, 2000, S.74). Lokale und regionale Akteure sind daher mangels Kenntnis externer Bedingungen oft mit der Erarbeitung von Strategien überfordert. Insofern ist auch der Analyse von Rahmenbedingungen, Märkten und dem institutionellen System eine ähnlich große Bedeutung zuzumessen, wie jener der Mikroebene (Derichs / Rauch, 2000, S.74). Die Arbeit beschränkt sich dabei hinsichtlich der nationalen und internationalen Sphäre aber aus Platz- und Zeitgründen auf die Analyse der Entwicklungen, die für die lokale Ebene von direkter Relevanz sind.

Die Analyse beginnt in Kap. 2 mit der Erörterung des **Verwundbarkeitskontexts**, welcher den äußeren Rahmen bildet, in dem die Menschen leben. Dieser besteht aus Schocks, Trends und Saisonalität; Prozesse, über welche die Bewohner nur wenig oder gar keine Kontrolle haben. Diese beeinflussen den Zugang zu Kapitalien (s.u.), Schocks können dabei Aktiva direkt zerstören. Trends sind dagegen vorhersehbarer, können aber in ihrer Wirkung ähnliche Folgen haben. Allerdings müssen sie nicht immer negativ sein, so können sie auch positiv Einfluss nehmen. Saisonalität wiederum beschreibt regelmäßig über das Jahr wiederkehrende Entwicklungen, die zu bestimmten Zeiten zu einer besonderen Verwundbarkeit führen können.

In Kap. 3 werden **Kapitalien/ Aktiva** diskutiert, zu denen Bewohner oder bestimmte Gruppen in der untersuchten Gemeinde Zugang haben. Dabei wird angenommen, dass die Verwundbarkeit, d.h. die Anfälligkeit der Bevölkerung gegenüber Armutspänomenen

nen, sich reduziert, je höher die Qualität und Bandbreite der zur Verfügung stehenden Aktiva ist (UNDP, 1997, S.72). Gleichzeitig vergrößern sich auch die Chancen und Möglichkeiten, Lebenssicherungsstrategien zu entwickeln. Es werden insgesamt fünf Kapitalien unterschieden:

Humankapital repräsentiert dabei Fertigkeiten, Wissen, Arbeitsfähigkeit und Gesundheitszustand der Bewohner. Dies kann sowohl durch formelle als auch informelle Systeme im Bereich Erziehung und Gesundheit beeinflusst werden. Humankapital ist von grundlegender Bedeutung, da es nötig ist, um sinnvoll von den anderen vier Kapitalien Gebrauch machen zu können. Es ermöglicht dem Eigner, verschiedene Lebenssicherungsstrategien zu verfolgen, mit denen Lebensunterhaltsziele angestrebt werden (DFID, 1999, Kap. 2.3.1).

Sozialkapital zeigt auf, in welchem Ausmaß und in welcher Form Beziehungen unter den Bürgern vorhanden sind. Durch die Eingebundenheit in Netzwerke kann Vertrauen entstehen, dass Kooperationen erleichtert und Transaktionskosten mindert, tendenziell kann vorhandenes Sozialkapital auch den Einfluss des Einzelnen auf politische und gesellschaftliche Institutionen erhöhen. Dies kann in Form horizontaler Beziehungen zwischen Menschen mit gleichen Interessen geschehen, es sind aber auch vertikale Strukturen möglich (z.B. Patron - Klient). Mitgliedschaft in formalisierteren Gruppen begünstigt die Entwicklung von gemeinsamen Regeln, Normen und Sanktionen. Auch können durch gegenseitiges Vertrauen informelle Sicherheitsnetze entstehen, die im Notfall genutzt werden können (DFID, 1999, Kap. 2.3.2). Allerdings kann Sozialkapital auch in negativer Form zum Einsatz kommen, wenn etwa einzelne Personen oder Gruppen ausgeschlossen werden. Bei vertikalen Beziehungen können auch Abhängigkeitsverhältnisse entstehen, aus denen man sich nur schwer befreien kann. Daneben beinhaltet die Mitgliedschaft in einer Gruppe in der Regel auch Pflichten, etwa Dienste für die Gemeinschaft, zu denen Menschen oft gerade in Krisenzeiten herangezogen werden (DFID, 1999, Kap. 2.3.2).

Naturkapital nimmt Bezug auf den Zugang zu vorhandenen natürlichen Ressourcen. Dies sind zum einen Aktiva, die zur Nahrungsproduktion, zum Heizen oder als Baumaterial benutzt werden können. Hierbei ist insbesondere der Zugang zu Land, Gewässern und Wäldern/ Bäumen wichtig, daneben aber auch etwa der Besitz von Nutztieren. Zum Naturkapital gehören darüber hinaus auch voll- und halböffentliche Güter wie die Qualität der Atmosphäre oder die Biodiversität. Das Naturkapital ist durch den Wechsel der Jahreszeiten im Vergleich zu anderen Kapitalien besonders saisonalen Schwankungen unterworfen (DFID, 1999, Kap. 2.3.3).

Sachkapital umfasst die Basisinfrastruktur und Investitionsgüter, die zur Lebensunterhaltssicherung benötigt werden. Infrastruktur bezieht sich dabei auf Veränderungen der physischen Umwelt, die Menschen in die Lage versetzt, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen und ihre Produktivität zu steigern. Hierfür sind etwa der Zustand der Häuser und Wohnungen, die Energie- und Wasserversorgung, Kanalisation und Abfallbeseitigung, Transport und Zugang zu Informationen zu betrachten. Investitionsgüter sind Werkzeuge und Ausstattung, die Bewohner nutzen, um die Produktion zu steigern (DFID, 1999, Kap. 2.3.4).

Finanzkapital gliedert sich in Rücklagen und regelmäßigen Eingang von Geld. Bei den finanziellen Reserven muss es sich nicht unbedingt um Bargeld und Bankguthaben handeln. So können auch Tiere und Juwelen dazu zählen, falls deren Verkauf unproblematisch ist. Hinsichtlich der regelmäßiger Geldeingänge etwa durch Einkommen oder Renten spielt auch die Verlässlichkeit der Zahlungen eine wichtige Rolle. Finanzkapital

ist vielseitig einsetzbar, da es am besten in die anderen vier Aktiva umgewandelt werden kann, wobei die Möglichkeiten beim Naturkapital nur begrenzt sind. Es kann auch zur politischen Einflussnahme genutzt werden, um Strukturen und Prozesse zu verändern, was sowohl positive wie auch negative Auswirkungen auf die Gemeinschaft haben kann (DFID, 1999, Kap. 2.3.5).

Kap. 4 eruiert die **sich verändernden Strukturen und Prozesse**. Dabei geht es um Institutionen, Organisationen, politische Entscheidungen und die Gesetzgebung, welche den Lebensunterhalt der Menschen beeinflussen. Diese wirken auf allen Ebenen, vom Haushalt bis zur internationalen Ebene, von der privaten bis zur vollkommen öffentlichen Sphäre. Durch sie wird der Zugang zu den verschiedenen Aktiva, den Strategien der Lebenssicherung, den entscheidenden Körperschaften und anderen Einflussquellen geregelt. Darüber hinaus beeinflussen sie die Austauschbedingungen zwischen verschiedenen Typen von Kapital und den ökonomischen oder anderweitigen Ertrag einer bestimmten Lebenssicherungsstrategie (DFID, 1999, Kap. 2.4).

Anlehnend an das Ländliche Regionalentwicklungs-Konzept wird dabei auch untersucht, inwieweit die verschiedenen Ebenen (global, national, regional, lokal) unterschiedlichen Logiken folgen und ob daraus Spannungsverhältnisse untereinander entstehen (Rauch, 1996, S.35 f.). Über die Art der Verbindung zwischen den Sphären kann die Logik der übergeordneten, eindringenden Ebene mehr oder minder gebrochen werden. Verfolgt etwa ein Staat eine Freihandelspolitik, so kann die globale Ebene regional und lokal sehr wirksam werden, während dies bei einer Abkopplungspolitik nur begrenzt möglich ist. Hierbei ist es aber nicht nur so, dass die Akteure der unteren Sphären nur reagieren können. Durch ihr Handeln können sie die übergeordnete Ebene mehr oder weniger beeinflussen.

Kap. 5 schließt die Nachhaltige Lebenssicherungs-Analyse ab. Ausführungen über **Lebenssicherungsstrategien** untersuchen dabei die Bandbreite und Kombination der Aktivitäten und Entscheidungen der Akteure, mit denen sie die Sicherung ihres Lebensunterhalts anstreben. Diese umfassen etwa produktive Aktivitäten, Investitionsstrategien oder die Wahl bestimmter Reproduktionsweisen des Kapitals. Die Strategien der Menschen sind dabei in der Regel sehr divers. Dies wurde nach Ansicht Chambers (1989, S.3) in der Entwicklungszusammenarbeit lange unterschätzt, was oft zu vorschnellen falschen Klassifizierungen führte. So wurden Programme zur Förderung von Fischern oder Kaffeebauern angesetzt, wobei aber ignoriert wurde, dass die abgegrenzten Gruppen ihren Lebensunterhalt oft aus einem Mix von einer Vielzahl von Aktivitäten sichern, wobei die ausgemachte Hauptaktivität nicht immer den Haupteinkommenserwerb darstellt. Dies führte oft zu Missallokationen von begrenzten Hilfsmitteln. Der Nachhaltige Lebenssicherungs-Ansatz soll den Blick weg von den Ressourcen lenken. Es soll nicht eine bestimmte Strategie gefördert werden, nur weil einfach dafür der Rohstoff vorhanden ist. Ziel sollte es sein, Auswahlmöglichkeiten zu erweitern, die Kosten zu reduzieren und Zugang zu Kapitalien auszubauen. Dabei sollte aber immer den Zielgruppen die Entscheidung überlassen bleiben, welche Aktivitäten sie ergreifen (DFID, 1999, Kap. 2.5).

Unter **Ergebnisse der Lebensunterhaltssicherung** werden die Analyseergebnisse zunächst normativ mit dem in Kap. 1 definierten Entwicklungsbegriffs verglichen. Anschließend wird erörtert, welche Ziele die Menschen anstreben und in welchem Maße sie diese bereits erreicht haben. Die Maximierung des Einkommens ist dabei nur ein mögliches Ziel, alternativ können etwa auch die Erhöhung der Lebensqualität, die Re-

duzierung der Verwundbarkeit, eine erhöhte Nahrungssicherheit oder eine nachhaltigere Nutzung der natürlichen Ressourcenbasis angestrebt werden (DFID, 1999, Kap. 2.6).

1.1.2 Vorgehen und Methodik

Der in Kap. 1.1.1 entwickelte Untersuchungsrahmen erforderte hinsichtlich der räumlichen Dimension die Sammlung und Auswertung von Datenmaterial auf lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene. Die Erkenntnisse auf den unteren beiden Sphären stützen sich dabei überwiegend auf selbst erhobene Primärdaten, die durch Sekundärdaten ergänzt wurden. Für die nationale und die globale Ebene wurde dagegen fast gänzlich auf Sekundärmaterial zurückgegriffen, da umfassende Erhebungen primärer Daten in diesen Bereichen den Rahmen der Arbeit gesprengt hätten. Bezüglich des Zeithorizontes lag der Hauptfokus auf Entwicklungen zwischen der Zeit vor Beginn des Transformationsprozesses, etwa ab Mitte der 80er Jahre, bis in die Gegenwart. Allerdings kann für ein tieferes Verständnis der Beweggründe von Akteuren die davor liegende Sowjetzeit nicht ganz unberücksichtigt bleiben.

Bei der Wahl der zu untersuchenden Gemeinde waren vier Kriterien leitend. Erstens sollte sie in der Zentralukraine, im Übergang zwischen der landwirtschaftlich geprägten, überwiegend ukrainisch sprechenden, Westukraine und der industriell geprägten, mehrheitlich russisch sprechenden, Ostukraine liegen, da bezüglich des Transformationsprozesses auch relevant ist, inwieweit die Nationalstaatskonsolidierung bei zwei so unterschiedlichen Landesteilen gelingt (vgl. Pleines, H., 1998, S.365 f.; Huntington, 1998, S.263 ff.). Dieser Aspekt erwies sich aber in den Untersuchungen als relativ unerheblich. Zweitens sollte zu Zeiten der Sowjetunion der Schwerpunkt der landwirtschaftlichen Aktivitäten auf dem Zuckerrübenanbau gelegen haben, der in den 90er Jahren einen besonders hohen Produktionseinbruch erlitt (vgl. Cramon-Taubadel, 1999, S.271). Drittens sollte es sich weder um eine Vorzeige- noch um eine Problemgemeinde handeln, viertens sollte sie bisher noch nicht Objekt eines ähnlichen Forschungsvorhabens gewesen sein.

Bei den Erhebungen wurde zunächst schnellen Methoden der Vorzug gegeben, um dem Autor rasch einen Überblick zu ermöglichen. Zum Ende des Prozesses kamen hingegen vermehrt partizipative Methoden zum Einsatz, in denen Ergebnisse der Erhebungen mit Gruppen von Bewohnern diskutiert und Entwicklungsperspektiven eruiert wurden, so dass Forscher und Zielgruppen von dem Prozess profitieren konnten. Die dabei verwendeten Methoden werden jeweils zusammen mit den Ergebnissen dargestellt. Hinsichtlich der extraktiven Methoden lag der Schwerpunkt auf qualitativen Experteninterviews². Dabei wurden Bewohner der Gemeinde und Funktionsträger auf lokaler und regionaler Ebene befragt. Die interviewten Akteure wurden überwiegend gezielt ausgewählt und um ein Gespräch gebeten, um möglichst alle Aspekte der Lebenssicherung abzudecken und ein möglichst diverses Bild an Sichtweisen zu gewinnen (DFID, 1999, Kap. 4.5). Teilweise wurden Bewohner auch zufällig, situationsbedingt, angesprochen.

Die Resultate der Erhebungen wurden, soweit vorhanden, mit statistischen Daten verglichen, welche in der Ukraine bis hinunter zur lokalen Ebene in detaillierter Form erhoben werden. Dies ist ein Erbe der ehemaligen Planwirtschaft, bei der Statistiken als Grundlage für die Erstellung des Plans und die Überprüfung der Ergebnisse eine tra-

² Ein Verzeichnis der durchgeführten Interviews findet sich im Anhang.

gende Rolle spielten. So standen für jede der fünf Ortschaften der Gemeinde Žuky umfangreiche statistische Daten aus dem Jahr 2001 zur Verfügung, die den Zeitraum von 1996 bis 2001 abdecken (vgl. Žuky, 2001a-e).

1.2 Einführung in das Untersuchungsgebiet

1.2.1 Oblast Poltava - ländlicher Raum mit günstiger Ressourcenausstattung

Die Oblast Poltava liegt im Osten der Zentralukraine. Mit 28.800 km² ist sie in etwa so groß wie das Bundesland Brandenburg. Sie erstreckt sich auf einer Ebene, die vom Poltava-Plateau im Nordosten zum Dnjeprtiefeland im Südwesten abfällt. Das Klima ist moderat kontinental, die mittlere Januar-temperatur beträgt -6,8 °C, die mittlere Julitemperatur 20,9 °C. Durchschnittlich fallen jährlich zwischen 430 und 500 mm Niederschlag (EncUkr, 1993, S.131). Die Böden sind überwiegend fruchtbare Tschernosemerden, der durchschnittliche Bodenindex von 72 liegt leicht über dem ukrainischen Durchschnitt von 69 (ADG, 2000). Vom Tschernobylunfall sind sie nur wenig betroffen. Die Oblast verfügt über Öl- und Gasvorkommen, die seit den 50er Jahren gefördert werden. Die Ölreserven sind allerdings heute schon überwiegend ausgebeutet. Im Süden der Region gibt es Erzlagerstätten (ADG, 2000). Insgesamt besitzt die Region eine relativ gute Ressourcenausstattung.

Am 1.1.2001 lebten in der Oblast 1.660.200 Bewohner (58 Einwohner/ km²), 58,7% davon in Städten (Poltava, 2001b, S.19). Die Bevölkerungsdichte liegt damit weit unter dem Durchschnittswert der Ukraine, der 82 Einwohner/ km² beträgt (FWA, 2002). Die mit Abstand größten Städte sind Poltava (310.300 Einwohner) und Kremenčuk (237.000 Einwohner) (Poltava, 2001b, S.14), in denen sich auch die industrielle Produktion konzentriert. Bis Anfang der 90er Jahre war die Lebensmittelindustrie der dominierende Wirtschaftssektor. Deren Absatzmärkte lagen damals aber überwiegend außerhalb der Ukraine in Russland und anderen Staaten der UdSSR. Diese Märkte fielen nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion größtenteils weg, was diesen Industriezweig in eine schwere Krise stürzte. Heute ist daher die Erdölindustrie der wichtigste Wirtschaftszweig (ADG, 2000).

Die Landwirtschaft spielt traditionell eine wichtige Rolle, auch wenn die Ernteerträge und die Fleischproduktion u.a. bedingt durch den Niedergang der Lebensmittelindustrie in den 90er Jahren stark zurückgingen. Das landwirtschaftliche Hauptanbauprodukt ist Getreide, daneben spielt die Zuckerrüben- und die Sonnenblumenproduktion eine wichtige Rolle. Auch die Tierzucht ist in der Oblast eine wichtige landwirtschaftliche Aktivität (EncUkr, 1993, S.132; ADG, 2000).

1.2.2 Rajon Hlobyne - Region der Fischerei und Landwirtschaft

Der Rajon Hlobyne liegt im Südwesten der Oblast nahe der Stadt Kremenčuk. In seiner jetzigen Form besteht der Bezirk erst seit Mitte der 60er Jahre. Damals wurden die drei Rajone Belykye Krynyky, Hlobyne und Hradyz'k zusammengelegt, weil sie durch das Aufstauen des im Südwesten angrenzenden Kremenčuker Stausees weite Teile ihrer ehemaligen Fläche verloren hatten. Mit einer Ausdehnung von 2.477 km² ist der Bezirk knapp 100 km² kleiner als das Saarland. Der Rajon gehört damit zu den größten der Ukraine. Am 1.1.2001 lebten dort 58.600 Menschen, mit 23,7 Einwohnern pro km² hat er die zweitniedrigste Bevölkerungsdichte in der Oblast (Poltava, 2001b, S.14 f.).

Der Bezirk liegt im Dnjeprtiefland auf dem mittleren und höheren Teil der Terrassen des Dnjeprs, welche überwiegend glazial geformt sind (EncUkr, 1984, S.688 f.). Der mittlere Teil ist von Sand geprägt und war ursprünglich mit Kiefernwäldern bestanden. Der höhere Teil, in dem auch die untersuchte Gemeinde liegt, ist mit Löss bedeckt, welcher in mehrfach abwechselnden Akkumulations- und Erosionsperioden mehrere Terrassen aufgebaut hat. Die Terrassen bilden eine sedimentäre Fläche, die von einigen weiten, sumpfbartigen Zuflüssen des Dnjeprs geteilt wird (EncUkr, 1984, S.688 f.). Tschernosemerden dominieren, daneben treten versalzene Tschernosem, grauer Löss und Sumpfböden auf, in Flusstälern haben sich graue Podsolerden gebildet (EncUkr, 1993, S.131).

Auch wenn die Verwaltung und das Rajonparlament heute ihren Sitz in Hlobyne haben, so war nach Auskunft eines Geschichtslehrers lange Zeit die im Südwesten des Rajons liegende Stadt Hradyz'k bedeutender gewesen. Von dieser ging auch die dauerhafte Besiedlung des heutigen Rajongebietes aus, nachdem man die Gegend halbwegs vor einfallenden Reiterstämmen gesichert hatte. So wurden Hlobyne und auch die untersuchte Gemeinde Žuky etwa Anfang des 18. Jh.s gegründet.

Die Stadt Hlobyne ist von der Nahrungsmittelindustrie geprägt. Es gibt dort eine große Zuckerfabrik (vgl. Foto 6, S.82), daneben Fleischwaren- und Konservenindustrie. Hradyz'k ist durch die Aufstauung des Stausees heute eine Hafenstadt mit Fischereindustrie. Im Westen des Rajons befinden sich an der Küste des Sees eine Anzahl von großen Fischzuchtbetrieben. Diese gehören nach Auskunft des Leiters der Rajonadministration zu den größten Europas. Sie züchten Lebendfische, die überwiegend in den Kremenčuker Stausee ausgesetzt werden, um die Fischereiflotte mit Fanggut zu versorgen. In der Oblast Poltava gilt der Rajon Hlobyne deshalb auch als der Fischrajon. Bei der landwirtschaftlichen Produktion dominiert nach Auskunft des Leiters der Agrarabteilung der Rajonverwaltung Getreide, daneben spielt die Zuckerrübenproduktion eine wichtige Rolle, auch wenn dort die Ernteerträge in den letzten Jahren stark zurückgingen. Darüber hinaus ist die Tierzucht von Bedeutung.

1.2.3 Gemeinde Žuky - eine ehemalige Zuckersowchose im Wandel

Die Gemeinde Žuky besteht aus den fünf Ortschaften Žuky³, Kolomycivka, Pavlivka, Žornjaky und Novoselivka (Karte: Anhang 1). Auf einer Fläche von ca. 68,5 km² lebten am 1. Januar 2001 1.094 Einwohner (15 Einwohner/ km²) (Žuky, 2001a-e, S.1 f.). In ihrer heutigen Form existiert die Kommune seit 1974, als im Zuge der Umwandlung von einer Kolchose in eine staateigene Sowchose das Dorf Novoselivka eingemeindet wurde, welches bis dahin direkt der Zuckerraffinerie in Hlobyne unterstanden hatte. Die neuentstandene Sowchose war auf die Produktion von Zuckerrübensetzlingen spezialisiert.

Das Hauptdorf Žuky befindet sich im Südosten des Gemeindegebiets, der östliche Ortsrand liegt weniger als 1 km vom Siedlungsrand des Rajonzentrums Hlobyne entfernt. Nahe des Dorfzentrums kreuzen sich die beiden einzigen Durchgangsstraßen der Gemeinde. Dies sind die im Osten in Nord-Süd-Richtung verlaufende territoriale Ver-

³ Um Verwechslungen zwischen der Gemeinde und dem gleichnamigen Dorf Žuky zu vermeiden, wird in der Folge in der Regel explizit darauf hingewiesen, auf welche Bezugsebene sich eine Aussage bezieht. Wenn jedoch lediglich von Žuky die Rede ist, so handelt es sich um das Dorf.

bindungsstraße T-1716⁴ Chorol - Kremenčuk und die sich im Süden in West-Ost Richtung erstreckende Straße zwischen Hlobyne und Horby, einer Gemeinde im Osten Žukys. In der Nähe dieser Kreuzung liegt auch die Straße, in der mit der Bürgermeisterin, einem ehem. Kolchosleiter, dem größten privaten Farmer u.a. die Nomenklatura der Gemeinde wohnt. Kolomycivka und Pavlivka liegen 3,5 km nördlich des Hauptdorfes jeweils östlich und westlich der T-1716, wobei sie praktisch eine Siedlungseinheit bilden. Nahe der drei Orte Žuky, Kolomycivka und Pavlivka verläuft in etwa parallel zur T-1716 das sumpftartige Flussursprungsgebiet des „Trockenen Kahamlyk“, der bei Kremenčuk in den Dnjepr fließt. Die Lage der Dörfer entlang eines Gewässerlaufs ist typisch für die Mehrzahl der Ortschaften der Region.

Žornjaky und Novoselivka liegen dagegen vier bzw. zehn Straßenkilometer entfernt von der T-1716 im relativ abgeschiedenen Nordwesten der Gemeinde. Sie sind lediglich durch eine von der Verbindungsstraße abgehende Stichstraße erreichbar. In diesen beiden Dörfern befindet sich abgesehen vom äußersten Westen des Dorfgebietes von Novoselivka kein Ursprungsgebiet eines Flusses, weshalb hier nach Angabe der Administration die besten Schwarzerdeböden der Kommune sind.

Da für die Erhebungen keine eigenen Transportmittel zur Verfügung standen, wurden Untersuchungen lediglich im Dorf Žuky und im Rajonzentrum Hlobyne durchgeführt. Dabei wurden aber auch momentane und ehemalige Bewohner der anderen vier Dörfer befragt. Durch eine Fahrt mit dem Schulbus konnten alle Orte zumindest einmal besucht werden, wobei lediglich in Novoselivka ein kurzer Aufenthalt möglich war. Daher konnten nur begrenzt Primärdaten über Kolomycivka, Pavlivka, Žornjaky und Novoselivka gesammelt werden.

⁴ Die Ukraine verwendet vier Kategorien zur Kennzeichnung von Straßen: Europäisch (E), National (M), Regional (R) und Territorial (T).

2 Verwundbarkeitskontext

In diesem Kapitel wird zunächst der Aspekt der Saisonalität erörtert. Anschließend werden die Ergebnisse einer partizipativen Befragung diskutiert. Diese hatte primär zum Ziel, mögliche **Schocks** bzw. **Krisen** und **Trends** auszumachen, denen die Bevölkerung in der jüngeren Vergangenheit ausgesetzt war. Gleichzeitig geben die Resultate einen Einblick in die Entwicklungssituation der Gemeinde aus Sicht der Bewohner über einen Zeitraum von etwa zwei Generationen. Nachfolgend werden Trends angesprochen, welche Konsequenzen für den Verwundbarkeitskontext haben, ohne dabei von der Bevölkerung direkt beeinflusst werden zu können.

Hinsichtlich der **Saisonalität** ist der Winter die kritischste Zeit. Bei Durchschnittstemperaturen von $-6,8\text{ °C}$ im Januar in der Oblast Poltava (EncUkr, 1993, S.131) muss die ausreichende Versorgung mit Heizmitteln sichergestellt sein (vgl. Kap. 3.3; Kap. 3.4.1). Angesichts der in der Regel geringen Geldbestände (vgl. Kap. 3.5) muss es dem Haushalt auch gelingen, über den Sommer genügend Vorräte für den Winter anzulegen. Dabei sind nicht nur die Haushaltsmitglieder zu berücksichtigen, sondern auch die für das Einkommen wichtigen Nutztiere (vgl. Kap. 5.2.2). Dies gelingt nach Einschätzung von Einwohnern nicht jedem in ausreichendem Maße. So kann es passieren, dass zum Ende des Winters im Februar/ März die Nahrung knapp wird.

Die Preisentwicklungen für Agrarprodukte über das Jahr scheinen nach Auskunft von Bewohnern in der Regel mit Angebot und Nachfrage zu variieren. Dies ist aus marktwirtschaftlicher Sicht zunächst positiv zu bewerten. So treten dadurch etwa bei der Tierhaltung keine Probleme auf. Bei den Anbaugütern führt es aber in der Erntezeit angesichts eines Überangebots zu sinkenden Preisen. Die Agrarbetriebe sind in der Regel zum schnellen Verkauf gezwungen, da es ihnen oft an Liquidität und adäquaten Lagerungsmöglichkeiten mangelt, wodurch ein Abwarten erschwert wird. Verschärfend kommt hinzu, dass strategisch wichtige Transport- und Lagerkapazitäten, etwa zu Exporthäfen im Süden des Landes, noch in staatlicher Hand und/ oder monopolisiert sind. Dadurch wird die Infrastruktur zum Engpass, der Weltmarkt kann seine regulierende Wirkung nicht ausüben (Hoffmann / Vincentz, 2002, S.469). So führte die Rekordernste 2001 zu der paradoxen Situation, dass sich die Verwundbarkeit der Betriebe erhöhte. Das Überangebot führte zu drastisch sinkenden Preisen, obwohl für das Getreide Abnehmer auf dem Weltmarkt vorhanden gewesen wären, die aber angesichts des Infrastrukturengpasses nicht erreicht werden konnten (Vincentz, 2002, S.101). So hatte etwa auch in Žuky die aus der Sowchose hervorgegangenen Firmenkonstruktion Lanagro/ Viktorija⁵ im Januar ihre Getreideernte noch nicht verkaufen können. Hierdurch konnte sie schon seit drei Monaten keine Löhne auszahlen. Angesichts eines zunehmenden Engagements privater Investoren im Transport- und Lagerungsbereich ist laut Hoffmann / Vincentz (2002, S.469) allerdings bald mit einer Besserung in diesem Bereich zu rechnen.

⁵ Im Text wird der Einfachheit halber in der Regel nur von Lanagro gesprochen, auch wenn damit die beiden Nachfolgefirmen Lanagro und Viktorija gemeint sind, da diese letztendlich eine Firma darstellen (vgl. Kap. 5.2.1)

2.1 Entwicklung und Krisen in der Gemeinde zwischen 1930 und 2002

Im Rahmen einer partizipativen Befragung wurden drei Gruppen unabhängig voneinander gebeten, sogenannte „Zeitlinien“ zu erstellen. Dabei sollten sie aus ihrer Sicht die Entwicklung der allgemeinen Situation der Bevölkerung anhand einer Kurve in einem Koordinatensystem einschätzen. Die Zusammensetzung der Gruppen ist in Tab. 1 dargestellt, die Ergebnisse in Anhang 2. Auf der Abszisse des Koordinatensystems ist dabei die Zeit abgetragen, auf der Ordinate die Zustände „Sehr schlecht“, „Schlecht“, „Mittel“, „Gut“, und „Sehr gut“. Darüber hinaus sind auf der Zeitachse Ereignisse aufgeführt, die von mindestens einer der Gruppen beim Erstellen der Kurven berücksichtigt wurden. Bei der folgenden Ergebnisanalyse wurde zusätzlich auf Sekundärmaterial zurückgegriffen, um die Hintergründe zu untersuchen.

Tab. 1: Übersicht über die Gruppen bei der partizipativen Befragung

Farbe	Gruppe
grau	Rentnerehepaar* - Frau, ehemalige Köchin in der Sowchose - Mann, ehemalige Mechaniker in der Sowchose
hellgrau	Lehrer der Schule in Žuky - ehemalige Schulleiterin - zwei junge Lehrerinnen - junger Lehrer
schwarz	Mitarbeiter der Gemeindeadministration - Sekretärin - Buchhalterin - Verantwortliche für Landfragen
* Die Kurve der Rentner wurde vom Dolmetscher gezeichnet, da das Diagramm ihnen Schwierigkeiten bereitete.	

Quelle: Eigene partizipative Befragungen am 4. und 5.2.2002

Gleich zu Beginn der 30er Jahre ist mit der großen Hungersnot in der Ukraine eine „Schocksituation“ auszumachen, die auch den jüngeren Bewohnern noch ein Begriff ist. In dieser Krise starben ca. 5 - 7 Mio. der damals etwa 32 Mio. Ukrainer. Die Ursachen der Hungersnot sind in der wissenschaftlichen Diskussion umstritten. So vertritt u.a. Conquest (1993, S.192) die Meinung, dass die Hungersnot künstlich durch die sowjetische Führung verursacht worden wäre, um u.a. den Willen der ukrainischen Bauern zu brechen, die sich der Kollektivierung widersetzen. Tauger (1991, S.89) hingegen argumentiert, dass eine hauptsächlich durch Kollektivierungsbemühungen bedingte Missernte zu einem Mangel an Nahrung geführt hätte. Dabei wäre die Sowjetführung in Moskau über den Hunger unter den Arbeitern in den Städten besser informiert gewesen, als über die noch schlimmere Situation auf dem Land, weswegen sie der Sicherstellung der Versorgung der Stadtbevölkerung Priorität eingeräumt hätte. Conquest (1993, S.192) führt dagegen ins Feld, dies würde nicht Berichte erklären, dass Hilfslieferungen an der russisch-ukrainischen Grenze gestoppt wurden. Daneben wäre in vielen Dörfern nicht allgemeine Knappheit das Problem gewesen, sondern die Konfiszierung der gesamten Ernte.

Als zweiter Schock ist der Zweite Weltkrieg auszumachen. Nach Schilderungen einer Rentnerin wurden zu Beginn alle wehrfähigen Männer eingezogen. Etwa drei Monate nach Kriegsbeginn wurde das Dorf im September 1941 durch die Deutschen besetzt. Diese verschleppten mehr als 100 junge Frauen und Männer (Zorja komunizmu,

18.8.1990) als Ostarbeiter ins Deutsche Reich. In der Gemeinde verblieben lediglich Kinder und Ältere. 1943 wurde das Gebiet von der sowjetischen Armee zurückerobert, wobei die Deutschen beim Rückzug noch fast alle Gebäude in Brand gesteckt hatten. Die Sowjetarmee rekrutierte nach der Rückeroberung die männliche Dorfjugend, von der nach Auskunft der Rentnerin nur wenige aus den Kampfhandlungen zurückkamen.

Nach dem Krieg gehen die Kurven aller drei Gruppen über einen Zeitraum von 30 Jahren aufwärts. 1955 wurde der neue Klub eröffnet, zur gleichen Zeit entstand ihm gegenüber ein großes Denkmal, das an die Opfer des Zweiten Weltkriegs erinnert. Anfang der 60er Jahre war die Kolchose nach Auskunft der Sekretärin der Administration Millionär, besaß also mehr als eine Million Rubel⁶. Damals wurde praktisch jährlich eine neue große Investition vorgenommen, indem man Gebäude bzw. Ställe baute oder Maschinen beschaffte. In den 70er Jahren wurde das Verwaltungsgebäude errichtet, in welchem heute die Firma Lanagro und die Gemeindeadministration ihren Sitz haben. Die Dorf- und Verbindungsstraßen der Gemeinde wurden in den 80er Jahren asphaltiert, das Dorf Žuky besaß zu dieser Zeit nicht nur ein Lebensmittelgeschäft, sondern auch einen Kleidungs- und einen Haushaltswarenladen. So werden die 80er Jahre von allen drei Gruppen auch als beste Zeit bewertet.

Die Zeit nach 1991 führte dann zum dritten auszumachenden Schock, die noch anhaltende Transformationskrise, deren Wirkungen und Ursachen in den folgenden Kapiteln diskutiert wird. Dabei schätzt die Administrationsgruppe die Situation zwischen 1994 und 1998 als „schlecht“ ein, während die Werte der beiden anderen Gruppen zu dieser Zeit nicht unter „mittel“ absinken. Dass die Situation von der Administration negativer bewertet wird, mag daran liegen, dass die Mitglieder dieser Gruppe relativ jung sind, daher Hungersnot und Krieg nicht miterlebt haben. Das Jahr 1998 wird als Tiefpunkt der Krise bewertet. Damals hatten Turbulenzen auf den asiatischen Finanzmärkten die russische Rubelkrise mitausgelöst, die sich schnell auf die Ukraine ausweitete. Viele Anleger zogen fluchtartig ihr Kapital zurück, die ukrainische Hryvnja verlor damals in kurzer Zeit die Hälfte ihres Wertes (Hoffmann / Vincentz, 2002, S.465).

Ab 1999 zeigen die Kurven nach oben bzw. bei den Lehrern zumindest nicht mehr nach unten. Es scheint also unter den Befragten momentan das Gefühl zu geben, dass sich die Situation tendenziell verbessert. Vergleicht man abschließend die drei Krisensituationen, so wird deutlich, dass alle im überwiegenden Maße durch politische oder ökonomische Entwicklungen bedingt waren, die ihre Ursachen teilweise in beträchtlicher räumlicher Ferne hatten.

2.2 Trends

Um Wiederholungen zu vermeiden, werden in diesem Abschnitt zunächst lediglich diejenigen Trends erörtert, die nicht unmittelbar mit dem Transformationsprozess zusammenhängen. Dabei konzentriert sich die Analyse auf die zunehmende Überalterung der Gesellschaft und die Bodendegradationsprobleme. Durch die Transformation bedingte politische, wirtschaftliche oder soziale Trends werden dagegen unter der Überschrift „Sich verändernde Strukturen und Prozessen“ in Kap. 4 beschrieben.

⁶ Hinsichtlich der Darstellung von Rubelwerten in westlicher Währung ergibt sich das Problem, dass es zwar jeweils offizielle Umtauschkurse gab, welche von der sowjetischen Regierung festgesetzt wurden. Diese stellten aber nicht den wirklichen Wert dar. Daher verzichtet diese Arbeit generell auf eine Umrechnung von jeweiligen Rubelwerten.

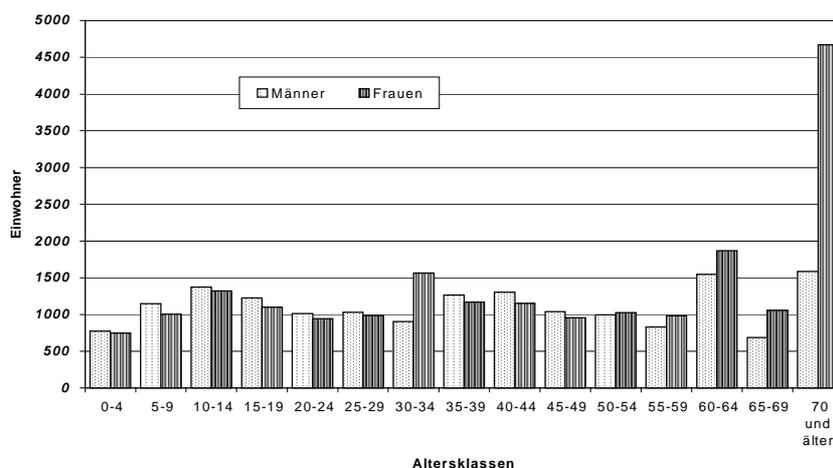
2.2.1 Überalterung der Gesellschaft

Der Überalterungsprozess der ländlichen Bevölkerung war schon zu Sowjetzeiten ein Problem. Bridger (1987, S.217 ff.) stellt dabei die These auf, dass dies insbesondere auf die vorhandene Geschlechterproblematik zurückzuführen war. So hatte auch die Ukraine traditionell eine patriarchalische Gesellschaftsstruktur. In diese drang aber nun die Sowjetmacht ein, welche die Gleichstellung der Frau ideologisch anstrebte. Dieses Ziel wurde aber nur halbherzig verfolgt, da es im wirtschaftlichen und militärischen Wettlauf mit den USA andere Prioritäten gab. So wurde eine Gleichstellung hinsichtlich der Bildungsmöglichkeiten erreicht, im Arbeitsleben und der Familie blieb sie den Frauen aber zumindest im ländlichen Raum oft verwehrt (Bridger, 1987, S.217 ff.).

So wurde auch während der Erhebungen festgestellt, dass die älteren Frauen überwiegend einfache Feld- oder Stallarbeiterinnen waren. Die Männer hatten hingegen eher technische Berufe. Auch wurde beobachtet, dass Frauen zusätzlich den Großteil der Hausarbeit erledigen, insofern also eine Doppelbelastung zu tragen haben, wovon auch Bridger (1987, S.217 ff.) berichtet. Die durch die Bildung emanzipierten Frauen reagierten darauf mit einer Reduktion der Kinderzahl, um dadurch die Arbeitslast zu verringern. So waren und sind etwa die Abtreibungsraten in der Ukraine sehr hoch (vgl. Kap. 3.1.1). Durch die zunehmende Technisierung der Landwirtschaft wurden die einfachen Arbeitsplätze der Frauen oft faktisch wegrationalisiert bzw. zu saisonalen Beschäftigungen. Dadurch nahm die Abhängigkeit der Frauen gegenüber ihren Männern zu. All dies hatte laut Bridger (1987, S.217 ff.) zur Folge, dass es insbesondere unter der jungen weiblichen Landbevölkerung zu einer massiven Landflucht kam, was sich in sogenannten „Brautproblemen“ bemerkbar machte.

Zur Überprüfung dieser These wird mit den Daten für die Landgemeinden des Rajons gearbeitet (vgl. Abb. 2), da für die Bevölkerungsdaten der Gemeinde hinsichtlich der Altersklassen nur stark aggregierte Daten vorliegen. Ein „Brautproblem“ ist dabei aber nicht auszumachen, vielmehr zeigt sich für die Altersklasse der 30-34-jährigen eher ein „Bräutigamproblem“. Dort kommen auf Basis der Daten vom 1.1.2001 auf 904 Männer 1.565 Frauen (Hlobyne, 2002).

Abb. 2: Landbevölkerung des Rajons Hlobyne (nach Geschlecht/ Alter)



Quelle: Hlobyne, 2002

Bei diesem Frauenüberschuss könnte es sich um für die Zuckerrübenerrnte angeworbene westukrainische Wanderarbeiterinnen handeln, die sich Anfang der 90er Jahre als junge Frauen angesichts der hereinbrechenden Krise entschieden haben, in dieser Gunstregion zu bleiben, anstatt in die kargere Heimat zurückzukehren. So wurden gerade im abgelegenen Dorf Novoselivka Frauen angetroffen, die ursprünglich aus der Westukraine kamen. Für diese Hypothese spricht auch, dass bei den Vergleichsdaten für die Städte des Rajons in dieser Altersklasse keine hohe Abweichungen zwischen der Anzahl der Männer und Frauen bestehen. Dies könnte zur Folge haben, dass die Altersgruppe um das Geburtsjahr 1970 eine besonders hohe Anzahl kinderloser alleinstehender Frauen hat, auch wenn die Zahl im Vergleich zu der Altersklasse der über 70-jährigen noch relativ gering ist.

Hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung der Gemeinde Žuky ist für den Zeitraum zwischen 1996 und 2001 (vgl. Tab. 2) ein durchschnittlicher jährlicher Rückgang um 1,33% festzustellen, obwohl dabei ein positives Wanderungssaldo verzeichnet wurde. Dieses wird aber durch einen Sterbefallüberschuss mehr als ausgeglichen. Die Kommune liegt damit weit über dem Vergleichswert für die Ukraine, welcher für den Zeitraum einen jährlichen durchschnittlichen Rückgang um ca. 0,6% aufweist (SCSU, 2001). Auch die gemittelte jährliche Sterbeziffer der Gemeinde liegt mit 24,03 weit über dem ukrainischen Durchschnitt von 14,98 (WHO, 2002), die Geburtenziffer ist mit 8,13 leicht unter dem nationalen Vergleichswert von 8,4 (WHO, 2002).

Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung in der Gemeinde Žuky 1.1.1996-1.1.2001

	Žuky	Kolomy-civka	Pavlivka	Žornjaky	Novo-selivka	Total
Bevölkerung 1.1.1996	673	151	179	20	147	1170
Bevölkerung 1.1.2001	668	120	160	12	134	1094
jährlicher Rückgang (%)	-0,15	-4,49	-2,22	-9,71	-1,83	-1,33
Geburten	28	9	2	0	7	46
Sterbefälle	72	27	16	8	3	136
natürliche Bevölkerungsentwicklung	-44	-18	-14	-8	6	90
dauerhafte Zuwanderung	58	9	11	0	14	92
dauerhafte Abwanderung	19	22	6	0	21	78
dauerhafter Wanderungssaldo	39	-13	5	0	-7	14

Quelle: Žuky, 2001a-e, S.2

Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass sich die Altersstruktur der Kommune deutlich von jener der Ukraine unterscheidet (vgl.

Tab. 3). So hat die Gemeinde einen für ländliche Regionen in der Oblast Poltava typischen hohen Anteil von Personen im Rentenalter. Bei der weiblichen Bevölkerung ist dieser noch ausgeprägter. So sind 43,4% der Frauen der Kommune älter als 55 Jahre (Žuky, 2001a-e, S.2). Hierdurch lässt sich zumindest teilweise eine höhere Sterbeziffer

erklären, weitere mögliche Einflussfaktoren wie Gesundheitssystem, Umwelt und Lebensweise werden in den folgenden Kapiteln analysiert werden.

Alle Dörfer der Gemeinde verzeichnen einen Sterbeüberschuss, hinsichtlich des Wanderungssaldos ergeben sich jedoch deutliche Unterschiede. Das Hauptdorf Žuky hat als einziger Ort einen Wanderungsüberschuss, bei Žornjaky ist der Saldo ausgeglichen, die anderen Dörfer vermelden ein Defizit (vgl. Tab. 2). Insgesamt bewirken die Wanderungsbewegungen einen Konzentrationsprozess der Bevölkerung zugunsten des Hauptdorfes. Das Dorf Žornjaky wird wohl in nächster Zeit aufgegeben werden, da kein einziger der Bewohner jünger als 55 Jahre alt ist. Das gleiche Schicksal hat auf dem Gemeindegebiet schon das Dorf Pokotylivka ereilt, welches sich wie Žornjaky im abgelegenen Nordwesten befand (vgl. Karte in Anhang 1).

Tab. 3: Altersstruktur der Bevölkerung in Prozent am 1.1.2001

Bezugsebene	Jugend*	Arbeitsfähige Bevölkerung**	Pensionäre***
Ukraine	18,7	58,0	23,3
Oblast Poltava	18,0	55,7	26,3
• Landbevölkerung	18,2	49,4	32,4
Rajon Hlobyne	18,8	50,5	30,7
• Landbevölkerung	18,5	48,3	33,2
Gemeinde Žuky	19,6	49,1	31,3
• Žuky	18,6	50,9	30,5
• Kolomycivka	19,2	45,8	35,0
• Pavlivka	19,4	51,9	28,7
• Žornjaky	0,0	16,7	83,3
• Novoselivka	26,9	42,5	30,6

* Frauen und Männer (0 - 15 Jahre)
 ** Frauen (15-55 Jahre); Männer (15 - 60 Jahre)
 *** Frauen (älter als 55 Jahre); Männer (älter als 60 Jahre)

Quellen: Žuky, 2001a-e, S.2; Hlobyne, 2002; Poltava, 2001, S.17

Betrachtet man beim Wanderungssaldo die für die zukünftige Entwicklung wichtige Gruppe der 16- bis 28-jährigen, so ist bei den dauerhaften Umzüge für die letzten fünf Jahre ein Zuwachs von drei Bewohnern zu vermelden. Zusätzlich haben jedoch 25 Bürger dieses Alters die Kommune temporär verlassen (Žuky, 2001a-e, S. 2). Dabei handelt es sich in der Regel um Schüler und Studenten (vgl. Kap. 3.1.2), die in Städten weiterführende Bildungseinrichtungen besuchen. Es ist fraglich, ob es sich hierbei wirklich nur um temporäre Abwanderungen handelt. So berichteten Dorfbewohner, dass viele anschließend nicht mehr in die Gemeinde zurückkehren. Hierdurch könnte sich rückwirkend für die Jahre 1996 bis 2001 ein negatives Wanderungssaldo für diese Altersgruppe ergeben.

Hinsichtlich der Entwicklung der Anteile der drei Altersklassen Jugend, arbeitsfähige Bevölkerung und Pensionäre für die Landgemeinden des Rajons Hlobyne stehen nur Daten für den Zeitraum zwischen 1999 und 2001 zur Verfügung. In diesen Jahren geht die absolute Anzahl in allen drei Kategorien zurück, allerdings nimmt der Anteil der Erwerbsfähigen relativ gegenüber den anderen beiden Gruppen zu (vgl. Tab. 4). Angesichts von zur Zeit in Rente gehenden geburtenschwachen Kriegs- und Nachkriegsjahrgänge bei anhaltend hohen Sterberaten ist in den nächsten zehn Jahren eher mit einem Absinken der Rentneranzahl zu rechnen, nachdem diese in den 90er Jahren durch die

Pensionierung der geburtenstarken Vorkriegsjahrgänge angestiegen war. Wie bei den Rentnern ist auch bei dem Anteil der Jugend wegen niedriger Geburtenraten und der überproportional stark besetzten Altersklasse der 10- bis 14-jährigen in nächster Zeit mit einem weiteren Rückgang zu rechnen (vgl. Abb. 2). Insgesamt deuten die Zahlen darauf hin, dass die Bevölkerung in diesem Raum weiter abnimmt, so dass auch in Zukunft noch weitere Siedlungen aufgegeben werden müssen.

Tab. 4: Altersstrukturentwicklung der Landbevölkerung des Rajons Hlobyne

Datum	Jugend		Arbeitsfähige Bevölkerung		Pensionäre	
	Absolut	Prozent	Absolut	Prozent	Absolut	Prozent
1.1.1999	7.463	19,1	18.163	46,7	13.269	34,1
1.1.2000	7.194	18,9	18.003	47,3	12.863	33,8
1.1.2001	6.880	18,5	17.991	48,3	12.394	33,2

* Frauen und Männer (0 - 15 Jahre)
 ** Frauen (15-55 Jahre); Männer (15 - 60 Jahre)
 *** Frauen (älter als 55 Jahre); Männer (älter als 60 Jahre)

Quelle: Hlobyne, 2002

2.2.2 Bodendegradation

Bodenerosion und -verdichtung sind in der Ukraine weit verbreitet (Stadelbauer, 1998, S.309). Diese Prozesse wurden zu Sowjetzeiten begünstigt durch Flurbereinigungen, Mechanisierung und Chemisierung der Landwirtschaft und das Experimentieren mit wenig an ökologische Gegebenheiten angepassten Fruchtfolgen. Da für die Dorfebene keine Daten zur Verfügung stehen und auch keine bodenkundlichen Untersuchungen unternommen wurden, muss auf eine physiognomische Bestandsaufnahme zurückgegriffen werden. Das Relief ist relativ flach, weswegen fluviale Prozesse wohl eine geringe Rolle spielen. So wurden bei den Untersuchungen auf dem Gemeindegebiet auch keine größeren Ovrakis⁷ ausgemacht. Heckenaufforstungen an Straßen- und Wegrändern könnten darauf hindeuten, dass äolische Erosion eine Rolle spielt, was angesichts des flachen Reliefs und des niedrigen Vegetationsbesatzes erklärbar wäre.

Die Bodengüte der anfälligen Tschernosemböden hat sich laut dem Leiter der Umweltabteilung des Rajons unter den chaotischen Zuständen Anfang der 90er Jahre verschlechtert. Seit der Privatisierung des Landes Ende der 90er Jahre (vgl. Kap. 4.4.2) würden die Bürger aber wieder mehr auf die Erhaltung der Bodengüte achten. Auch hätte die wiederhergestellte Kontrolle seitens der Verwaltung zu einer Verbesserung der Situation geführt. So können sich etwa Besitzer verpachteter Grundstücke bei der Umweltabteilung beschweren, wenn sie das Gefühl haben, ihr Land würde vom Pächter nicht richtig genutzt. Die Verwaltung würde dies dann überprüfen. Die Bodendegradation scheint bisher eher ein schleichender Trend zu sein, der bis jetzt noch keine krisenhaften Auswirkungen hervorgerufen hat.

⁷ Ovrakis sind Erosionsformen, die in europäischen Waldsteppen- und Steppengebieten durch hohen Oberflächenabfluss entstehen, wobei sich bis zu mehrere Meter tiefe Schluchten bilden können. Sie sind oft auf die landwirtschaftliche Tätigkeit zurückzuführen und gehören zu den wichtigsten Gefährdungen des Steppenackerbaus (vgl. Stadelbauer, 1996, S.350).

3 Kapitalanalyse auf lokaler und regionaler Ebene

In diesem Kapitel wird ein Überblick über die Zugangsmöglichkeiten von Menschen zu bestimmten Kapitalien gegeben. Dabei liegt der Hauptfokus auf den Veränderungen, die sich im Zuge des Transformationsprozesses ergeben haben.

3.1 Humankapital

3.1.1 Gesundheitsversorgung stark von der Krise betroffen

In Art. 49 der Verfassung der Ukraine (Verchovna Rada, 1996) ist verankert, dass den Bürgern eine kostenlose medizinische Versorgung durch den Staat zusteht. In der Praxis ist aber lediglich die Behandlung durch das Personal unentgeltlich. Medizin, Verbandsmaterial, Narkosemittel, Zahnfüllungen etc. müssen in der Regel von den Patienten bezahlt werden. Die Ukraine besitzt kein staatliches Krankenversicherungssystem, welches das Risiko teurer Erkrankungen über die Bevölkerung streuen würde.

Die staatlichen Gesundheitseinrichtungen des Rajons sind alle noch aus sowjetischer Zeit. In der untersuchten Gemeinde gibt es insgesamt drei Ambulanzen. Diese befinden sich in Žuky, Kolomycivka und Novoselivka. Das nahegelegene Hlobyne verfügt über ein Krankenhaus und eine Poliklinik, in der auch Zahnbehandlungen durchgeführt werden. Nach Auskunft der leitenden Ärztin befinden sich die nächsten Spezialkliniken im 120 km entfernten Poltava. Dort ist auch ein Hospital für Kriegsveteranen, in dem diese kostenlose Behandlung bekommen können. Von den Einrichtungen außerhalb der Gemeinde spielt nach Aussage der Hilfskraft der Ambulanz in Žuky aber lediglich die Poliklinik für die Dorfbevölkerung eine Rolle. Die Versorgung im Krankenhaus ist zwar theoretisch kostenlos, nur die Medizin ist zu bezahlen. Jedoch berichteten Dorfbewohner, das ihnen prinzipiell die Aufnahme verweigert wurde, wenn sie kein Geld hatten. Bei den Spezialkliniken in Poltava ergeben sich zusätzlich Transportprobleme.

Die Dorfambulanz - lokaler Anlaufpunkt mit begrenzten Möglichkeiten

Die Ambulanz in Žuky verfügt über drei Untersuchungsräume und ein Wartezimmer. Sie ist mit Liegen und einem Stuhl für gynäkologische Untersuchungen ausgestattet, im Warteraum hängen Informationen zur Schwangerschaftsverhütung. An medizinischen Gerätschaften stehen lediglich ein Stethoskop mit Blutdruckmessgerät und Injektionspritzen zur Verfügung, die Medikamentenschränke sind nur dürftig gefüllt. Die Ambulanz verfügt über Telefonanschluss und einen alten Kühlschrank, der aber momentan nicht im Betrieb ist. Im Winter wird lediglich einer der Untersuchungsräume mit einer Elektroheizung erwärmt, da nicht genug Geld zum Heizen des gesamten Hauses zur Verfügung steht. Die Ärztin der Ambulanz ist gebürtig aus Žuky. Sie hat ein medizinisches Kolleg in Kremenčuk beendet, an dem sie 3½ Jahre lernte. Der Staat zahlt ihr ein Gehalt von 140 UAH. Unterstützt wird die Ärztin durch eine Hilfskraft, die aber über keinerlei medizinische Ausbildung verfügt.

Medikamente kauft die Ambulanz nach Aussage der Ärztin bei der zentralen Apotheke im Krankenhaus in Hlobyne. Die Medizin wird ohne Gewinn zum Bezugspreis an die Patienten weiterverkauft. In Sowjetzeiten standen der Praxis nach Auskunft der Hilfskraft vom Staat bis zu 100 Rubel pro Monat zum Kauf von Präparaten zur Verfügung. Dadurch konnte die Ambulanz Medizin teilweise auch kostenlos ausgeben. Nach

Angabe der Helferin brach das alte System etwa im Jahr 1992 zusammen. Heute stehen der Ambulanz nur noch 30 UAH pro Monat für Medizin zur Verfügung. Konträr dazu sind die Preise für Präparate seit 1991 drastisch angestiegen. Durch diese Preissteigerungen haben insbesondere die Pensionäre mit ihren niedrigen Renten Probleme. Es gibt offiziell Ermäßigungen für Kriegsveteranen und andere Gruppen, die diese aber nach Auskunft der Ärztin nur in der zentralen Apotheke in Hlobyne bekommen können. Dadurch ergibt sich für die Dorfbevölkerung eine Benachteiligung gegenüber den Stadtbewohnern beim Bezug ermäßigter Medikamente. Diese Problematik wäre aber einfach zu lösen, wenn auch die Ambulanzen ermäßigte Medikamente ausgeben dürften.

Patienten mit schwerwiegenden Befunden werden von der Ambulanz in die Poliklinik oder ins Krankenhaus nach Hlobyne überwiesen. Auch Geburten finden im Hospital in Hlobyne statt, Hausgeburten sind nicht mehr üblich. Falls die Leute den Transport dorthin nicht selbst organisieren können, so wird dieser entweder durch die Firma Lanagro oder die Administration zur Verfügung gestellt. Insgesamt sind momentan die Möglichkeiten der Ambulanz angesichts der mangelhaften Ausstattung begrenzt, jedoch ist positiv zu bewerten, dass die Dorfbevölkerung im Krankheitsfall einen Anlaufpunkt in der Nähe hat. Auch führt die Ärztin regelmäßig Hausbesuche durch, wodurch sie ein wichtiger sozialer Kontakt für Kranke und Pensionäre ist.

Belegschaft der Poliklinik zeigt Initiative

Die an das Krankenhaus in Hlobyne angeschlossene Poliklinik ist für die Stadt und neun umliegende Dörfer verantwortlich. Erste Hilfe wird hier 24 Stunden am Tag angeboten. In der Klinik arbeiten nach Auskunft der leitenden Ärztin 46 Doktoren, wobei mit einer Ausnahme alle vollen Dienst leisten. Daneben sind 64 Hilfs- und 17 Reinigungskräfte angestellt. Die Klinik ist für ein Maximum von 300 Behandlungen pro Tag ausgelegt, im Winter sind es jedoch oft mehr als 500. Neben der ambulanten Betreuung akuter und chronischer Fälle spielen prophylaktische Untersuchungen eine wichtige Rolle. So ist es noch eine Tradition aus Sowjetzeiten, Mitarbeiter von Firmen der Region regelmäßig unentgeltlich vorbeugend zu untersuchen. Zu festgesetzten Terminen holt dafür ein Klinikbus die Belegschaften bei ihren Unternehmen ab.

In den 90er Jahren hatte die Klinik wegen Geldmangels praktisch keine Neuanschaffungen tätigen können, die letzte Renovierung wurde 1985 durchgeführt. Die Ärzte brauchen dringend einen neuen Kardiographen, kürzlich haben sie zumindest eine Maschine zur Untersuchung von Arterien kaufen können. Ein Mitglied des ukrainischen Parlaments hat ihnen auch gerade im Rahmen seines Wahlkampfes eine Kopiermaschine und ein Faxgerät zukommen lassen. Da ein Gesetz dem Klinikpersonal erlaubt, Geld für Renovierungsmaßnahmen zu sammeln, haben sie mit einer Sammlung unter den Patienten begonnen. Auch haben sie eine Kollekte unter den Firmen durchgeführt, deren Mitarbeiter sie regelmäßig untersuchen.

Bei der Medizinausgabe gibt es vom Gesundheitsministerium eine Liste jener Medikamente, die an bestimmte Gruppen kostenfrei oder zu einem ermäßigten Preis ausgegeben werden sollen. Doch das ist nach Auskunft der Chefärztin lediglich Theorie, da auch bei diesen Medikamenten das Budget begrenzt ist. Dies war zu Sowjetzeiten anders. Heute muss das Poliklinikpersonal selbst Prioritäten setzen. Als erstes bekommen psychisch Kranke Medikamente, gefolgt von Diabetikern. Seit 2000 gibt es zumindest ein Staatsprogramm für die Unterstützung von Diabetikern, durch welches jetzt wieder Insulin in ausreichender Menge zur Verfügung steht.

Hinsichtlich gynäkologischer Untersuchungen werden alle Mädchen der weiterführenden Schulen in Hlobyne gebeten, regelmäßig die Poliklinik zu besuchen, ohne das dabei Zwang besteht. Abtreibungen sind nach Auskunft der leitenden Ärztin auch im ländlichen Raum kein Tabuthema mehr. Für Schwangerschaftsabbrüche im fortgeschrittenen Stadium ist das Krankenhaus zuständig. Die Poliklinik setzt auch kostenlos Verhütungsspiralen ein, wenn dies von Frauen gewünscht wird. Die Ukraine hat seit langem sehr hohe Abortraten. So schwankte der Wert zwischen 1980 und 1996 um 1.500 Abtreibungen auf 1.000 Lebendgeburten, seitdem ist er tendenziell zurückgegangen. Für das Jahr 2000 liegt er bei 1.061 (WHO, 2002). Dies scheint auf Erfolge in der Schwangerschaftsverhütung bzw. -beratung hinzudeuten.

Im Jahr 2000 kam es zu einem Konflikt zwischen dem Klinikpersonal und der regionalen Verwaltung. Nach einem Dekret des ukrainischen Präsidenten sollten die Belegschaften aller ukrainischen Kliniken 50% mehr Lohn erhalten. Zu dieser Zeit wurde dem Personal in Hlobyne wegen regionaler Budgetschwierigkeiten aber nur 80% ihres Gehaltes ausgezahlt. Die Verantwortlichen auf Rajonebene wollten die reduzierten Arbeitsentgelte als Basis für die Erhöhung benutzen, was faktisch lediglich zu einer 20%igen Lohnsteigerung geführt hätte. Mit einer weit angelegte Protestkampagne seitens der Beschäftigten, die u.a. in der Nachrichtensendung eines nationalen Fernsehsenders Erwähnung fand, konnten sie ihre Interessen gegenüber der Verwaltung durchsetzen. Die Ärzte verdienen jetzt zwischen 160 und 200 UAH, der Minimallohn für Hilfskräfte beträgt 118 UAH.

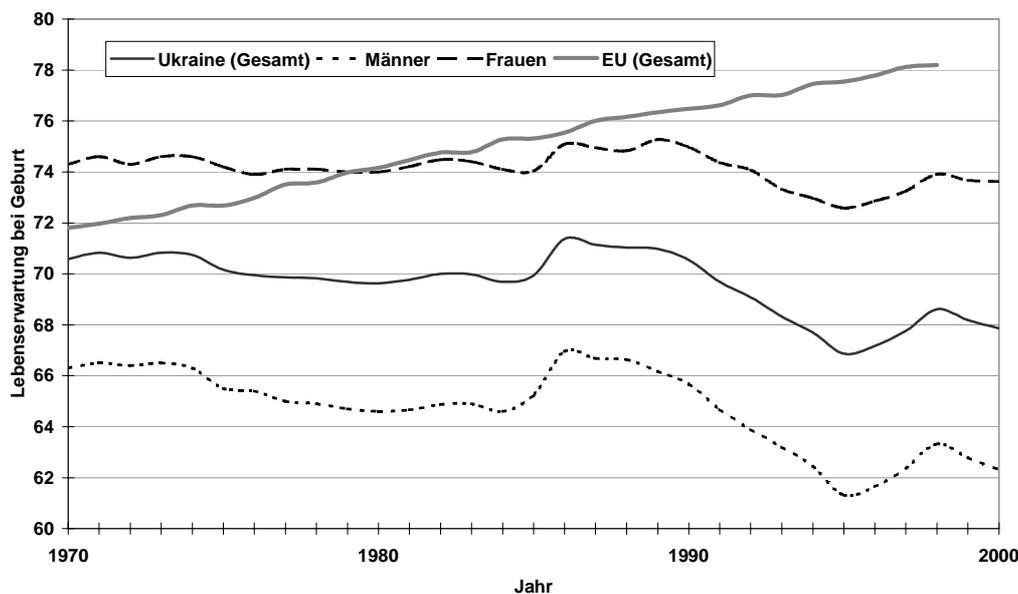
Die Gehälter sind aber immer noch sehr niedrig. So ist es schon vorgekommen, dass Ärzte privat vom Gasversorgungssystem abgekappt wurden, da sie Rechnungen nicht zahlen konnten. Bei der Aufteilung des Landes der Hlobyner Betriebe sind die Bediensteten der Poliklinik und des Krankenhauses nicht berücksichtigt worden, was sie als unfair empfinden. Diese Landstücke hätten ihnen Zugang zu Pachteinnahmen ermöglicht. Sie können aber bis zu zwei Hektar Land pachten, die sie selber bearbeiten. Auch halten sie privat Schweine, deren Verkauf ihnen ein Zusatzeinkommen sichert.

Unter den beschriebenen Umständen ist es nach Auskunft der leitenden Ärztin schwierig, Ersatz für ausscheidende Ärzte zu finden. So ist eine Stelle schon seit einiger Zeit unbesetzt. Momentan kann man die Lücken noch mit pensionierten Ärzten füllen, die weiterhin arbeiten, da die Rente nicht ausreicht, doch stellt dies letztendlich nur eine Übergangslösung dar. Erschwerend kommt hinzu, das Hlobyne eine geringe Attraktivität besitzt, da es kaum kulturelles Leben und Ablenkung bietet. Die beschriebenen Umstände deuten darauf hin, dass sich die Versorgungssituation im Rajon in den nächsten Jahren noch einmal drastisch verschlechtern könnte, wenn die Gehälter nicht deutlich ansteigen.

Gesundheitszustand und Lebenserwartung

Angesichts der beschriebenen Krise im Gesundheitssystem stellt sich die Frage, welche Auswirkungen der Transformationsprozess auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung hat. Hierfür werden einige Gesundheitsindikatoren betrachtet. Für die Untersuchung der Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt stehen dabei lediglich Daten für die nationale Ebene zur Verfügung.

Abb. 3: Entwicklung der Lebenserwartung bei Geburt 1970 - 2000



Quelle: WHO, 2002

Wie Abb.3 verdeutlicht, schwankte die Lebenserwartung der Gesamtbevölkerung der Ukraine in den 70er und 80er Jahren um die 70 Jahre. Den höchsten Wert erreichte sie mit 71,4 Jahren 1986. Dies ist laut WHO (2000, S.5) hauptsächlich auf die Anti-Alkoholkampagne zurückzuführen, die Mitte der 80er Jahre von der damaligen sowjetischen Regierung unter Gorbatschow initiiert wurde. Die Kampagne führte insbesondere bei den Männern zu einer signifikanten Verbesserung dieses Indikators.

Seit Beginn des Transformationsprozesses fiel die Lebenserwartung bis Mitte der 90er Jahre auf 67 Jahre ab. Hierfür ist sicherlich nicht nur allein die Verschlechterung der Gesundheitsversorgung verantwortlich. Als andere Einflussfaktoren kämen etwa der erhöhte Stress durch die Unsicherheit und/ oder die Verschlechterung der Ernährungssituation in Betracht. Zwischen 1996 und 1998 stieg die Lebenserwartung leicht an, um anschließend, wohl ausgelöst durch die Rubelkrise, bis zum Jahr 2000 wieder zu fallen (WHO, 2002).

Vergleicht man die Entwicklung mit der in den 15 Mitgliedsstaaten der EU, so sieht man, dass die Lebenserwartung der Ukrainer 1970 nur 1,2 Jahre unter jener der Bewohner des Staatenbündnisses lag. Bis 1998 hat sich dieser Abstand auf 9,6 Jahre vergrößert (WHO, 2002). Die Ukraine hat also in den letzten 30 Jahren bei diesem wichtigen Indikator gegenüber den EU-Ländern stark an Boden verloren. Dennoch liegt sie damit noch über dem Durchschnitt der Länder mit mittlerer menschlicher Entwicklung, in welchen die durchschnittliche Lebenserwartung 1999 66,8 Jahre betrug (UNDP, 2001b, S.144).

Schlüsselt man die Lebenserwartung für die Ukraine nach männlicher und weiblicher Bevölkerung auf (vgl. Abb.3), so wird ebenfalls ein großer Abstand zwischen diesen beiden Gruppen deutlich. Der Wert der Männer (62,3 Jahre) lag im Jahr 2000 11,3 Jahre unter dem der Frauen (73,6 Jahre) (WHO, 2002). Dies liegt u.a. daran, dass Männer in den Altersgruppen unter 65 Jahren besonders von Todesfällen durch Verletzungen und Vergiftungen betroffen sind, die etwa im Arbeitsleben auftreten. Alkoholismus, der

auch oft bei Unfällen eine Rolle spielt, ist bei Männern nach Auskunft der leitenden Ärztin der Polyklinik weiter verbreitet als bei Frauen. So beträgt die reduzierte Lebenserwartung durch Tod vor Erreichung des 65. Lebensjahres bei den Männern im Jahr 2000 14,31 Jahre, bei den Frauen dagegen lediglich 6,61 Jahre (WHO, 2002).

Angesichts der Benachteiligung ländlicher Bewohner beim Zugang zu Gesundheitseinrichtungen könnte man vermuten, dass die Lebenserwartung der Landbevölkerung im Transformationsprozess stärker zurückgegangen ist als die der Stadtbevölkerung. Betrachtet man aber die Entwicklung auf nationaler Ebene zwischen 1990 und 1996 (vgl. Tab. 5), so ist genau das Gegenteil festzustellen (Starostenko, 1998). Laut Kudat / Yousseff (1999, S.54) spiegelt sich die schlechtere Gesundheitsversorgung deswegen nicht in der Entwicklung der Lebenserwartung wider, weil sie von einem anderen wichtigen Einflussfaktor überlagert wird. Während sich die städtische Armut nämlich eher durch Lebensmittelknappheit auszeichnet, so ist auf dem Land Geldknappheit dominierend, da Lebensmittel selber angebaut werden. Der Fakt, dass städtische Armut häufiger als ländliche Armut ist, unterstreicht die Bedeutung der Subsistenzproduktion. Durch die bessere Versorgung mit Lebensmitteln ist die Landbevölkerung durchschnittlich gesünder (Kudat / Yousseff, 1999, S.54).

Tab. 5: Rückgang der Lebenserwartung der Bevölkerung der Ukraine 1990-1996

Kategorie	Gesamt	Männer	Frauen
Stadtbevölkerung	4,1 Jahre	4,3 Jahre	3,2 Jahre
Landbevölkerung	2,1 Jahre	2,1 Jahre	1,9 Jahre

Quelle: Starostenko, 1998

Neben der Makroebene muss hierbei aber auch die Mikroebene berücksichtigt werden. Mag für die Mehrheit Obiges zutreffen, so hilft es etwa einer alleinstehenden kranken Pensionärin wenig, Anbaufläche zur Verfügung zu haben, wenn sie diese aus eigener Kraft nicht mehr bestellen kann. Bei besonders verwundbaren Gruppen macht sich ein Fehlen von Diensten auf dem Land insofern doch negativ bemerkbar.

Im Gegensatz zur Lebenserwartung nahm die Säuglingssterblichkeitsrate auch im Laufe des Transformationsprozesses eine positive Entwicklung. So ist sie sowohl in der Oblast Poltava als auch im Rajon Hlobyne zwischen 1985 und 2000 tendenziell rückläufig (vgl. Tab. 6). Ein möglicher Einflussfaktor könnte dabei sein, dass pro Geburt mehr Betreuungszeit zur Verfügung steht, da bei einer in etwa gleichstark bleibenden Besetzung der Kliniken mit medizinischem Personal die absolute Zahl der Geburten deutlich zurückgegangen ist.

Tab. 6: Entwicklung der Säuglingssterblichkeitsrate* 1985-2000

Bezugsebene	1985	1990	1995	1999	2000
Oblast Poltava	14,2	12,7	11,1	11,2	7,9
Rajon Hlobyne	19,9	10,3	10,1	14,7	6,9

* Beim internationalen Vergleich dieser Werte ist laut WHO (2000, S.15) zu beachten, dass die Säuglingssterblichkeitsrate in der Ukraine zwar offiziell nach WHO-Definition definiert ist, in der Praxis wird sie jedoch noch nach alten Kriterien erhoben. Aufbauend auf Erfahrungen ist daher von einem etwa 20% höheren Wert auszugehen.

Quelle: Poltava, 2001b, S.37

Die häufigste Todesursache im Rajon sind nach Angabe der leitenden Ärztin der Poliklinik Herz- und Blutdruckprobleme, gefolgt von Krebs, Verletzungen/ Vergiftungen und Atemwegserkrankungen. Seit Tschernobyl hat die Anzahl der Krebserkrankungen zugenommen. Infektionskrankheiten, die in Entwicklungsländern bei den Todesursachen oft dominierend sind (Bähr, 1997, S.180 f.), spielen dagegen kaum eine Rolle.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ukraine in den letzten 15 bzw. 30 Jahren beim Gesundheitszustand ihrer Bevölkerung kaum Fortschritte gemacht hat. Auch wenn dadurch der Abstand zu höher entwickelten Regionen wie etwa der EU deutlich zugenommen hat, so ist die Situation in der Ukraine nicht mit der in typischen Entwicklungsländern vergleichbar.

3.1.2 Erziehungssystem trotz Finanzknappheit noch relativ stabil

Kindergarten droht wegen Nachwuchsmangels zu schließen

Die Gemeinde Žuky hat lediglich einen Kindergarten, der auch nur von Kindern aus diesem Dorf besucht wird. Dieser ist von Montag bis Freitag zwischen 7.00 und 17.00 geöffnet. Für die Betreuung müssen die Eltern 1 UAH pro Tag und Kind zahlen. Der Kindergarten bietet drei Mahlzeiten pro Tag, die durch Unterstützung der Firma Lanagro ermöglicht werden. Es steht ein Schlafraum für den Mittagschlaf zur Verfügung. Einmal wöchentlich werden die Kinder von der Dorfärztin untersucht. Die älteren Kinder erhalten täglich zwei Stunden Vorschulunterricht (Foto 7, S.83).

Momentan besuchen 15 Kinder im Alter zwischen zwei und sechs Jahren die Einrichtung, 1999 waren es nach Auskunft der Leiterin noch 22. Die höchste Auslastung hatte der Kindergarten in den 80er Jahren, als ihn bis zu 50 Kindern besuchten. Seitdem geht die Zahl stetig zurück, so wird heute auch nur noch die Hälfte des Gebäudes genutzt. Von 1992 bis 1997 war der Kindergarten wegen „Reparaturmaßnahmen“ ganz geschlossen. Nach Auskunft der Leiterin war aber Geldmangel die wahre Ursache.

Im Kindergarten arbeiten nach Auskunft der Leiterin sieben Voll- und eine Teilzeitbeschäftigte, was angesichts der niedrigen Kinderzahl sehr hoch erscheint. Die Direktorin fürchtet, dass der Kindergarten in den nächsten zwei Jahren schließen wird, da die Geburten im Dorf Žuky weiter zurückgehen. Diese Entwicklung wäre für den Rajon Hlobyne nicht untypisch. Gab es dort 1990 noch 64 Kindergärten, deren 2.500 Plätze mit 2.700 Kindern überbelegt waren, so sind es im Jahr 2000 noch 50 Einrichtungen mit 1.200 Plätzen, von denen lediglich 1.100 genutzt werden (Poltava, 2001b, S.102 f.).

Schulsystem der Gemeinde trotz zunehmender Mängel noch relativ stabil

Die Schulpflicht beginnt in der Ukraine im Alter von sieben Jahren. 1999 wurde die Dauer von neun auf zwölf Jahre verlängert, um sie an das europäische Bildungssystem anzupassen (Lüdemann, 2001, S.172). In der Gemeinde besitzen Pavlivka und Žuky eine Schule. Während in Pavlivka nur Unterricht von der ersten bis zur vierten Klasse erteilt wird, so deckt die Lehranstalt in Žuky die erste bis neunte Klasse ab. Die nächsten weiterführenden Schulen befinden sich in Hlobyne. Ein durch die Firma Lanagro gestellter Schulbus ermöglicht den Transport der Kinder der fünf Dörfer sowohl zu den beiden Schulen der Gemeinde als auch zu den höheren Schulen in Hlobyne.

Momentan unterrichten in der Schule in Žuky zwölf Lehrer 122 Kinder. Neben den Pädagogen beschäftigt die Schule außerdem noch acht Hilfskräfte (Hausmeister, Küchen- und Sicherheitspersonal, u.a.). Die Lehrer-Schüler-Relation kann nur geschätzt

werden, da bei den Lehrkräften eine klare Einteilung in Voll- und Teilzeitkräfte nicht möglich ist, weil die Stundenzahl von Pädagoge zu Pädagoge variiert. Laut Stundenplan werden wöchentlich 221 Stunden unterrichtet. Wenn man davon ausgeht, der Durchschnittswert der Unterrichtsstunden eines Lehrers pro Woche läge in einem Korridor zwischen 23 und 30 Stunden, so ergäbe sich eine Lehrer-Schüler-Relation zwischen 13,5 und 16,5 Schüler pro Lehrer. Der ukrainische Vergleichswert liegt mit 13,5 am unteren Ende, der für die OECD-Länder am oberen Ende des Korridors (Thießen, 1999, S.170). Das Betreuungsverhältnis scheint also etwa schlechter als der ukrainische Durchschnitt zu sein, aber noch besser als in den OECD-Ländern.

Das vom nationalen Erziehungsministerium bezahlte Lehrergehalt liegt zwischen 120 und 200 UAH pro Monat, Klassenlehrer erhalten eine kleine Zulage. Einige Pädagogen verdienen zusätzlich monatlich weitere 7 UAH, wenn sie eine Stunde pro Woche Nachmittagsaktivitäten leiten. Angeboten werden Theater, Folklore, Kunst und Sport. Das Lehrereinkommen alleine reicht in der Regel nicht aus. Da die Lehrer wie alle Staatsbediensteten der Gemeinde bei der Landverteilung nicht berücksichtigt wurden, bekommen sie auch keine Pachteinahmen. Einige von ihnen haben nun zwei Hektar Land gepachtet. Diese Pädagogen arbeiten jetzt morgens in der Schule und nachmittags auf ihrem Land. Daneben halten sie in der Regel auch zusätzlich Nutztiere.

Hinsichtlich der Ausbildung erfüllen laut der Direktorin alle Pädagogen die formellen Vorgaben. Zehn der zwölf Lehrer haben eine Universitätsausbildung abgeschlossen, zwei Lehrkräfte für die ersten vier Klassen ein Kolleg beendet. Wenn ein Lehrer die Schule verlässt oder stirbt, so ist nur schwer Ersatz zu finden. Zwar kann die Direktorin jeweils im Frühjahr ein Gesuch nach Hlobyne schicken, doch ist die Lage relativ aussichtslos. In Žuky gibt es keine arbeitslosen Pädagogen und Leute aus Hlobyne sind oft nicht bereit, für das geringe Gehalt Lehrer an einer Dorfschule zu werden.

Die Schulpflicht wird nach Auskunft der Direktorin eingehalten. In der Gemeinde gibt es die Funktion eines öffentlichen sozialen Inspektors, welcher vom Gemeinderat (vgl. Kap. 4.4.1) gewählt wird. Seine Aufgabe ist es, zu untersuchen, wie Kinder in der Familie behandelt werden. Falls es Probleme gibt, hat er das Recht, ein Gericht anzurufen. Bei Kindern mit extremen Lernschwierigkeiten wird ein Psychologe aus Poltava eingeschaltet. In wenigen Fällen wurden dabei psychische Krankheiten festgestellt und die Kinder in spezielle Internate eingewiesen.

Die Schule besitzt eine Kantine, in der Schüler und Lehrer kostenlos Mittagessen einnehmen können. Das Essen wird überwiegend aus Erzeugnissen hergestellt, welche die Schüler selber im schuleigenen Garten produzieren. Hierbei lernen sie gleichzeitig Anbautechniken. Letztes Jahr wurden 1,5 t Kartoffeln geerntet, weiterhin werden Bohnen, Gurken, Tomaten und Kohl angebaut. Die Schule konserviert selber und hat ein eigenes Warenlager. Von der Firma Lanagro bekommt die Kantine nach Auskunft der Kantinenleiterin u.a. Fleisch (60-80 kg/ Monat), Milch (150 l/ Monat), Mehl, Öl und Buchweizen. 2002 pflanzt die Direktorin erstmals 3.000 m² Zuckerrüben an, da Lanagro diese nicht mehr anbaut, weshalb der Agrarbetrieb der Schule keinen Zucker mehr geben kann. Die Kantine produziert zusätzlich gefüllte Teigtaschen, die an Eltern verkauft werden. Mit dem Erlös wird Brot eingekauft.

Auch in den Schulen wird sich der Rückgang der Geburtenrate (vgl. Kap. 2.2.1) in den nächsten Jahren verstärkt bemerkbar machen. Im Rajon Hlobyne ist der Bestand der Schulen zwischen den Schuljahren 1990/ 91 und 2000/ 01 trotz einer Zunahme der absoluten Schülerzahl von 8.000 auf 8.800 von 60 auf 56 zurückgegangen, wobei allein im Jahr 2001 zwei Lehranstalten geschlossen wurden (Poltava, 2001b, S.108 f.).

Landbevölkerung ist beim Zugang zu höherer Bildung benachteiligt

Da die Schüler nach dem Abschluss der Schule in Žuky zur Erfüllung ihrer Schulpflicht noch eine weiterführende Lehranstalt besuchen müssen, wird jährlich ein Treffen zwischen der neunten Klasse und ehemaligen Schülern organisiert. Die Ehemaligen informieren und geben Tipps bezüglich der Schulalternativen und möglicher Schwerpunkte, aber auch praktische Informationen, wie man z.B. eine Unterkunft finden kann. In der Regel besuchen die Schulabgänger anschließend Schulen in Hlobyne, Chorol und Kremenčuk.

Eine weiterführende Universitätsausbildung können die meisten Eltern nicht finanzieren. Offiziell ist das Studium in der Ukraine zwar kostenlos, jedoch haben die meisten Universitäten in den letzten Jahren aus Geldmangel Studiengebühren eingeführt (vgl. Hofer, 2000, S.745 f.). Davon können Studenten nur befreit werden, wenn sie bei Eingangstests gut abschneiden. Hierbei haben Studienbewerber aus der Stadt Vorteile, da sie bessere Zugangsmöglichkeiten zu relativ teuren Vorbereitungskursen auf die Eingangstests haben, was Kandidaten vom Land oft aus finanziellen und räumlich-distanziellen Gründen nicht möglich ist. Dadurch bleibt heute den meisten Landbewohnern der Zugang zu höherer Bildung verwehrt.

3.2 Sozialkapital

Sozialkapital ist von allen Kapitalien am schwersten zu erheben, da angesichts der schwer quantifizierbaren Materie auch nur wenig Sekundärmaterial zur Verfügung steht. So werden sich die Ausführungen in diesem Kapitel überwiegend auf das Dorf Žuky beschränken, und selbst die dort gewonnenen Erkenntnisse sollten eher als erste Hypothesen aufgefasst werden.

Im Dorf Žuky wurden außerhalb der Institution Familie kaum soziale Netzwerken und Gruppen ausgemacht. Es gibt nach Auskunft der Administration weder Sport- oder Kulturorganisationen noch lokale Parteiverbände. Die einzige dauerhafte Form der Selbstorganisation, die ausgemacht werden konnte, hat wirtschaftliche Hintergründe. So bilden laut Auskunft einer Bürgerin die Besitzer von privat gehaltenen Kühen im Sommer Herden von jeweils etwa 20 Tieren. Reihum übernehmen die Eigentümer für einen Tag die Aufgabe, die Kühe zu versorgen.

Alkoholismus und Kriminalität haben zugenommen

Eine besonders starke Kluft scheint zwischen Alkoholikern und Nicht-Alkoholikern zu bestehen. Diese spiegelt sich oft auch als ein Generationenkonflikt wieder, da unter den Jüngeren der Alkoholismus weiter verbreitet ist als unter den Alten (Kudat / Youssef, 1999, S 59). Alkoholismus wird von Bewohnern oft mit dem Kriminalitätsproblem (vgl. Kap. 5.1) verbunden, weil dieser die Beschaffungskriminalität fördere.

Die Kriminalitätsrate wird von Dorfbewohnern als sehr problematisch empfunden. Alle wichtigen Einrichtungen wie die Gemeindeverwaltung oder die Schule haben Sicherheitspersonal für die Nacht. Viehdiebstahl soll oft vorkommen, meistens sind Rentner die Betroffenen. Die privaten Häuser sind deshalb in der Regel mit Zäunen und Wachhunden geschützt. Insgesamt scheint das Vertrauen der Dorfbewohner untereinander nicht sehr hoch zu sein, auch wenn trotz dieser Sicherheitsvorkehrungen etwa das Geflügel tagsüber relativ unbewacht auf den Dorfstraßen herumläuft.

Diebstähle haben insbesondere auch öffentliche Einrichtungen zu verzeichnen. Selbst im abgelegenen Dorf Novoselivka, das weniger als 150 Einwohner hat, konnte nicht verhindert werden, dass in den 90er Jahren in öffentlichen Einrichtungen wie dem Klub die gesamte Inneneinrichtung entwendet wurde. Da die Gebäude nachts unbenutzt sind, fällt es Dieben besonders leicht, dort einzubrechen. Daneben ist laut Zon (2000, S.153) in der ukrainischen Gesellschaft auch immer noch der aus Sowjetzeit stammende Gedanke präsent, dass Staatseigentum letztendlich niemandem gehört. Dadurch wird der Diebstahl desselben auch nicht als schwerwiegende Tat angesehen. Als die Kriminalität um das Jahr 1997 überhand nahm, organisierten die Gemeindebewohner des Dorfes laut Auskunft eines Mitglieds des lokalen Rates ein Nachbarschaftsschutzprogramm, in welchem sie nachts auf die jeweiligen Viertel aufpassten. Diese Maßnahme hatte aber nur temporär bestand.

Kirche momentan bedeutungslos

Kirche und Religion spielen heute nur noch eine sehr geringe Rolle in der Gemeinde. Bis zum Anfang des 20. Jh.s war dies noch anders. So hatte die Kirche die Schule in Žuky aufgebaut und unterhalten. Auf dem heutigen Schulgelände wurde noch 1908 anstelle einer alten Holz- eine neue Steinkirche errichtet (Zorja komunizmu, 18.8.1990). Mit der Oktoberrevolution 1917 begann aber der Niedergang. Im ganzen Rajon hat nach Auskunft der Rajonadministration lediglich eine Kirche die Sowjetzeit überstanden. Der Kirchenbau in Žuky wurde in den 50er Jahren abgetragen, um Baumaterial für den neuen Kulturklub zu erhalten. Dies hatte wahrscheinlich auch sinnbildlichen Charakter, übernahm er doch von ihr die Rolle als zentraler sozialer Treffpunkt. Heute befindet sich die nächste Kirche etwa 10 km von Žuky entfernt am entgegengesetzten Ortsrand von Hlobyne. Nach Auskunft eines Mitarbeiters der Rajonadministration wird der Sonntagsgottesdienst von nicht mehr als 15 Leuten besucht.

Ehemalige Häuser der Kultur praktisch nur noch als Rohbau vorhanden

Das Haus der Kultur, kurz Klub genannt, spielte eine wichtige Rolle im sozialen Leben des sowjetischen Dorfes. In der Gemeinde besaßen nach Auskunft der Administration die Dörfer Žuky, Pavlivka und Novoselivka ein solches Gebäude. Der Klub in Žuky wurde 1955 errichtet. Er besaß einen Veranstaltungsraum mit 250 Sitzplätzen (Zorja komunizmu, 18.8.1990) und einen Museumsraum, der nach Auskunft der Bürgermeisterin überwiegend über den Zweiten Weltkrieg, aber auch über die Geschichte der Gemeinde und der Region informierte. Die Leitung des Klubs oblag einem hauptamtlichen Direktor. Es gab einen Chor, der auch an Festivals im Umland teilnahm. Daneben probte dort ein Orchester, das bei Festen und Beerdigungen spielte. Wöchentlich fanden Kinoveranstaltungen statt, regelmäßig wurden Tanzkurse organisiert. Der Klub diente zusätzlich für Festivitäten, wie etwa zu Neujahr und zum Schulabschluss.

Die 90er Jahre waren durch den Niedergang der drei Klubs der Gemeinde gekennzeichnet. Der Leiter des Klubs in Žuky gab nach Aussage der Bürgermeisterin Anfang der 90er Jahre seine Arbeit auf, da ihm kein Gehalt mehr bezahlt wurde. Jedoch soll sich der Klub noch 1996 in relativ gutem Zustand befunden haben. Es fanden damals regelmäßig Kinovorstellungen statt, die Einrichtung war zum großen Teil noch vorhanden. Nach Meinung einer Bürgerin setzten der Niedergang und die Diebstähle erst richtig ein, nachdem der Klub 1996 vom Besitz der Sowchose in den der Gemeindeadministration übergegangen war. Auch Daten auf Rajonebene bestätigen, dass Kulturklubs

erst nach 1995 in großem Ausmaß geschlossen wurden. Während die Anzahl der Klubs in den ländlichen Gemeinden des Rajons Hlobyne zwischen 1985 und 1995 stabil bei 69 gelegen hatte, so sank sie bis 1999 auf 42 ab (Poltava, 2001b, S.155). Damit verzeichnete der Rajon Hlobyne den stärksten Einbruch in der Oblast Poltava. Auch die Anzahl der Kinos in den Landgemeinden des Rajons, die überwiegend in den Klubs waren, fiel von 72 im Jahr 1990 auf 31 im Jahr 1999 (Poltava, 2001b, S.158).

Momentan steht bei den besichtigten Klubs in Žuky und Novoselivka praktisch nur noch der Rohbau. Die Inneneinrichtung mitsamt des Elektrizitäts- und des Heizungssystems ist gestohlen oder zerstört worden (vgl. Foto 3, S.81). Immerhin konnte in Žuky ein Teil der Ausstellungsstücke des Museums gerettet werden. Diese befinden sich heute in der Schule. Teilweise scheinen die Klubs als öffentliche Toilette und Müllablageplatz genutzt zu werden. Dennoch werden beide Klubs in der Dorfstatistik von 2001 als funktionstüchtig bewertet, lediglich der nicht besichtigte Klub in Pavlivka wird als geschlossen eingestuft. Heute kann die Administration für den Leiter des Klubs in Žuky nur noch ein monatliches Gehalt von 33 UAH bezahlen. Der Leiter ist seit sechs Monaten ein junger Mann. Im Sommer veranstaltet er im Klub Partys für die Jugend des Dorfes. Seit Jahren wird diskutiert, den Klub zu reparieren, doch mangelt es an Geld und Initiative.

3.3 Naturkapital

Die Böden der Gemeinde sind überwiegend ertragreiche Tschernosemerden, deren Degradationsproblematik bereits in Kap. 2.2.2 angesprochen wurde. In Niederungen und Flussursprungsgebieten sind die Böden von Versumpfung betroffen, die teilweise auch anthropogen verursacht ist. So hat das Aufstauen des Kremenčuker Stausees seit Mitte der 60er Jahre zu einem Anstieg des Grundwasserspiegels geführt. Dies bewirkte eine teilweise Versumpfung im Osten des Dorfgebietes von Novoselivka, wodurch letztendlich Umsiedlungsmaßnahmen erforderlich wurden. Der betroffene Bereich gehört zum Einzugsgebiet des Kryvaja Ruda, der nach Westen in Richtung Stausee fließt. Das restliche Gemeindegebiet wird dagegen nach Südosten durch den Trockenen Kahamlyk entwässert, der unterhalb des Staudamms in den Dnjepr mündet.

Die Zugangsrechte zu Boden sind in der Gemeinde Žuky relativ gleichmäßig über die Bewohner verteilt. Nach Auskunft der Bürgermeisterin hat jeder Haushalt einen 4.000 bis 8.000 m² großen Garten. In der Regel erstreckt er sich in Hufenform hinter dem Haus. Darüber hinaus ist Ende der 90er Jahre die Anbaufläche der Sowchose im Zuge des Privatisierungsprozesses unter den ehemaligen Mitarbeitern des Betriebes verteilt worden (vgl. Kap. 4.4.2).

Der Waldbestand der Gemeinde ist sehr gering. Zwar liegt die Gemeinde in der Waldsteppenzone, die ursprünglich vorhandenen Wälder sind aber bereits durch Rodung weitgehend zerstört worden. Neben Hecken und Alleen gibt es lediglich einen ca. 28 ha großen Forst (vgl. Anhang 1). Holz ist daher Mangelware und darf nicht zum Heizen gesammelt werden, jedoch werden einkommensschwachen Personengruppen durch die Administration Ausnahmegenehmigungen erteilt, wie eine in ärmlichen Verhältnissen lebende junge Familie berichtete, die eine solche Erlaubnis besitzt.

Die Biodiversität ist angesichts von in der Regel in Monokultur bewirtschafteten Ackerflächen relativ gering. Als weitere Landschaftsräume sind lediglich die teilweise sumpftartigen Flussursprungsgebiete und Niederungen auszumachen. Darin befindliches Schilf dient als Isolationsmaterial für im Winter in der Erde vergrabene Eisblöcke, die

im Sommer zur Kühlung genutzt werden. Wildbestand soll nach Auskunft eines Mitarbeiters der Rajonverwaltung vorhanden sein, daneben verfügen die Flüsse über Fischbestand. Die Wasserversorgung ist nach Angaben des Leiters der ökologischen Abteilung des Rajons unproblematisch. Grundwasser mit guter Qualität kann aus geringer Tiefe aus Brunnen gewonnen werden. Auch die Luftqualität ist seiner Ansicht nach hoch, da es im Rajon lediglich Leicht- und Nahrungsmittelindustrie gibt.

3.4 Sachkapital

3.4.1 Infrastruktur relativ intakt

Infrastruktureinrichtungen des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens wurden bereits in Kap. 3.1 und Kap. 3.2 behandelt und werden daher in diesem Abschnitt ausgespart. Die im Folgenden diskutierte Infrastruktur umfasst die Wohnungssituation, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Verkehrswege, Transportmöglichkeiten und das Kommunikationswesen. Auch werden Polizei und Feuerwehr kurz angesprochen.

Wohnungssituation ist entspannt

In der Gemeinde gibt es 507 Häuser mit 554 Wohnungen, wovon 22 Gebäude mit 46 Apartments leer stehen, zwei Häuser werden saisonal genutzt (Žuky, 2001a-e, S.6). Anhand der Zahlen kann man erkennen, dass gerade Mehrparteienhäuser überproportional ungenutzt sind. Diese Gebäude mit bis zu 16 Apartments stammen noch aus Sowjetzeiten und haben die 90er Jahre nach Auskunft der Administration überwiegend nicht überdauert, da sie sich bei einem Übergang zu vermehrter Subsistenzproduktion eher als hinderlich erwiesen haben. So werden heute bevorzugt Einzelgebäude genutzt, die in direkter räumlicher Nähe zu den Gärten und eventuell vorhandenen Ställen stehen. Von den Mehrparteienhäusern hat lediglich ein 16-Apartmentgebäude in Žuky den Wandel gut überstanden (vgl. Foto 2, S.80). Dieses zählt momentan auch dank seiner sanitären Ausstattung zu den besten Wohnhäusern.

Da die Deutschen im Zweiten Weltkrieg beim Rückzug fast alle Gebäude abbrannten, ist fast kaum noch Bestand aus der Zeit vor 1944 vorhanden. Über 50% der Häuser wurden zwischen 1944 und 1970 errichtet. Seitdem nahm die Bautätigkeit stetig ab, bis sie in der Periode 1996-2001 nach offizieller Statistik komplett zum Erliegen kam (Žuky, 2001a-e, S.6). Der Hausbau wird nach Auskunft der Administration überwiegend in Eigenregie oder durch westukrainische Wanderarbeiter ausgeführt. Dominierendes Baumaterial bei den Wänden sind Steine, nur noch 25 Häuser sind in traditioneller Lehmbauweise errichtet, 96 in Mischform (vgl. Foto 1, S.80). Bei der Dachbedeckung wird überwiegend Schiefer verwendet, 96 Gebäude haben noch die traditionelle Strohbdeckung (Žuky, 2001a-e, S.6). Die Privatisierung der Wohnungen und Gebäude ist überwiegend abgeschlossen. Auch angesichts des Bevölkerungsrückgangs scheint die Wohnungssituation nicht problematisch zu sein.

Energieversorgung durch ein hohes Maß an Ineffizienz gekennzeichnet

Die Preise für Energieträger sind in den 90er Jahren sehr stark angestiegen. Zwar können einige Bevölkerungsgruppen Elektrizität, Gas und Kohle dank Staatssubventionen zu günstigeren Preisen beziehen (z.B. Veteranen, Tschernobylopfer, etc.), aber selbst für

diese sind die Kosten angesichts stagnierender und oft nur mit Verzögerung ausgezahlter Gehälter sehr hoch. Insbesondere die Heizkosten stellen eine Belastung dar.

An das Elektrizitätsnetz sind die Dörfer der Gemeinde seit den 60er Jahren angeschlossen (Zorja komunizmu, 18.8.1990). Das Netz hat auch den Transformationsprozess bisher überstanden. Viele Bewohner können aber nach Auskunft einer Mitarbeiterin des Energieversorgungsunternehmens aus Geldmangel die stark gestiegenen Elektrizitätsgebühren nicht mehr entrichten. Wenn Haushalte vom Netz genommen werden, so schließen sich viele wieder illegal an die Oberleitungen an. Die unrechtmäßigen Nutzer verwenden die Elektrizität dann oft gleich auch zum Heizen, da sie dann keine Kohle kaufen müssen. Dies führt zu einer hohen Energieverschwendung.

Ein Anschluss an das Gasversorgungssystem ist in Žuky, Kolomycivka und Pavlivka relativ leicht möglich, da die Dörfer an der Straße Kremenčuk – Chorol liegen, unter welcher eine Gasleitung verläuft. In der gesamten Gemeinde sind aber bisher lediglich 31 Haushalte des Dorfes Žuky angeschlossen. Diese befinden sich überwiegend in der Straße, in welcher die Bessersituierten wohnen. 439 Haushalte beziehen ihr Gas hingegen aus Gasflaschen, welche über die Administration gekauft werden können (Žuky, 2001a-e, S.6). Mit diesem Energieträger werden überwiegend Herde, teilweise aber auch Heizungen betrieben. Letztere sind nach Auskunft einer Mitarbeiterin des Energieversorgungsunternehmens oft veraltet und haben sehr schlechte Wirkungsgrade.

Das wichtigste Heizmittel ist Kohle, Holz darf wie in Kap. 3.3 erwähnt nur in Ausnahmefällen gesammelt und verwendet werden. Für die Kohleversorgung ist ebenfalls die Administration zuständig. Eine Tonne kostet ohne Ermäßigungen momentan zwischen 250 und 260 UAH. Für eine Heizperiode von September bis Mai braucht man für ein normales Haus zwischen zwei und vier Tonnen Kohle. Dies stellt bei Monatsgehältern zwischen 200 und 300 UAH eine hohe finanzielle Belastung dar.

Wasserversorgung autark

Nur 147 der 558 Wohnungen der Gemeinde sind mit Zuleitungen und Kanalisation ausgestattet, 118 davon mit einem Bad (Žuky, 2001a-e, S.6). Die angeschlossenen Haushalte sind jedoch nicht an ein kommunales Wasserleitungssystem angebunden, sondern werden autark durch lokale Brunnenbohrungen gespeist. Das Abwasser wird in Gruben gesammelt, welche bei einigen Häusern, wie etwa dem 16-Appartementgebäude in Žuky, von einem Unternehmen relativ zuverlässig geleert und entsorgt werden. Manchmal kann es aber vorkommen, dass bei Regen Exkremamente hochgespült werden.

Die meisten Einwohner beziehen jedoch ihr Wasser direkt aus Brunnen, die von der Ärztin der Ambulanz regelmäßig untersucht werden. Im Dorf Žuky gibt es nach ihrer Auskunft 270 Brunnen, von denen 268 alle Bedingungen erfüllen. Als Toilette dienen dem überwiegenden Teil der Bewohner „Plumpsklos“. Zu Sowjetzeiten gab es im Dorf Žuky auch eine öffentliche Banja, eine Art Dampfbad. Diese Einrichtung wurde allerdings in den 90er Jahren aus Kostengründen geschlossen.

Straßen sind relativ neu und in gutem Zustand

Erst in den 60er Jahren wurde mit der Landstraße Kremenčuk - Chorol die erste Straße der Gemeinde asphaltiert. Vorher waren die Gemeindewege höchstens mit Schotterbelag ausgestattet. Ende der 70er/ Anfang der 80er Jahre wurden dann auch die Verbindungsstraßen zwischen den Dörfern und einige andere wichtige Wege asphaltiert. Vor diesen Baumaßnahmen war das Dorf Novoselivka nach Auskunft der Landverantwortli-

chen häufig nach heftigen Regenfällen von der Außenwelt praktisch abgeschnitten gewesen. Vergleicht man die Gemeindestraßen etwa mit Verkehrswegen in der Stadt Hlobyne, so sind die Straßen dank des jungen Alters und der geringen Beanspruchung noch in einem verhältnismäßig guten Zustand. In den 90er Jahren gab es nach Auskunft des Verantwortlichen für die Strassen im Dorf keine Mittel für den Bau und Erhalt, seit 2002 steht aber durch eine Transportsteuer wieder Geld zur Verfügung.

Öffentliches Transportnetz mangelhaft

Bezüglich der Zahl der verfügbaren Autos sind lediglich Zahlen für den Rajon Hlobyne vorhanden. Dort kamen im Jahr 2000 auf 59.100 Einwohner (Poltava, 2001b, S. 14) 4.934 Autos (Poltava, 2001a, S.244). Somit besitzt weniger als jeder Zehnte ein eigenes Auto. Angesichts einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,2 Personen (Žuky, 2001a-e, S.2 ff.) in der Gemeinde Žuky kommt daher dem öffentlichen Transport eine wichtige Rolle zu, soweit man nicht auf traditionelle Pferdefuhrwerke zurückgreift. Das Angebot an öffentlichen Transportmöglichkeiten ist seit Beginn der Transformation stark zurückgegangen. Zwischen dem Zentrum des Dorfes Žuky und Hlobyne gibt es heute nach Auskunft der Gemeindevorsteherin nur noch einmal pro Woche freitags eine Busverbindung. In Sowjetzeiten bestanden dagegen u.a. tägliche Linienverbindungen zwischen Novoselivka und Hlobyne. Der Chef der Polizei in Hlobyne, der für Žuky in der Rajonversammlung sitzt, hat immerhin nun zweimal täglich eine Verlängerung des Linienverlaufs eines Hlobyner Stadtbusses erreicht, der normalerweise an der Stadtgrenze wendet. Um 7.00 und um 18.00 Uhr fährt dieser nun weiter bis zum Ortseingang von Žuky. Das wichtigste öffentliche Transportmittel stellt aber der von der Firma Lanagro gestellte Schulbus dar. Er bedient an Schultagen zweimal täglich alle Dörfer und auch das Rajonzentrum Hlobyne. Die Bürger können diesen Transportservice kostenlos nutzen.

Hinsichtlich überregionaler Verkehrsverbindungen profitiert die Gemeinde von der durch sie verlaufenden territorialen Verbindungsstraße Kremenčuk - Chorol. An dieser gibt es Bushaltestellen für Überlandbusse, die etwa nach Kiew, Kremenčuk, Poltava und Charkow fahren. So haben insbesondere die Dörfer Žuky, Kolomycivka und Pavlivka Vorteile gegenüber Orten, die entfernt von wichtigen Durchgangsstraßen liegen. Aber auch die Anzahl der auf der Verbindungsstraße verlaufenden Überlandverbindungen ist nach Auskunft der Administration stark zurückgegangen. Gleiches gilt für die Bahnverbindungen. Die nächste Bahnstation in Hlobyne ist nur etwa 6 km vom Zentrum des Dorfes Žuky entfernt, was für ukrainische Verhältnisse relativ nah ist. Nach Auskunft der Bürgermeisterin gab es zu Sowjetzeiten jeweils dreimal täglich Zugverbindungen nach Kiew und Kremenčuk, heute werden diese beiden Destinationen nur noch jeweils einmal täglich bedient.

Entwicklung des Telekommunikationsnetz stagnierte in den letzten Jahren

Die Gemeinde Žuky verfügt nach Auskunft der Administration insgesamt über 50 Telefonnummern. Aus technischen Gründen können keine weiteren vergeben werden. Teilweise wird daher eine Nummer von zwei Teilnehmern genutzt. Das einzige öffentliche Telefon in Žuky neben dem Eingang der Gemeindeverwaltung wurde kurze Zeit nach seiner Aufstellung Mitte der 90er Jahre zerstört und seitdem nicht mehr hergerichtet. Teilweise werden von Einwohnern die Telefone in der Ambulanz und in der Verwaltung für Anrufe genutzt. Internet spielt in Žuky keine Rolle, Hlobyne ist dagegen bereits

angeschlossen. So wird dort das Internet etwa durch die örtliche Bank und einige Firmen genutzt.

Das Dorf Novoselivka ist in den 90er Jahren ganz vom Telefonnetz abgetrennt worden, da nach Auskunft von Bewohnern jemand die Telefonleitungen vom Dorf zum Verteiler gestohlen und als Buntmetall verkauft hat. Bis Anfang der 90er Jahre hatte der Ort ein Telefon im örtlichen Büro der Sowchose besessen, das dann aber geschlossen wurde. Während zwischen 1989 und 1997 in der gesamten Ukraine die Anzahl der Telefonanschlüsse von 13 auf 25 pro 100 Einwohner anstieg (EBRD, 1999, S.95), hat sich der Wert für die Gemeinde wohl lediglich durch den Bevölkerungsrückgang leicht verbessert. Ohne Berücksichtigung der Doppelanbindungen lässt sich für die Gemeinde ein Wert von 4,5 Anschlüssen pro 100 Einwohner ermitteln (Žuky, 2001a-e, S.2).

Die Gemeindepost erfüllt wichtige Funktionen

Die Poststation der Gemeinde befindet sich im Zentrum von Žuky. Insgesamt beschäftigt sie neben der Leiterin vier Briefträgerinnen, zwei für Žuky, eine für Kolomycivka und Pavlivka und eine für Novoselivka und Žornjaky. Einmal täglich kommt das Postauto aus Hlobyne. Es bringt die Post, Verkaufsgüter und Pensionsgelder. Insgesamt hat die Anzahl der Postsendungen nach Aussage der Leiterin der Poststelle seit 1991 stark abgenommen.

Die Post ist auch für die Auslieferung der Zeitungs- und Magazinabonnements verantwortlich. Auch wenn die Anzahl nach Auskunft der Leiterin der Post in den letzten zehn Jahren ebenfalls deutlich zurückgegangen ist, so gibt es laut Poststatistik in der Gemeinde Žuky momentan noch 775 Abonnementverträge (1,5 pro Haushalt). Dies ist angesichts der wirtschaftlichen Krise eine relativ hohe Zahl, die Versorgung mit Information scheint bei den Bewohnern einen hohen Stellenwert zu haben. Die Verträge verteilen sich jedoch nach Auskunft der Poststellenleiterin ungleich über die Haushalte. Zeitungsabonnements werden überwiegend von alten Leuten bezogen, junge Leute sind in der Regel eher an Fernsehzeitschriften interessiert.

Ein weiterer Service der Post ist die Auszahlung der Pensionsgelder. Diese können an manchen Tagen bis zu 9.000 UAH betragen. Bei der Zustellung gibt es kaum Sicherheitsvorkehrungen, der Fahrer des Autos aus Hlobyne wird lediglich durch einen weiteren Postmitarbeiter begleitet. Die Postboten nehmen anschließend bis zu 3.000 UAH mit auf ihre Tour. Meistens sind sie dabei alleine mit dem Fahrrad unterwegs, die Briefträgerin aus Novoselivka über eine Strecke von 20 km. Überfälle hat es in der Gemeinde bisher noch nicht gegeben, jedoch sind Fälle aus anderen Orten im Rajon bekannt. Neben diesen Auszahlungen nimmt das Postamt auch Einzahlungen entgegen, so etwa für Strom und Gas. Die Post erfüllt somit auch teilweise Bankfunktionen.

Die Briefträger müssen vier Stunden am Tag arbeiten. Ihr Gehalt ist leistungsorientiert. Das Basisgehalt beträgt nach Auskunft der Leiterin 78 UAH. Pro halbjährigen Abonnementvertrag bekommen sie einen Zuschlag von 2 UAH. Zusätzlich müssen sie Produkte des täglichen Bedarfs (Drogerieartikel, Süßigkeiten) verkaufen, 4-5% des Erlöses wird ihrem Einkommen gutgeschrieben. Die Extraeinnahmen bringen pro Monat ca. 45 UAH ein.

Polizei und Feuerwehr

Die für die Gemeinde zuständige Polizeidienststelle hat ihren Sitz in Hlobyne. Deren Leiter war zur Zeit der Erhebungen einer der drei gewählten Vertreter der Gemeinde

Žuky im Rajonparlament, obwohl er nicht in der Gemeinde wohnte. Bei Befragungen äußerten Bewohner verhaltene Kritik an der Arbeit der Polizei, auch wenn diese vereinzelt Erfolge bei der Verfolgung von Diebstählen erzielt hatte.

Zur Bekämpfung von Feuern verfügte die Gemeinde Žuky zu Sowjetzeiten über ein eigenes Feuerwehrauto. Dieses ist aber nicht mehr funktionsfähig. Auch die Feuerwehr in Hlobyne war nach Auskunft der Administration vor 1991 weitaus besser ausgestattet gewesen. Normalerweise ist man heute auf die Hilfe der Nachbarn angewiesen.

3.4.2 Tierbestand überwiegend in privaten Haushalten

Bei den Investitionsgütern werden lediglich die Nutztiere betrachtet, die momentan für viele private Haushalte eine wichtige Rolle spielen. Vor der Wende war der Tierbestand noch überwiegend in der Hand der Sowchose gewesen. Auch wenn diese auf die Produktion von Zuckerrübensetzlingen spezialisiert gewesen war, so hatte sie in den 80er Jahren nach Auskunft der Landverantwortlichen etwa 900 Kühe und 9.000 Schweine besessen. In den 90er Jahren ist der Tierbestand dann aufgrund von Liquiditätsschwierigkeiten stark zurückgegangen. Anfang 2001 hatte die Firma Lanagro nur noch 290 Schweine und 369 Rinder, darunter 300 Kühe (Žuky, 2001a-e, S.5). Die Anzahl der in Privathaushalten und -betrieben gehaltenen Tiere ist dagegen stark angestiegen (vgl. Tab. 7), lediglich die Anzahl der Kühe ist leicht rückläufig. Jedoch sind diese Zahlen im Vergleich zum Tierbestand der Sowchose in den 80er Jahre noch sehr gering.

Tab. 7: Anzahl der Tiere in privater Hand in der Gemeinde Žuky

Tierart	1.1.1996	1.1.2001
Rinder	285	364
davon Kühe	228	217
Pferde	19	33
Schweine	526	904

Quelle: Žuky, 2001a-e, S.5

3.5 Finanzkapital

An dieser Stelle soll lediglich ein kurzer Überblick über die wichtigsten Einkommensarten und ihre Entwicklung gegeben werden. Eine ausführlichere Darstellung der momentanen Situation findet sich in Kap. 5.2. Während zu Sowjetzeiten offiziell Vollbeschäftigung herrschte, so wurden im Laufe des Transformationsprozesses viele Arbeitskräfte freigesetzt. Die Arbeitslosigkeit liegt momentan um die 27% (vgl. Kap. 5.2.1). Darüber hinaus kamen in den 90ern die Gehälter teilweise sehr unregelmäßig. So haben die aus der Sowchose hervorgegangenen Unternehmen Lanagro und Viktorija weiterhin Probleme, regelmäßig Löhne zu bezahlen. Auch die Auszahlung der Löhne der Staatsangestellten (z.B. Lehrer, Administration, Ärzte, etc.) und der Renten war teilweise unterbrochen. Seit aber die ukrainische Regierung 2001 per Gesetz die Nichtauszahlung von Löhnen unter Strafe stellte, kommen zumindest die staatlichen Löhne und Pensionen wieder regelmäßig, wenn auch auf sehr niedrigem Niveau. Eine weitere wichtige Einkommensquelle für die Bewohner ist der Verkauf von Nutztieren und tierischen Produkten, welcher in Kap. 5.2.2 erörtert wird.

Zu Zeiten der Sowjetunion besaßen Bewohner teilweise nicht unerhebliche Ersparnisse auf Bankkonten. So meinte ein Bewohner, der zu Sowjetzeiten in leitender Positi-

on tätig war, er hätte etwa 12.000 Rubel Rücklage gehabt. Eine Feldarbeiterin berichtete von 7.000 Rubel auf dem Sparkonto. Dies war angesichts eines durchschnittlichen Monatseinkommens von 230 Rubel (Creutz, 1997) relativ viel Geld. Die obengenannten Personen waren beide Mitte der 80er Jahre in Pension gegangen und hielten angesichts der zusätzlich eingehenden Rentenzahlungen ihren Lebensabend für gesichert. Ihnen war jedoch nicht bewusst, dass die Sowjetunion von einer versteckten Inflation betroffen war, die durch einen Geldüberhang zustande kam. Als Anfang der 90er Jahre die Preise freigegeben wurde kam es zu einer Hyperinflation, die anhand einer zusätzlichen Ausgabe von Geld durch den Staat zusätzlich angekurbelt wurde. Bewohner der Gemeinde berichteten, ihnen wäre plötzlich der Zugang zu ihren Bankkonten gesperrt worden. Als sie nach einiger Zeit wieder Zugriff hatten, waren die Einlagen nichts mehr wert gewesen. Angesichts der Erfahrungen ist das Vertrauen ins Bankensystem heute sehr gering. Die Mitarbeiter der Administration meinten, Bankkonten hätten momentan nur noch Unternehmen oder reichere Leute, wie etwa die privaten Landwirte. Die Menschen würden auch keine hohen Geldbestände zu Hause mehr aufbewahren. Nutztiere stellen heute wohl die häufigste Form von Ersparnissen dar, da sie leicht in Geld umgewandelt werden können und ein Zusatzeinkommen generieren.

Die nächste Bank hat ihren Sitz in Hlobyne. Nach Angaben der Landverantwortlichen der lokalen Administration ist es für Privatleute aber praktisch nicht möglich, dort oder woanders Kredit zu bekommen. Sie denkt, dass sich dies ändert, sobald 2005 die privatisierten Landstücke verkauft werden können (vgl. Kap. 4.4.2), da diese eine ausreichende Sicherheit darstellen. Private Geldverleiher wurden während der Erhebungen nicht ausgemacht. Unternehmen können dagegen Kredit erhalten, worauf in Kap. 4.3.2 eingegangen wird.

Eine besondere Situation ergibt sich momentan für die ehemaligen Ostarbeiter, bei denen die Auszahlung aus dem Entschädigungsfond seit Mitte 2001 im Gange ist. Dabei haben sie Ansprüche von teilweise über 10.000 UAH, wenn sie etwa Kinderarbeit in einer deutschen Fabrik leisten mussten. Im Januar 2002 warteten aber noch viele Bürger auf das Geld.

3.6 Fazit

Der Verlust des Ersparnisse in der Inflation scheint eine der ersten Auswirkungen im Transformationsprozess gewesen zu sein. Mit ihr einher ging ein Ausbleiben von Lohnzahlungen. Gleichzeitig geriet das Gesundheitssystem in eine schwere Krise; während das von Finanzmitteln weniger abhängige Bildungssystem noch relativ stabil blieb. Das zu Sowjetzeiten bestehende soziale Leben brach in sich zusammen, nachdem niemand mehr für dessen Koordination verantwortlich war. Insofern scheint es sich lediglich um ein organisiertes Sozialleben gehandelt zu haben. Die Infrastruktur hat dagegen den Transformationsprozess relativ gut überstanden, auch wenn Zugang zu Transportmitteln problematisch ist. Natürliche Ressourcen scheinen im ausreichendem Maße für die Bewohner verfügbar zu sein.

Hinsichtlich einer zukünftigen Entwicklung ist beim Gesundheits- und Bildungssystem nicht klar, ob selbst das niedrige Niveau nachhaltig erhalten werden kann. Wenn in den nächsten Jahren keine Besserung bei den Gehältern eintritt, kann es in diesen Sektoren zu Nachwuchsproblemen im ländlichen Raum kommen, welche die ohnehin schon vorhandene Benachteiligung der Landbevölkerung noch weiter erhöhen würden. Bei der Infrastruktur könnte sich ein Problem ergeben, falls die Elektrizitätswerke auf markt-

wirtschaftliche Prinzipien umstellen und illegale Nutzung strenger verfolgten, was im Interesse einer ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit wünschenswert wäre. Jedoch könnte dies eine Übernutzung der knappen Ressource Holz zur Folge haben, wenn man der Bevölkerung keine bezahlbaren Energiealternativen bietet.

4 Sich verändernde Strukturen und Prozesse

Dieses Kapitel legt einen Schwerpunkt auf die durch den Transformationsprozess bedingten Veränderungen. Hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit einer Zuckerproduktion aus Zuckerrüben soll in diesem und im folgenden Kap. 5 gezeigt werden, dass die verschiedenen geographischen Ebenen (global, national, regional, lokal) einer unterschiedlichen Logik folgen.

4.1 Globale Systemebene

Die globale Systemebene kann angesichts des vorgegebenen Rahmens nur ansatzweise skizziert werden. So werden zunächst einige knappe Einschätzungen hinsichtlich der Arbeit von Weltbank und IWF diskutiert, bevor ein kurzer Überblick über die Weltmarktsituation der für die Gemeinde relevanten Produktionsgüter gegeben wird.

4.1.1 Weltbank und IWF

Auch wenn Weltbank und IWF etwa seit 1994 mit der Ukraine kooperieren, so ist deren Einfluss auf lokaler Ebene eher als gering einzuschätzen. So kam etwa Jedrzejczak, Repräsentant der Weltbank in der Ukraine, im Februar 1999 zu dem Schluss, keine der mit internationalen Finanzinstitutionen vereinbarten Reformen wären letztendlich von der Ukraine umgesetzt worden (The Day, 16.2.1999). Ursache hierfür war laut Zon (2000, S.70), dass die Institutionen insbesondere bis 1998 kaum darauf geachtet haben, ob die von der ukrainischen Regierung versprochenen Schritte nicht nur beschlossen, sondern auch wirklich umgesetzt wurden. Die Regierung war nach Zons (2000, S.69) Einschätzung mehr an den günstigen Krediten interessiert, als an wirklichen Reformen. In letzter Zeit ist es aber schwieriger geworden, Kredite zu bekommen. So wurden bereits versprochene Auszahlungen gestoppt, weil die Reformen nicht vorangingen.

Stiglitz (2002, S.167) wiederum kritisiert am Beispiel Russlands, dass die Politikberatung der internationalen Institutionen in Osteuropa die „Schocktherapie“ mit schneller Liberalisierung und Privatisierung nachdrücklich unterstützt habe. So erhielten die Regierungen insbesondere in der ehemaligen Sowjetunion fast eine Rechtfertigung, Staatsbetriebe möglichst schnell zu Schleuderpreisen an sogenannte „Oligarchen“, einflussreiche, der Regierung nahestehende Personen, zu verkaufen. Durch die, ebenfalls von internationalen Institutionen geforderte, Öffnung der Kapitalmärkte konnten die Oligarchen Gewinne etwa aus Unternehmensveräußerungen in sichere Kapitalhäfen bringen. Die Idee der sanften Reform, welche davon ausgeht, dass die Umstellung auf ein marktwirtschaftliches System eine gewisse Zeit dauere, da man erst Institutionen und Wettbewerbsstrukturen aufbauen und die Akteure auf das zu schaffende marktwirtschaftliche Umfeld vorbereiten müsse, wurde dagegen nicht propagiert. Letztendlich lagen zwar Länder mit sanftem Reformkurs, wie etwa Ungarn, zunächst im Transformationsprozess zurück. Heute stehen sie aber viel besser da, als die Länder, welche die Schocktherapie umgesetzt haben (Stiglitz, 2002, S.167 ff.).

Positiv bewertet wird dagegen etwa von Sundakov (1999, S.115), dass die internationalen Institutionen durch ihre Arbeit wichtige Themen auf die Agenda der ukrainischen Politik bringen konnten. Auch wurden durch IWF und Weltbank eine Vielzahl von Studien gefördert, auf die auch diese Arbeit zurückgreifen konnte.

4.1.2 Weltmarkt für ukrainische Agrarprodukte - Die Zuckerproblematik

Getreide und Ölsaaten (z.B. Sonnenblumenkerne) sind die wesentlichen Exportprodukte der ukrainischen Landwirtschaft. Mit der Nahrungsmittelindustrie hat die Landwirtschaft einen Anteil von 13% an den Gesamtexporten (Vincentz, 2002, S.101). Wichtige Absatzmärkte für Getreide sind Asien, dort insbesondere Südkorea, und der Mittlere Osten (ERS, 2001). Dabei wird nach Auskunft einer Mitarbeiterin einer Getreideexportfirma überwiegend Futtergetreide exportiert.

Bei Ölsaaten war angesichts des hohen Weltmarktpreises der exportierte Produktionsanteil bis 1997 auf 50% angestiegen (ERS, 2001). Dies führte zu einer Verknappung des Angebots auf dem ukrainischen Binnenmarkt, was die Rohstoffversorgung der ukrainische Pflanzenölindustrie bedrohte. Weil eine Preissenkung durch Ausweitung der Produktion wohl aus ökologischen Gründen nur beschränkt möglich war (vgl. Kap. 4.3.2), führte die ukrainische Regierung 1997 eine Exportsteuer von 27% ein. Darauf reagierte der IWF mit dem Einfrieren bereits zugesagter Kredite, um eine signifikante Senkung der Exportsteuer zu erreichen (ERS, 2001).

Beim Zucker, einem traditionellen Exportgut der Ukraine seit Ende des 19. Jh.s, sieht die Weltmarktlage dagegen schlecht aus. Auch wenn der Staat laut Cramon-Taubadel (1999, S.276 ff.) dank seiner Schwarzerdeböden bei Zuckerrüben die weltweit höchsten Flächenerträge erzielen kann, so ändert dies nichts an dem Umstand, dass Zucker aus Zuckerrohr zu günstigeren Preisen produziert wird. Die Produktionskosten für Zucker aus Zuckerrüben liegen in der Ukraine zwischen 450 USD/ t und 850 USD/ t (Cramon-Taubadel, 1999, S.278). Dabei entsteht aber angesichts alter Raffinerieinfrastruktur kein weißer Zucker höchster Qualität. Aus diesem Grund kann ukrainischer Zucker auf dem Weltmarkt nur mit Discount verkauft werden. 1998 lag der Weltpreis für weißen Zucker aber lediglich bei 260 USD/ t, der ISA-Preis für den eher mit dem ukrainischen Zucker vergleichbaren Rohzucker bei 200 USD/ t (Cramon-Taubadel, 1999, S.278). Insofern ist die Ukraine beim Zucker nicht wettbewerbsfähig.

Dies ließe sich nach Ansicht Cramon-Taubadels (1999, S.278) auch nicht mit massiven Investitionen in die Zuckerindustrie beheben, wie Vergleichswerte aus der EU zeigen, in welcher die Zuckerproduktion aus Zuckerrüben trotz moderner Infrastruktur nur dank hoher Importzölle überleben kann. Auch für die zukünftige Entwicklung ist kein Ansteigen des Weltmarktpreises zu erwarten, da zunehmend Zucker durch künstliche Süßstoffe verdrängt wird (Cramon-Taubadel, 1999, S.278 ff.). Insofern spricht die Logik der globalen Ebene nicht dafür, dass sich die Ukraine in der Zuckerrübenproduktion engagieren sollte, es sei denn, sie diene der Deckung des nationalen Bedarfs.

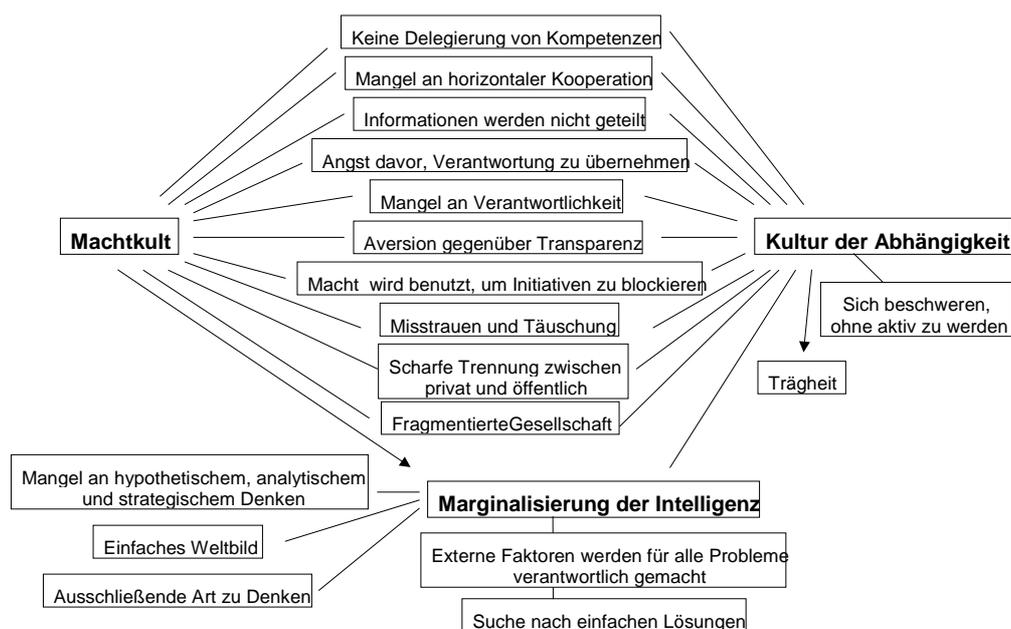
4.2 Nationale Systemebene

Auf der nationalen Systemebene orientiert sich die Arbeit an den in Kap. 1 beschriebenen Dimensionen der Transformation (sozial, politisch, wirtschaftlich). Eine Analyse der Transformation in relevanten Politiksektoren (Gesundheit, Bildung, Soziales, Umwelt) muss aber aus Platzgründen unterbleiben, lediglich der Agrarwirtschaftssektor wird besprochen werden.

4.2.1 Von einer „pseudo-“ zu einer „post-“ oder zu einer „prämodernen“ Gesellschaft?

Für Zon (2000, S.151) sind die Ursachen der Entwicklungsproblematik der Ukraine im Transformationsprozess primär auf gesellschaftlicher Ebene zu suchen. Er stellt die Hypothese auf, die ukrainische Gesellschaft leide an einem „(post)-sowjetischen sozialpsychologischen Syndrom“ (vgl. Abb. 4).

Abb. 4: Das (post)-sowjetische sozialpsychologische Syndrom



Quelle: Zon, 2000, S.157

Nach Ansicht Zons (2000, S.157) ist die Entstehung dieses Syndroms u.a. auf die absolutistische, zentralistische Ausübung der Staatsmacht sowohl in der Zaren- wie auch in der nachfolgenden Sowjetzeit zurückzuführen. Aus dieser Tradition ergibt sich, dass die Gesellschaft überwiegend vertikal in Befehlgeber und Empfänger gegliedert ist, horizontale Kooperation in Form von Rechten und Pflichten sind ihr überwiegend fremd. Diese Auffassung teilt auch der Leiter der KfWB in Kiew. Daher hätten sich etwa Genossenschaftsstrukturen, die Anfang der 90er Jahre angesichts der Privatisierung der Kolchosen und Sowchosen diskutiert wurden (vgl. Kirsch, 1996), in der Regel nicht als nachhaltig erwiesen, weil die Leute mit dieser horizontaler Kooperation nur schwer umgehen konnten.

Als Relikt der totalitären Macht des kommunistischen Parteistaates ist nach Ansicht Zons (2000, S.152) unter den Eliten weiterhin oft ein Machtkult vorhanden. Dies äußert sich etwa in dem Bedürfnis, alles kontrollieren zu wollen, was in ihrem Einflussbereich ist. Daher wird unabhängige Initiative auch selten von den Mächtigen toleriert oder unterstützt. Unter den Bürgern wiederum gibt es nach Auffassung Zons (2000, S.152) keine Tradition des Aufbegehrens gegen die Macht, da dies zumindest in der Vergangenheit schnell Strafe nach sich ziehen konnte.

Zon (2000, S.152) charakterisiert die ukrainische Gesellschaft daher als eine Opfergesellschaft, die von einer Kultur der Abhängigkeit geprägt ist. Die Menschen halten sich für Opfer der eigenen Situation. Wenn Vorschläge für Initiativen gemacht werden, würden gleich unzählige Gründe genannt, warum diese nicht umgesetzt werden könnten. So entschied sich etwa bei einer Umfrage unter Ukrainern, welche Eigenschaften für das ukrainische Volk charakteristisch sind, die größte Gruppe (48%) für „Passivität und die Hoffnung, dass jemand unsere Probleme löst“ (Ott, 1999, S.59, z.n. Bos, 2002, S.477). Das Klagen über die eigene Situation ist nach Ansicht Zons (2000, S.154) weit verbreitet. Dabei werden aber am liebsten externe Faktoren verantwortlich gemacht, so dass man gleichzeitig die Auffassung vertreten kann, nichts ändern zu können.

Insgesamt wird der machtausübende Staat laut Zon (2000, S.153) von den Bürgern eher als etwas „Schlechtes“ angesehen, weshalb das Stehlen von Staatseigentum auch nicht als richtiges Vergehen gilt. Gleichzeitig wird aber erwartet, dass der Staat eine Bandbreite von Dienstleistungen liefert, wie man es seit den 60er Jahren in der von Breslauer als autoritär-paternalistischen Wohlfahrtsstaat bezeichneten Sowjetunion gewohnt war (z.n. Plaggenborg, 2001, S.777). Daneben wird der Staat laut Zon (2000, S.153) gern für eigene Fehler verantwortlich gemacht.

Ein weiteres Element von Zons (2000, S.154 f.) Hypothese ist die Marginalisierung der Intelligenz. So wäre weniger Kompetenz für eine Karriere entscheidend, sondern Unterwürfigkeit gegenüber den Mächtigen. Daher hat die Intelligenz in der Sowjetunion ihre Erfüllung auch weniger in der Politik als vielmehr im kulturellen Leben gesucht. Unabhängiges analytisches Denken wird etwa durch das Schulsystem kaum gefördert. Der Schwerpunkt des Curriculums liegt auf dem Reproduzieren von Fakten, es wird nur wenig Zeit für Diskussionen aufgewendet (Zon, 2000, S.154 f.).

Zon (2000, S.167) kommt zu dem Schluss, dass die heutige ukrainische Gesellschaft charakterisiert ist durch eine Geringschätzung des öffentlichen Gutes, eine Passivität und Initiativlosigkeit des Einzelnen, Mangel an gegenseitigem Vertrauen, weitverbreiteten Betrügereien und einen Mangel an Verantwortung und Transparenz. Während die sowjetische Gesellschaft von Zon (2000, S.167) als pseudo-modern charakterisiert wird, da sie etwa durch hohen Industrieoutput und hohes Bildungsniveau Modernität suggerierte, so sind die Ukrainer seiner Meinung nach momentan auf dem Weg zu einer prä- oder gar antimodernen Gesellschaft. Das soziale Netzwerkkapital hätte prämodernen Charakter und verhindere so die Entwicklung von organisatorischem Kapital. Das ohnehin niedrige Niveau bürgerlichen Engagements würde sich sogar noch weiter reduzieren. Unpersönliche Normen sozialer Integration wären schwach, es gäbe eine starke Trennung zwischen In- und Out-Gruppen. Dies laufe den organisatorischen Bedürfnissen einer modernen Wirtschaft mit ihrer hochkomplizierten horizontalen Differenzierung zuwider. Auch durch die soziale Stratifizierung und die Ausschlussmechanismen entfernt sich die Ukraine laut Zon (2000, S.167) immer weiter von einer modernen Gesellschaft.

Hinsichtlich einer Lösung dieser Situation ergibt sich die Problematik, dass soziale Praktiken nur schwer durch die Politik zu beeinflussen sind. Doch sieht Zon (2000, S.168) indirekte Möglichkeit für den Staat, die Gesellschaft zu modernisieren, indem er die Verwaltung reformiert, die Rechtsstaatlichkeit durchsetzt, Korruption bekämpft und die Selbstorganisation der Gesellschaft fördert. Die Hypothesen Zons sind als provokant zu bewerten, doch sind es Thesen wie diese, die in der Entwicklungsdebatte den Blick auf relevante Aspekte lenken können, solange man sie lediglich als Anhaltspunkt nimmt, ohne darauf aufbauend klischeehafte Vorstellungen zu entwickeln.

4.2.2 Von der Diktatur zur Demokratie oder zur Autokratie?

Wenn die Hypothesen von Zon ansatzweise stimmen, so müssen deren Auswirkungen auch auf politischer Ebene sichtbar sein. Anhand der Verfassung von 1996 (Verchovna Rada, 1996) lässt sich zunächst keine Untermauerung finden, da in ihr die Prinzipien der Demokratie und Rechtstaatlichkeit verankert sind (Bos, 2002, S.485). Dennoch kommt Bos (2002, S.485) zu der Einschätzung, dass die demokratische Konsolidierung der Ukraine zehn Jahre nach der Unabhängigkeit in weite Ferne gerückt ist. Es ist ihrer Ansicht nach keine liberale Demokratie entstanden, sondern ein „hybrides Regime“, welches in der Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie anzusiedeln ist (Bos, 2002, S.485).

Nach Art. 75 der Verfassung ist das Parlament das einzige Organ der gesetzgebenden Gewalt in der Ukraine. Daneben hat aber auch der direkt vom Volk gewählte Präsident legislative Gewalt, da ihm Art. 106 das Recht gibt, Dekrete im Rahmen der Verfassung und der Gesetze zu erlassen. Auch räumt Art. 94 dem Präsidenten ein Vetorecht in der Gesetzgebung ein, welches vom Parlament nur mit 2/3 Mehrheit überstimmt werden kann. Das Parlament wählt auf Vorschlag des Präsidenten die Regierung, welche laut Art. 113 das oberste Organ der Exekutive ist.

Auch wenn Parlament und Regierung demnach laut Verfassung jeweils die führenden Organe der Legislative bzw. Exekutive sind, so liegt aber in der Praxis laut Bos (2002, S.485) die eigentliche Macht beim Präsidenten und seiner Verwaltung, welche sich demokratischer Kontrolle durch Parlament und Öffentlichkeit entziehen. So werden politische Entscheidungen durch informelle Strukturen geprägt, Politik, Wirtschaft, Medien und Korruption sind eng verknüpft. Wahlen finden regelmäßig statt, jedoch ist in ihnen eine Chancengleichheit der Kandidaten nicht gewährleistet (Bos 2002, S.485 f.). Anhand der Situation der Medien als wichtiges Standbein der Demokratie und der Ergebnisse der Parlamentswahlen im März 2002 wird im Folgenden die Situation der politischen Ebene vertiefend betrachtet.

Hinsichtlich der Medien garantiert Art. 34 (Verchovna Rada, 1996) der Verfassung Rede und Meinungsfreiheit. Jedoch enthält er eine Schranke durch die Bestimmung, dass diese etwa im Interesse der nationalen Sicherheit oder zur Sicherung der öffentlichen Ordnung begrenzt werden darf. Zensur ist in Art. 15 ausdrücklich verboten. In der Praxis müssen Journalisten jedoch laut Bos (2002, S.480) bei kritischer Berichterstattung mit Anklagen wegen Rufschädigung rechnen, welche in der Regel mit der Forderung nach hohen Entschädigungen verbunden sind. Seit der Unabhängigkeit fielen darüber hinaus ca. 40 Journalisten Mordanschlägen zum Opfer, ohne das jemals der Auftraggeber ermittelt werden konnte (Bos, 2002, S.480). Im „Gongadse-Skandal“ im Jahr 2000 geriet auch Präsident Kučma unter Verdacht, in den mutmaßlichen Mord an dem Journalisten Gongadse verwickelt zu sein, was aber letztendlich nicht weiter untersucht wurde.

Daneben ist im Zuge der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die 1998 bzw. 1999 stattfanden, zu einer starken Polarisierung der Medien gekommen (Bos, 2002, S.480). Politiker, ukrainische und russische Finanzgruppen versuchten den Wahlausgang durch Erwerb und Kontrolle der Medien zu beeinflussen. So entstand ein „Pluralismus der Clans“ (NZZ, 3.11.1997, S.5, z.v. Bos, 2002, S.480). Von den drei landesweiten Fernsehkanälen untersteht „UT-1“ direkt dem Präsidenten, „Inter“ und „1+1“ werden von Personen kontrolliert, die Kučma nahe stehen (Bos, 2002, S.478 f.). Bei den

Druckmedien verhält es sich so, dass staatliche Medien stark subventioniert sind und dadurch oft zu einem günstigeren Preis verkauft werden, als die private Konkurrenz (OSCE, 2000, S.258 f., z.n. Bos 2002, S.480). Insgesamt ist die unabhängige Medienlandschaft daher nur schwach entwickelt.

Trotz der Medienmacht des Präsidenten und des Drucks der administrativen Behörden zu seinen Gunsten (vgl. Durkot, 2002, S.565), lag jedoch bei den Wahlen im März 2002 ein Reformbündnis unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Juščenko zumindest hinsichtlich der Zweitstimmen vorne. Juščenkos Parteienbündnis vereinte 23,6% der Stimmen (vgl. Tab. 8), das Parteienbündnis des Präsidenten Kučma erhielt dagegen nur 11,8% der Stimmen. Durkot (2002, S.564) wertet dies als Beweis, dass der ukrainische Wähler weiterhin einer demokratischen Gesellschaft und einer Wirtschaftsreform durchaus aufgeschlossen ist. Letztendlich werden aber über die Zweitstimmen nur 50% der Parlamentsmandate besetzt. Die andere Hälfte wird über Direktmandate vergeben. Das alte Parlament hatte zwar vor der Wahl ein neues Wahlgesetz verabschiedet, wonach zukünftig alle Parlamentarier über Listen gewählt werden sollten, diese Reformbemühungen scheiterten aber letztendlich am viermaligen Veto Kučmas (Durkot, 2002, S.565).

Bei der Betrachtung der Ergebnisse in Tab. 8 wird deutlich, dass das weiterhin bestehende Wahlsystem das Parteienbündnis des Präsidenten begünstigt. Durch die Mehrheit bei den gewonnenen Direktmandaten und aufgrund Dutzender ursprünglich „unabhängig“ kandidierender Mandatsträger, die kurz nach der Wahl überliefen, stellt das Bündnis nun 40% der Parlamentarier und damit die stärkste Fraktion im Parlament (Durkot, 2002, S.567; Vincentz, 2002, S.102). Die „Überläufer“ hatten zum Teil zunächst als Unabhängige kandidiert, um nicht am schlechten Image des Präsidenten Kučma im Volk Schaden zu nehmen. Bei anderen musste der Präsident laut Durkot (2002, S.573) nach der Wahl noch „Überzeugungsarbeit“ leisten. Hierbei kam ihm zu Gute, dass viele Parlamentarier den regionalen wirtschaftlichen Eliten angehören. Da er als Präsident direkt Einfluss nehmen kann, welche Firmen Begünstigungen oder Strafen erhalten, lassen sich unabhängige Parlamentarier relativ leicht „überzeugen“, ins Lager des Präsidenten zu wechseln (Durkot, 2002, S.573).

Tab. 8: Ergebnisse der drei stärksten Parteien(-bündnisse) bei den Parlamentswahlen 2002

Parteien bzw. -bündnisse	Zweitstimmen	Mandate	Direktmandate	„Überläufer“	Mandate	Mandate (Prozent)
Unsere Ukraine (u.a. Juščenko)	23,57%	70	42	ca. 10*	ca. 122*	ca. 27%*
Kommunisten	19,98%	59	7	?	66+?	14,7%+?
Für die Einheit der Ukraine (u.a. Kučma)	11,77%	35	66	ca. 79*	ca. 180*	ca. 40%*

* basierend auf Vincentz (2002, S.102), dass Präsident Kučma auf eine Mehrheit von etwa 40% bauen kann, während Juščenko 27% der Parlamentarier vereint.

Quellen: Durkot, 2002, S.567; Vincentz, 2002, S.102

Angesichts dieser Vorgänge liegt für Durkot der Schlüssel zu einer weiteren Demokratisierung weniger in einer weiteren politischen Liberalisierung und einer Stärkung der Parteien, sondern in einer Wirtschaftsreform, die Unternehmern Chancengleichheit gewährt, so dass die Macht des Präsidenten begrenzt wird (Durkot, 2002, S.575). Das müsste dieser aber selber zulassen. Hier ruhen die Hoffnungen auf Juščenko, dem ange-

sichts des Wahlsieges bei den Zweitstimmen gute Chancen eingeräumt werden, die nächsten Präsidentschaftswahlen 2004 für sich zu entscheiden. Laut Art. 103 der Verfassung darf Kučma nicht mehr antreten, da er nur zwei Amtszeiten in Folge diese Funktion ausüben darf.

4.2.3 Von der Plan- zur Markt- oder zur Clanwirtschaft?

Parallel zu Durkot (2002, S.575) halten auch Hoffmann / Vincentz (2002, 474 f.) die bestehende clan-wirtschaftliche Verquickung von Staat und Wirtschaft für die wesentliche Ursache, warum Reformen bisher misslingen oder nur partiell umgesetzt wurden. Wenn etwa die Sanktionierung bzw. Förderung von Betrieben durch die Adressaten dieser Politik selber festgelegt wird, dann sind keine Erfolge zu erwarten. So muss das neue Parlament es schaffen, für eine Reformpolitik eine Mehrheit zu finden, die sich für Konkurrenz und Rückzug des Staates aus der Wirtschaft entscheidet. Dafür müssten sich die Entscheidungsträger jedoch selbst entmachten, um die Unternehmen der Konkurrenz des Marktes und nicht der Paternalität des Staates zu überlassen (Hoffmann / Vincentz, 2002, S.474 f.).

Tab. 9: Bruttoinlandsprodukt (BIP) (1990 = 100)

	1997	1998	1999	2000	2001*
BIP	41,7	40,9	40,8	43,2	47,1
*vorläufig					

Quelle: Vincentz, 2002, S.103

Die ukrainische Wirtschaft hat sich zwar in 2000 und 2001 trotz schlechter weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen positiv entwickelt. So konnte etwa das BIP in beiden Jahren ein Wachstum verzeichnen (vgl. Tab. 9), der im zweiten Jahr überwiegend vom Anstieg des Konsums privater Haushalte geprägt war (Vincentz, 2002, S.99). Dieser Anstieg beruht aber nach Einschätzung Vincentz (2002, S.102) bisher noch wesentlich auf einer Erholung nach langer Rezession. Zwar haben eine restriktive Finanz- und Geldpolitik, sowie eine Reduzierung der staatlichen Budgetdefizite eine relative Stabilisierung der Währung erreicht, dennoch verdecken diese Entwicklungen weiterhin bestehende Probleme (Hoffmann / Vincentz, 2002, S.466).

So ist das Staatsbudget nur ausgeglichen, weil der Staat eine schlechte Zahlungsmoral etwa bei der Rückerstattung der Mehrwertsteuer hat (Hoffmann / Vincentz, 2002, S.466). Daneben gibt es weiterhin einen großen nicht-monetären Graumarkt, eine virtuelle Ökonomie, in der Schuldtitel und Güter miteinander verrechnet werden. Aktionen auf diesen untransparenten Märkten verursachen hohe Suchkosten und behindern das wirtschaftliche Wachstum. Hinsichtlich einer Lösung dieser Problematik sind bei den Banken und auf den Kapitalmärkten zwar positive Entwicklungen auszumachen. So sinken die Zinsen langsam, der Grad der Monetarisierung nimmt zu, dass Kreditvolumen wächst. Jedoch ist die Finanzierung der Unternehmen mit Fremdmitteln weiterhin schwierig (Vincentz, 2002, S.99).

Gewinnumlenkung, Schattenprivatisierungen, Vermögensaneignungen und Korruption sind weit verbreitet (Hoffmann / Vincentz, 2002, S.471). So rangiert die Ukraine im Transparenzindex von Transparency International (2001) auf Platz 83 von 91 untersuchten Ländern. Die Korruption wird laut Zon (2000, S.34 ff.) auch gerade durch die oft vorhandene Widersprüchlichkeit der Gesetze und Dekrete gefördert. Wenn man

sich bei wirtschaftlichen Aktivitäten an eine Regel hält, verstößt man höchstwahrscheinlich gegen eine andere. Hierdurch ist der wirtschaftliche Akteur der Willkür der überprüfenden staatlicher Behörden ausgesetzt, was häufig nur durch Schmiergeldzahlungen geregelt werden kann. Insofern ist es oft für Unternehmer auch attraktiver, illegal in der Schattenwirtschaft zu arbeiten (Zon, 2000, S.34 ff.)

Auch die Steuerpolitik ist sehr inkonsistent (Hoffmann / Vincentz, 2002, S.466 ff.). Zwar versucht der Staat durch harte Strafen auf Steuerrückstände Druck auszuüben, wodurch mehr als die Hälfte der Steuerschulden Versäumnisstrafen sind. Gleichzeitig werden aber vom Staat von Zeit zu Zeit Schulden in großem Ausmaß erlassen, um die Schuldenflut zu reduzieren. Daher ist letztendlich der ehrliche Steuerzahler im Nachteil gegenüber dem, der seine Schulden in der Erwartung auflaufen lässt, dass diese bald erlassen werden. Daneben gibt es zu viele Steuerausnahmen und Privilegien, welche die Wettbewerbsstrukturen stark verzerren. Auch macht die Hälfte der Betriebe Verlust, wodurch sie von Steuerzahlungen befreit sind (Hoffmann / Vincentz, 2002, S.466 ff.).

Mit der Landwirtschaft gibt es aber laut Hoffmann / Vincentz (2002, S.468 f.) ein Beispiel für erfolgreiche Strukturreformen. Hier hat sich in den letzten zwei Jahren gezeigt, dass Liquiditätsmangel von Betrieben nicht nur durch Staatsintervention behoben werden kann, sondern dass privates Kapital für Finanzierungen vorhanden ist, wenn Raum für privatwirtschaftliches Handeln geschaffen wird. So wurde 1999 durch ein Präsidialdekret die Aufteilung des Bodens an die Mitglieder der Betriebe verordnet, die bis dahin nur schleppend lief. Auch reformierte man 2000 das gesamte landwirtschaftliche Finanzierungssystem. Bis dahin hatte der Staat die Vorleistungen gestellt, wofür ihn die Betriebe mit Ernteprodukten bezahlten, wobei die Agrarfirmen meistens Verluste machten. Nun läuft die Finanzierung über die Banken, wobei Kredite durch den Staat lediglich subventioniert werden. Im Zuge der Umstellung wurde den meisten Agrarbetrieben auch die Schulden erlassen (Hoffmann / Vincentz, 2002, S.468 f.).

Diese Umstellung hatte nach Auskunft des Leiters der KfWB in Kiew den massiven Einstieg von Investoren zur Folge. Hierbei sind es insbesondere Ölindustrie, Schwerindustrie und Handel, die im Agrarsektor mit langfristigen Pachtverträgen engagiert sind. Insgesamt konnten die Ernteerträge stark gesteigert werden, allerdings wird Wachstum weiterhin durch den Engpass an strategischen Transport- und Lagerungskapazitäten beschränkt. Dies wird sich angesichts von momentan getätigten Investitionen in den Infrastrukturbereich aber bald ändern. Hoffmann / Vincentz, (2002, S.469) gehen davon aus, dass die Landwirtschaft auch in den nächsten Jahren ein Motor des gesamtwirtschaftlichen Wachstum bleiben kann, wenn man Konkurrenz und Marktzutritt auf den Märkten der landwirtschaftlichen Infrastruktur durchsetzen kann. Die Agrarpolitik wird in den folgenden Abschnitten über die regionale und die lokale Ebene noch ausführlicher betrachtet werden. Dort wird auch die Zuckerpolitik angesprochen werden, bei welcher nationale und die regionale Ebene einer relativ analogen Logik folgen.

4.3 Regionale Systemebene

4.3.1 Rajonpolitik und -verwaltung

Laut Art. 132 der ukrainischen Verfassung (Verchovna Rada, 1996) wird die Staatsgewalt in einer „Verbindung von Zentralisierung und Dezentralisierung“ ausgeübt. Art. 140 der Verfassung definiert dabei die örtliche Selbstverwaltung als das Recht einer territorialen Einheit, selbständig Fragen von örtlicher Bedeutung in Rahmen der Verfassung und der Gesetze der Ukraine zu entscheiden (Bos, 2002, S.483). So wurde offiziell auch schon 1992 den lokalen Behörden weitreichende finanzielle Autonomie garantiert.

In der Praxis sind Verwaltungsstruktur und politische Prozesse aber weiterhin durch Zentralismus geprägt (Bos, 2002, S.483; D'Anieri u.a., 1999, S.124 f.; z.n. Bos, 2002, S.483). Die unterhalb der nationalen Ebene bestehenden Verwaltungseinheiten sind auf ausführende Funktionen beschränkt, regionalen Parlamenten werden nur begrenzte Kompetenzen eingeräumt. Umgekehrt haben dagegen die Regionen kaum Einfluss auf die nationale Ebene, so gibt es keine institutionalisierten Mitspracherechte. Zwar besteht ein Rat der Regionen, dieser hat aber nur beratende Funktion und kann jederzeit aufgelöst werden (Bos, 2002, S.483).

Bos (2002, S.483) bezeichnet das System als eine zentrumsbetonte Präsidialverwaltung. So können anhand Art. 118 der Verfassung die Leiter der örtlichen staatlichen Verwaltungen vom Präsidenten auf Vorschlag des Kabinetts ernannt und entlassen werden. Sie sind dem Präsidenten verantwortlich und arbeiten weitgehend unabhängig von den gewählten regionalen Volksvertretungen. Auch auf der untersuchten Rajonebene gibt es einerseits den Vorsitzenden des Rajonparlaments, andererseits den ernannten Repräsentanten des Präsidenten der Ukraine im Rajon.

Im Hlobyner Rajonparlament sitzen nach Auskunft der Rajonadministration insgesamt 81 Delegierte. Angesichts von 58.600 Rajonbewohnern vertritt jeder Parlamentarier durchschnittlich 723 Einwohner. Dort wird u.a. das Rajonbudget und die Budgets der einzelnen Gemeinden beschlossen, wobei nicht ermittelt wurde, inwieweit dies von höheren Stellen auf Oblast- oder nationaler Ebene beeinflusst wird. Die Gemeinde Žuky wird dort durch insgesamt drei Delegierte repräsentiert. Zur Zeit der Erhebungen wohnte aber niemand von diesen in Žuky, weil die Bürger bei den letzten Wahlen drei Kandidaten von außerhalb gewählt haben, obwohl auch Bewohner von Žuky unter den Bewerbern waren.

Während der Untersuchungen wurden bei der Verwaltung die Abteilungen für Landwirtschaft, Statistik, das Katasteramt und die Umweltschutzabteilung aufgesucht. Die Statistikabteilung belegt ein gesamtes Gebäude, die Landwirtschaftsabteilung eine Etage in einem ähnlich großen Bau. Das Katasteramt besteht dagegen nur aus zwei Zimmern, die Umweltschutzabteilung verfügt lediglich über einen Raum. Am stärksten frequentiert war zur Zeit der Erhebungen das Katasteramt, da die Bürger gerade ihre Landstücke zugewiesen bekamen (vgl. Kap. 4.4.2).

Die Umweltschutzabteilung wird von einem ökologischer „Sheriff“ geleitet. Er trägt Waffe und Uniform und hat nach seiner Auskunft weitgehende Befugnisse. In der Abteilung sollten drei Mitarbeiter arbeiten, zur Zeit der Erhebungen waren sie aber nur zu zweit. Seiner Meinung nach wäre ein dritter Mann dringend nötig, um das Rajongebiet von 2477 km² überwachen zu können. Daneben stehen ihm im Rajon zusätzlich fünf Freiwillige zur Seite. Er ermittelt gegen Wilddiebe, illegale Fischer und Holzfäller und kann dabei Geldstrafen verteilen. Die Waffe hat er in seiner dreijährigen Dienstzeit aber noch nicht einsetzen müssen. Die Abteilung ist auch für die zehn staatlichen Schutzgebiete des Rajons verantwortlich, daneben verwaltet sie die Umweltschutzabgaben von Unternehmen und Personen. Insgesamt zahlen nach Auskunft des Leiters 330 Körperschaften im Rajon Umweltschutzabgaben.

In einem Gebäude der Rajonverwaltung befinden sich auch die Redaktionsräume der „Rajonny bysty“ (Regionale Nachrichten). Diese ist eine der beiden regionalen Zeitungen im Rajon Hlobyne. Die regionale Presse ist von großer Bedeutung in der Ukraine. So ist laut Bos (2002, S.480) das Verhältnis zwischen lokalen und zentralen Zeitungen im ländlichen Raum der Ukraine 50 zu 1. Während der Untersuchungen gaben befragte Leute auch überwiegend an, die regionalen Zeitungen zu lesen. Die „Rajonny bysty“ ist

praktisch eine Zeitung der Rajonverwaltung. Die zweite Zeitung, die „Zarja Prydneprov'ja“ war hingegen laut Mitarbeitern der „Rajonny bysty“ ursprünglich eine unabhängige Zeitung, geriet aber in finanzielle Schwierigkeiten, so dass diese von der Rajonverwaltung aufgekauft wurde. So gibt es im Rajon letztendlich keine unabhängige Presse mehr.

4.3.2 Einflussfaktoren der regionalen Landwirtschaftsentwicklung

Nach Auskunft des Leiters der Agrarabteilung der Rajonverwaltung waren die Kolcho-sen und Sowchosen des Rajons in der Sowjetzeit überwiegend auf vier Produkte spezialisiert: Weizen, Zuckerrüben, Milch und Fleisch. Heute konzentrieren sich die Betriebe aber überwiegend auf den Ackerbau, da die Tierhaltung nicht rentabel ist, wie Vergleichswerte für den Oblast Poltava in Tab. 10 zeigen.

Schubert (1997, S.20) führt als eine Ursache für die Unrentabilität der Tierproduktion den Mangel an Kaufkraft in der Bevölkerung auf, wodurch die Preise für Tierprodukte stark gesunken sind. Begleitet wird dies von einer Unterversorgung der Tiere mit eiweißreicher Nahrung und Problemen in der Futterbeschaffung und bei den notwendigen Aufwendungen für die Tiere. Angesichts der geringen Liquidität der Betriebe sind diese in der Regel nicht mehr in der Lage, in ihren Tierbestand zu investieren. Beim Ackerbau ist die Zeit zwischen den Investitionen im Frühjahr und der Ernte im Herbst hingegen kürzer und eher zu bewältigen. Aus diesem Grund werden nach Auskunft des Leiters der Agrarabteilung vom Staat auch nur Kredite für Ackerbautätigkeiten subventioniert.

Tab. 10: Rentabilität der LW-Produktion* in der Oblast Poltava

Produktionsgut	1985	1990	1995	1999	2000
Getreide	108,3	344,1	124,7	21,9	72,6
Zuckerrüben	10,0	38,7	46,9	-15,6	0,4
Gemüse	-19,1	-11,3	-11,2	-29,1	-22,2
Kartoffeln	2,5	-6,9	6,2	-44,4	-12,2
Milch	12,9	26,6	-18,3	-30,9	1,2
Rinder	12,3	29,3	-14,0	-52,7	-31,0
Schweine	-11,6	28,3	-14,1	-49,2	-44,2
Schafe	-37,4	3,8	-54,4	-80,3	-38,1
Geflügel	-35,7	-24,8	7,0	-46,3	-30,1
Wolle	-25,8	-31,0	-75,8	-92,7	-92,0
Eier	7,0	15,6	45,0	19,2	17,5

*in privatisierten Betrieben

Quelle: Poltava, 2001a, S.137

Durch diese subventionierten Kredite, die mit der in Kap. 4.2.3 beschriebene Umstellung des Finanzierungssystem eingeführt wurden, haben sich laut dem Leiter der Agrarabteilung die Zugangsmöglichkeiten der Agrarbetriebe zu Finanzmitteln deutlich verbessert. So hatten sie in den 90er Jahren nur auf drei Monate befristete Kredite mit einem jährlichen Zinssatz von 60-80% bekommen. Momentan wäre die Zinsrate auf dem freien Markt um die 30%, da der Staat aber 70% übernimmt, muss der Unternehmer nur 10% bezahlen. Der Leiter der KfWB in Kiew meinte dazu, das sei die Theorie, in der Praxis sähe es so aus, dass die Regierung nur einen Anteil von etwa 30% übernehmen kann. Im Rajon Hlobyne haben Betriebe nach Auskunft des Leiters der Agrar-

abteilung im Jahr 2001 27 Mio. UAH Kredite bekommen, eine deutliche Steigerung gegenüber 2000, in dem es nur 7-8 Mio. UAH gewesen waren.

Tab. 11: Produktionsentwicklung in LW-Betrieben* im Rajon Hlobyne (1990 = 100)

Produktionsgut	1985	1990	1995	1999	2000
Getreide	80,3	100,0	57,7	36,3	43,1
Zuckerrüben	87,2	100,0	47,9	16,0	7,0
Sonnenblumensamen	75,0	100,0	91,0	125,0	158,3
Kartoffeln	110,0	100,0	20,0	10,0	10,0
Gemüse	100,0	100,0	25,0	12,5	12,5
Fleisch	77,7	100,0	46,9	17,1	15,4
Milch	87,0	100,0	61,0	30,9	22,6
Eier	133,3	100,0	22,5	12,7	5,9
Wolle	97,6	100,0	14,6	4,9	4,9

* ohne private Produktion

Quelle: Poltava, 2001a, S.161 ff.

Unter den Anbaugütern ist das Getreide führend. Seine Produktion ist auch in den 90er Jahren relativ rentabel und stabil gewesen (vgl.

Tab. 10; Tab. 11). Die Zahlen von 1999 und 2000 in Tab. 11 täuschen ein wenig, da dies zwei relativ schlechte Erntejahre für Getreide waren. Einen starken Zuwachs hat die lukrative Sonnenblumenproduktion zu verzeichnen. Das ist nach Auskunft des Leiters der Umweltabteilung unter ökologischen Gesichtspunkten problematisch, da Sonnenblumen den Böden übermäßig Mineralstoffe entziehen. Aus diesem Grund achtet er auch darauf, dass deren Anbaufläche nicht den Grenzwert von 6% an der Gesamtanbaufläche des Betriebes übersteigt. Der Leiter der Agrarabteilung der Rajonverwaltung und der Direktor von Lanagro sprachen hingegen von einem max. möglichen Anteil von 8%.

Angesichts der Lukrativität und der Produktionssteigerung in den 90ern ist es fraglich, ob sich jeder Betrieb an diese Begrenzung hält. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Direktoren der privatisierten Sowchosen und Kolchosen, welche die Anbauteilscheidungen treffen, lediglich bei dem Betrieb angestellt sind. Die Firmen wiederum besitzen selbst keine Ackerflächen, sondern pachten diese von Bewohnern und von der Gemeinde. Insofern ist ein Betriebsleiter nur indirekt von den Konsequenzen einer Auslaugung der Böden durch Erhöhung der Sonnenblumenanbaufläche betroffen. Wenn er etwa lediglich auf kurzfristigen Profit aus ist, so liegt die Versuchung nahe, die Sonnenblumenproduktion zu diesem Zweck heimlich über die erlaubte Anbaufläche auszuweiten. So meinte auch ein ehemaliger Leiter der Kolchose in Žuky, es würde momentan zuviel Fläche mit Sonnenblumen bestellt.

Ein weiteres Konfliktpotential könnte sich nun angesichts der Festschreibung des Landbesitzes im Grundbuch ergeben (vgl. Kap. 4.4.2). Private Verpächter werden ein berechtigtes Interesse haben, dass auf ihren verpachteten Landstücken nicht überproportional Sonnenblumen angebaut werden. Hier muss eine Regelung gefunden werden, dass die Anbaufläche bei diesem Produkt alternierend wandert, so dass nicht die Landstücke einiger Besitzer durch den Anbau degradiert werden, während die Landstücke anderer Verpächter nur mit unproblematischen Gütern bebaut werden.

Die Zuckerrübenproduktion des Rajons hatte in den 90er Jahren einen im Vergleich zu anderen Anbauprodukten besonders starken Einbruch zu verzeichnen. Die Produktionsmenge im Jahr 2000 betrug nur noch 7% des Wertes von 1990 (vgl. Tab. 11). Hierfür wird von den Bewohnern die Zuckerfabrik in Hlobyne verantwortlich gemacht, die

in den 90er Jahren eine schwere Krise hatte. Die Agrarbetriebe in den Dörfern konnten auf die Probleme bei der Zuckerproduktion relativ flexibel reagieren, indem sie auf andere Anbauprodukte umstiegen. Für die Stadt Hlobyne mit ihren ca. 10.000 Einwohnern hatte dies aber große Konsequenzen, da die dortige Raffinerie nach Auskunft des Leiters der Agrarabteilung zumindest zu Sowjetzeiten der wichtigste Betrieb war. In ihr sind nach seinen Angaben ganzjährig 500 Mitarbeiter angestellt, was relativ hoch erscheint, da die eigentliche Zuckerkampagne, in der die Fabrik Zucker produziert, in der Regel lediglich von Ende September bis in den Winter dauert. In dieser eigentlichen Produktionsphase kommen noch einmal 1.500 weitere Saisonarbeiter hinzu. Es würde die Stadt Hlobyne daher hart treffen, wenn die Zuckerfabrik schließen müsste.

Die Krise der Zuckerproduktion Ende der 90er Jahre ist laut Cramon-Taubadel (1999, S.275 ff.) auf die Unwirtschaftlichkeit der ukrainischen Zuckerproduktion zurückzuführen. Sichtbar wurde diese 1995, als der Zuckermarkt liberalisiert wurde, indem sich der bisher als Aufkäufer und Verteiler der Produktion agierende Staat zurückzog. Die Zuckerfabriken begannen, auf einer sogenannten „Geben und Nehmen-Basis“ zu arbeiten. Dabei sollten die anliefernden Zuckerrübenproduzenten 70% des produzierten Zuckers bekommen, während die Raffinerien die restlichen 30% einbehielten (Cramon-Taubadel, 1999, S.285). Nach Auskunft des Leiters der Agrarabteilung arbeitete auch die Fabrik in Hlobyne nach diesem Prinzip, er sprach allerdings von einer 60%/ 40%-Aufteilung des Produktionsergebnisses.

Der saisonale Charakter der Zuckerrübenverarbeitung führte laut dem Leiters der Agrarabteilung dazu, dass es während der Produktionskampagne im Herbst und Winter auf dem Zuckermarkt zu einem Überangebot kam, so dass die Preise drastisch nach unten gingen. Ein Export zur Entlastung des Marktes war nicht möglich, da die ukrainische Produktion wie in Kap. 4.1.2 beschrieben auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig ist. Die Fabriken sahen sich trotz des niedrigen Preisen aber in der Regel aus Mangel an Liquidität zum Verkauf gezwungen, da am Ende der Produktionsperiode die Elektrizitäts- und Personalkosten bezahlt werden mussten. Dies führte dazu, dass sie keinen hohen Erlös erzielen konnten, die davon für sie vorgesehenen 40% reichten daher nicht zur Deckung der Kosten. So gingen sie dazu über, den Zuckeranbaubetrieben weniger als 60% auszuzahlen, wodurch auch für diese die Produktion unrentabel wurde. Nach Auskunft von Journalisten soll es dabei vorgekommen sein, dass Zuckerrübenproduzenten, die am Ende der Produktionskampagne Zucker oder Geld abholen wollten, von der Raffinerie mitgeteilt bekamen, es wäre nichts mehr da.

Angesichts dieser Problematik begann die Zuckerindustrie, sich für Unterstützung durch den Staat einzusetzen (Cramon-Taubadel, 1999, S.286). Allen Konzepten war gemein, dass der Markt wieder mehr vom Staat reguliert werden sollte. Auch wurde angestrebt, die Kooperation zwischen Produzenten und Verarbeitern wieder mehr vertikal zu koordinieren. So wurde 1997 ein Dekret seitens des Präsidenten verabschiedet, dass eine Quote für 1,5 Mio. t Zucker festlegte, die zwischen September 1997 und September 1998 verkauft werden sollten. Diese Menge Zucker durfte nicht für weniger als 1.190 UAH/ t veräußert werden, die produzierten Zuckerrüben wiederum nicht für weniger als 70 UAH/ t. Die „Geben und Nehmen-Basis“ wurde verboten, alles was über die 1,5 Mio. t hinausging, sollte exportiert werden. Man lehnte sich dabei an das EU-System an, die einzige signifikante Abweichung war, dass die Ukraine Exporte nicht subventionierte. Dieses Dekret wurde allerdings durch eine Entscheidung des Parlaments unterlaufen, dass im gleichen Jahr ein Gesetz zur Regulierung von Agrarimporten beschloss, in dem u.a. verboten wurde, minimale Preise festzusetzen. Diese wider-

sprüchlichen Beschlüsse erhöhten die Unsicherheit der Marktteilnehmer und führten zu einer weiteren Verschärfung der Krise (Cramon-Taubadel, 1999, S.286).

Angesichts der Diskussion erörtert Cramon-Taubadel (1999, S.287) mögliche Auswirkungen einer solchen Quote. Durch das Quotensystem würde seiner Ansicht nach die Zuckerrübenindustrie zwar wieder Gewinne erwirtschaften, jedoch würde sich nichts an der generell mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Zuckerindustrie ändern. Man würde lediglich die ukrainischen Bürger zwingen, den zweifachen Weltmarktpreis für Zucker zu zahlen und dadurch den Eindruck erwecken, diese Industrie wäre profitabel. Dies hätte gerade Konsequenzen für die armen Haushalte. Jene benötigen für die Sicherstellung einer ganzjährige Lebensmittelversorgung aus ihren eigenen Gärten Zucker, um damit Konfitüren herzustellen und andere Produkte einzuzumachen (Cramon-Taubadel, 1999, S.287).

Auch hätte diese Quotenregelung negative Konsequenzen auf die Allokation der raren Ressourcen, so würde die Zuckerproduktion Energie und Land verbrauchen, die mehr Wert sind, als der letztendlich produzierte Zucker. Zudem zeigt die Erfahrung, dass Quotensysteme, wenn sie einmal eingeführt werden, ausgebaut werden müssen. Durch die Erhöhung des Zuckerpreises werden gleichzeitig die Anreize erhöht, Zuckerersatzstoffe wie Icooglucose oder Inulin zu nutzen. Wenn zu viele Verbraucher zu diesen Produkten überwechseln, wird es immer schwieriger, die für die Quote notwendige Menge zu verkaufen. Um eine solche Unterminierung des Systems zu verhindern, war etwa die EU gezwungen, auch für diese ein sehr restriktives Quotensystem einzuführen. Dadurch können sich neue Produkte nicht durchsetzen (Cramon-Taubadel, 1999, S.287).

Dies kann nach Ansicht von Cramon-Taubadel (1999, S.287) speziell für die Ukraine zu einer ungünstigen Entwicklung führen, da sie ein wettbewerbsfähiger Produzent von Hochfructosemaissirup sein könnte. Dieser ist ein kostengünstiger Zuckerersatzstoff, der insbesondere in der Softdrinkproduktion zum Einsatz kommt. In den Vereinigten Staaten hatte er 1992 auf dem Süßstoffmarkt einen Anteil von 42%, in der EU beträgt er bedingt durch das EU-Quotensystem lediglich 2,2%. Mit der Einführung einer Zuckerquote würde die Ukraine es versäumen, auf Produkte umzusteigen, die auch auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig sind. Auch müsste dieses System sehr stark kontrolliert werden, um Missbrauch zu vermeiden.

Trotz dieser Gegenargumente wurde das Quotensystem im Jahr 2000 eingeführt. So kontrolliert nach Auskunft des Leiters der Agrarabteilung nun der Staat die Preise für Zucker. Der Minimalpreis liegt bei 2,15 UAH/ kg, Agrarbetriebe werden in Zucker oder Geld ausgezahlt. Im Oktober 2001 konnte die Raffinerie ihre Altschulden gegenüber den Zuckerrübenproduzenten, die sich in den 90er Jahren angesammelt hatten, entweder in Zucker oder Geld zurückzahlen, was auch die Journalisten bestätigten. Das Quotensystem scheint also schon Wirkung zu zeigen.

2001 stieg auch nach Auskunft des Leiters der Agrarabteilung die Zuckerrübenproduktion im Rajon zum ersten Mal seit Beginn des Transformationsprozesses wieder an. Momentan gibt die Zuckerfabrik Zuckerrübensetzlinge kostenlos an diejenigen aus, die diese anbauen wollen. Wenn ein Betrieb mehr als 15 t produziert, kümmert sich die Raffinerie um den Transport, bei einer geringeren Produktion muss der Anbaubetrieb selber dafür sorgen. Für 1 t Zuckerrüben gibt es nach Auskunft der Gemeindeadministration in Žuky 100 kg Zucker und Produktionsrückstände, die man für die Fütterung von Tieren nutzen kann. Da die Gemeinde Žuky in der Nähe von zwei Zuckerfabriken liegt, die miteinander in Wettbewerb stehen, hat der Bewohner die Wahl, an welche er verkauft.

Die nationale und die regionale Ebene sind sich einig, dass die Zuckerrübenproduktion gefördert werden muss. Jedoch reicht der garantierte Mindestpreis alleine nicht als Garantie, dass die Agrarbetriebe wirklich Zuckerrüben anbauen. So könnten andere Güter dennoch lukrativer sein. Hier scheint es auch ein Problem zu geben. So hat die Rajonverwaltung ein Programm zur Entwicklung des Zuckerrübenanbaus im Rajon für das Jahr 2002 aufgestellt (Hlobyne, 2001). Dort wird detailliert für jeden Betrieb und jede Gemeinde aufgeführt, wie viele Hektar Zuckerrübenfläche im Jahr 2002 wahrscheinlich bestellt würden. Dort ist auch die Firma Lanagro mit voraussichtlicher Produktionsmenge aufgeführt, obwohl deren Direktor berichtete, er hätte sich noch nicht entschieden. Dies erinnert an planwirtschaftliche Vorgehensweisen. Zur Rolle der staatlichen Agrarverwaltung meinte der Leiter, sie könnten nur Vorschläge geben, da die Betriebe heute eigenständig wären. Die Firmen würden aber in der Regel diesen Ratschlägen folgen.

4.4 Lokale Systemebene

4.4.1 Politik und Verwaltung

Die Gemeinde Žuky verfügt über eine fünfköpfige Kommunalverwaltung und einen Rat mit 15 Parlamentariern. Beide haben ihren Sitz im Verwaltungsgebäude der ehemaligen Sowchose, welches gleichzeitig auch von dem Unternehmen Lanagro und einer kleinen Bibliothek genutzt wird. Administration und Rat steht eine Bürgermeisterin vor, die von einer Sekretärin in administrativen Aufgaben unterstützt wird. Diese beiden bezahlten Positionen wie auch die ehrenamtlichen Gemeinderatssitze stehen alle vier Jahre in Wahlen zur Disposition. Die anderen drei Mitarbeiter der Administration sind hingegen angestellt. Bei ihnen handelt es sich um eine Buchhalterin, eine Verantwortliche für Landfragen und einen Hausmeister. Nach Auskunft der Sekretärin gab es auch zu Sowjetzeiten im Ort eine Gemeindeadministration mit drei Mitarbeitern. Diese verfügte allerdings mangels Aufgaben über wenig Geld.

Die Bürgermeisterin stand zur Zeit der Erhebungen kurz vor dem Ende ihrer zweiten Amtszeit. Bevor sie diesen Posten übernommen hatte, war sie Personalchefin der Sowchose gewesen. Gewählt wurde sie in einer geheimen Direktwahl, an der alle wahlberechtigten Gemeindebewohner teilnehmen können. Auch wenn sich viele Bürger in Befragungen über ihre Arbeit beklagten, wurde sie bei den Ende März 2002 abgehaltenen Wahlen wiedergewählt und ist weiterhin im Amt.

Die Bürgermeisterin hält mindestens einmal wöchentlich Sprechstunden in der Gemeindeverwaltung, die während der Erhebungen immer relativ gut besucht waren. Daneben koordiniert sie die laufenden Verwaltungsaufgaben. Die Sekretärin der Administration hat ihren ebenfalls per Wahl vergebenen Posten eigenen Angaben zufolge nur ungern übernommen. Er ist arbeitsreich und noch dazu unsicher, da man alle vier Jahre abgewählt werden kann. Vorher hatte sie einen guten Arbeitsplatz in der Verwaltung der Firma Lanagro gehabt. Sie habe sich nur zu der Übernahme des Amtes bereit erklärt, weil sich niemand anderes gefunden hat. Die in der Administration beschäftigte Landverantwortliche kümmert sich überwiegend um die Landprivatisierung (vgl. Kap. 4.4.2), daneben aber auch um Anfragen von Bürgern, die zusätzlich Land des Reservelandes pachten möchten.

Die Gemeindebuchhalterin ist lediglich für die Ausgabenseite des Budgets verantwortlich, Einnahmen aus Steuern und Gebühren fließen direkt nach Hlobyne. Allerdings

ist ihre Position nach eigener Aussage gefährdet, da es momentan Bestrebungen gibt, auch die Betreuung der Ausgabenseite von der lokalen auf die Rajonebene zu verlagern. Damit hätte die Gemeinde keinerlei Kontrolle mehr über das Budget. Allerdings war diese auch bisher bereits sehr begrenzt, da die Ausgabenseite schon heute in Hlobyne festgelegt wird. Nachträgliche Veränderungen auf lokaler Ebene dürfen nicht gemacht werden. Jedoch können nach Auskunft der ehemaligen Buchhalterin der Gemeinde bis jetzt in der Praxis immerhin nicht verwendete Budgetbestände für andere Zwecke ausgegeben werden. Damit hatte sie in der Regel die Schule unterstützt, welche ihrer Meinung nach sehr wichtig für die Entwicklung der Gemeinde ist.

Hinsichtlich der Einnahmen wird der Gemeindeadministration von der Steuerverwaltung in Hlobyne mitgeteilt, welche Steuern und Gebühren sie von Bewohnern und juristischen Personen eintreiben muss. Auf Basis der eingesammelten Geldbeträge berechnet sich dann der zur Verfügung stehende Ausgabenbetrag. Dieser kann nach Auskunft der Buchhalterin momentan kaum ansteigen, da die Einkünfte stagnieren. Die höchsten Einnahmen erzielt die Administration aus der Verpachtung von Gemeindegelände, von denen 60% ins lokale Budget gehen. Auch 25% der Einkommenssteuer fließen dort ein. Daneben gibt es Steuern für Fischer und Jäger, für landwirtschaftliche oder umweltbelastende Aktivitäten und für den Transport. Darüber hinaus erzielt die Administration Einkünfte aus Strafgebühren und Mieteinnahmen. So hat ein Laden Geschäftsräume angemietet, die im Besitz der Gemeindeverwaltung sind.

Der wichtigste Ausgabenposten sind nach Auskunft der Buchhalterin die Gehälter für die Gemeindebediensteten. Über das lokale Budget werden die fünf Mitarbeiter der Gemeindeadministration, die acht Angestellten des Kindergartens, die drei Doktoren in den Ambulanzen, die Bibliothekarin und der Kulturklubangestellte bezahlt. Neben den Gehaltskosten fallen noch Geschäftsbedarfskosten an.

Momentan hat die Administration das Problem, dass die Schule regelmäßig das Elektrizitätsbudget weit überschreitet, da Elektrizität zum Heizen genutzt wird. Diese Schulden werden der Administration angelastet und haben sich mit Überziehungsgebühren zu 9.000 UAH aufgestaut. Offiziell ist die Administration daher von der Elektrizitätsversorgung abgekoppelt, jedoch übernimmt die Firma Lanagro die Kosten für die Versorgung der Verwaltungsräume und des Kindergartens.

In Žukys Gemeinderat repräsentiert jedes Mitglied einen von 15 Wahlbezirken. Nach Auskunft eines Ratsmitglieds bilden in dieser Einrichtung die Mitarbeiter der Firma Lanagro eine Mehrheit. Der Gemeinderat tritt alle drei Monate zusammen, um anliegende Punkte zu besprechen. Einige Tage vor der Sitzung erhalten die Ratsmitglieder einen Brief mit der Agenda, könne diese in der Sitzung aber noch um eigene Themen ergänzen. Die Mitglieder stimmen über das lokale Budget ab, ohne Änderungen vornehmen zu können. Konkrete Entscheidungen können sie lediglich hinsichtlich von Land treffen, dass im Besitz der Gemeinde ist. So müssen sie etwa abstimmen, falls ein privater Landwirt mehr Land bekommen möchte. Auch Landprivatisierungsfragen werden diskutiert. Andere Punkte auf der Tagesordnung sind die Ordnung im Dorf und der Kulturklub, den man gerne wieder herrichten möchte. Ein weiteres Problem ist die Ambulanz, welche angesichts knapper Mittel nur teilweise beheizt werden kann. Insgesamt sind die Möglichkeiten des Rates allerdings begrenzt.

Im Falle von Wahlen stellt der Staat der Gemeinde Geld zur Verfügung, so dass ein Bus zum Transport der Bewohner der fünf Dörfer zum Wahllokal nach Žuky zur Verfügung steht. Präsidentschaftswahlen finden alle fünf Jahre statt, die Wahlen zu den Parlamenten auf lokaler, Rajon-, Oblast- und nationaler Ebene alle vier Jahre. Parteien

spielen bei den Wahlen nach Auskunft der Administration nur auf nationaler Ebene eine Rolle, wo 50% der Sitze von Einzelpersonen und 50% von Parteien besetzt werden. Im Gegensatz zur Rajonebene gibt es in der Gemeinde auch keine Parteigruppen, einzelne Bürger sind aber Parteimitglieder.

4.4.2 Landreform und Privatisierung

Die Landprivatisierung begann in der Gemeinde nach Auskunft der Administration im Jahr 1996. Dieser Prozess ist in der Kommune momentan einer der wichtigsten Vorgänge, was auch daran sichtbar wird, dass es in der fünfköpfigen Verwaltung einen eigenen Posten alleine für diese Aufgabe gibt. Um eine gerechte Verteilung zu gewährleisten, musste zu Beginn die Bodengüte in den verschiedenen Gebieten der Gemeinde ermittelt werden, was durch eine Firma aus Poltava vorgenommen wurde. Darüber, ob dies in akkurater Weise geschehen ist, gehen die Meinungen auseinander. Während die Landverantwortliche davon ausgeht, dass alles korrekt zugeht, meldete ein Gemeinderatsmitglied Zweifel an. Die eingesehenen offiziellen Dokumente mit den Ergebnissen der Bodenerhebungen unterscheiden zumindest hinsichtlich der Qualität des Landes. So variieren die Landstücke, die letztendlich Berechtigten zugeteilt wurden, zwischen 4,46 und über 10 ha, je nach Ertragspotential des Bodens. Für eine Überprüfung der Daten wären allerdings bodenkundliche Untersuchungen nötig.

Bei der anschließenden Privatisierung wurde das Land in drei Kategorien untergliedert. Der überwiegende Teil wurde unter den Mitarbeitern der Sowchose verteilt, des Weiteren standen Ackerflächen für diejenigen zur Verfügung, die sich als private Bauern selbständig machen wollten. Daneben wurde eine Landreserve einbehalten. Bei der Verteilung des Landes unter den Angestellten der Sowchose wurden neben den noch aktiven auch die pensionierten Mitarbeiter berücksichtigt, selbst wenn diese schon gar nicht mehr in der Gemeinde lebten. Dagegen waren Bürger unter 16 Jahren und all diejenigen ausgeschlossen, die nicht Mitarbeiter der Sowchose waren. So haben auch Staatsangestellte wie etwa die Verwaltungskräfte, Lehrer und Ärzte kein Land bekommen.

Zuerst war noch vorgesehen gewesen, eine Vollversammlung entscheiden zu lassen, ob auch die Staatsbediensteten bei der Aufteilung berücksichtigt werden sollten. Doch schon vor dieser Versammlung gab es nach Auskunft der Landverantwortlichen ein Dekret des Präsidenten, welches die staatlichen Bediensteten von der Verteilung ausschloss. Sie denkt aber, dass sich die Sowchosmitarbeiter auch ohne das Dekret dagegen entschieden hätten. Insbesondere der damalige Direktor hatte schon die Meinung verbreitet, dass die staatlichen Bediensteten kein Land bekommen sollen. Argumente waren, dass diese im Gegensatz zu den Sowchosarbeitern nicht so hart gearbeitet hätten und dass Staatsdiener in der Sowjetzeit durch Subventionen etwa bei der Heizkohlebeschaffung bevorzugt worden waren. Es gibt jedoch Dörfer im Rajon, die vor dem Dekret des Präsidenten abgestimmt hatten, auch Staatsbediensteten Land zukommen zu lassen. Diese Entscheidung ist dort auch nach dem Dekret weiterhin gültig.

Daher haben einige Staatsbedienstete in Žuky, welche die Nichtberücksichtigung als Benachteiligung empfinden, noch nicht aufgegeben, sich weiterhin um die Zuteilung von Land zu bemühen, dass sie etwa aus dem Reserveland bekommen könnten. Die Bestrebungen waren aber bisher erfolglos. Bei einer weiteren Gruppe, den Ausländern aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, die in Žuky leben, herrschte zunächst Unklarheit. So wurden sie bei der Landverteilung zuerst berücksichtigt, anschließend

stellte sich aber heraus, dass nur Bürger der Ukraine Anspruch darauf haben, weshalb Angehörige anderer GUS-Staaten ihre Landzertifikate wieder zurückgeben mussten.

Das Ackerland für private Bauern wurde unter denjenigen Bürgern aufgeteilt, die Interesse hatten, selbständig zu werden. Nach Auskunft der Leiterin des Katasteramtes des Rajons musste man dafür eigentlich betriebswirtschaftliche und technische Kenntnisse vorweisen. Letztendlich wurde dies aber nicht strikt gehandhabt, so dass im Prinzip jeder, der Interesse anmeldete, privater Landwirt werden konnte. Für die Nutzung der Ackerflächen müssen die privaten Bauern Steuern bezahlen.

In Žuky ist dieses Land unter sechs privaten Landwirten aufgeteilt worden. Einer ist der ehemalige Direktor der Sowchose, dessen Betrieb offiziell von seiner Frau geleitet wird, die vorher in der Sowchose als Ökonomin arbeitete. Diese Vorgehensweise könnte gewählt worden sein, um dem Leiter der Sowchose zu ermöglichen, weiterhin im Amt zu bleiben. So zog er sich erst im April 1999 von dem Vorsitz der Nachfolgefirma Viktorija zurück, um sich ganz seinem privaten Betrieb zu widmen. Daneben haben sich der ehemalige Leiter der Sowchoseeinrichtungen in Kolomycivka, dessen Bruder und ein ehemals leitender Ingenieur der Sowchose selbstständig gemacht. Über die anderen beiden privaten Bauern gab die Landverantwortliche in Žuky keine klare Auskunft. Bei der einen Person soll es sich um eine Frau handeln, doch würde der Betrieb eigentlich von jemand anders geleitet. Der zweite Betrieb wird von jemanden aus Hlobyne geführt. Es waren also überwiegend leitende Mitarbeiter der Sowchose oder deren Angehörige, die sich selbstständig gemacht haben. Auch heute könnten noch Bürger private Bauern werden, jedoch würde für sie kein Extraland mehr zur Verfügung stehen. Den privaten Farmern geht es nach Angabe der Landverantwortlichen relativ gut, es wäre aber immer vom Ergebnis der Ernte abhängig.

Nach der Klärung der Verteilungsregularien wurden laut Auskunft der Administration im November 1997 die ersten Landzertifikate ausgegeben. Dabei waren bei der Verteilung des Landes an die Sowchosmitarbeiter 543 Personen anspruchsberechtigt. Es war bereits das zweite Mal innerhalb kürzester Zeit, dass die Bewohner solche Privatisierungsurkunden erhielten. So war ein Jahr zuvor der volkswirtschaftliche Wert der Ukraine unter den Staatsbürgern verteilt worden. Die damals ausgestellten Besitzbescheinigungen sollten sie dann in ein Unternehmen ihrer Wahl investieren. Diese Ukraine-Zertifikate waren anfangs sehr wertvoll gewesen. So konnte man nach Auskunft der Landverantwortlichen in Žuky für eines eine Jacke oder für fünf ein Auto kaufen, doch sank ihr Wert in kürzester Zeit. Am Ende wollte niemand mehr Geld für die Urkunden bezahlen. Angesichts dieser schlechten Erfahrungen fürchteten nach Auskunft der Administration einige Bürger, dass das gleiche mit ihren Landzertifikaten passieren könnte. Noch dazu, da diese lediglich Anspruch auf ein Stück Land bestätigten, ohne dies weiter zu spezifizieren. Erst ab Ende 2001 konnte man diese Urkunden gegen neue mit Grundbucheintrag eintauschen.

Es herrschte damals unter vielen Bewohnern Unklarheit über den Wert der Papiere. So zogen es nach Auskunft der Administration insbesondere Rentner und Alkoholiker vor, ihre Zertifikate zu verkaufen und Bargeld in der Hand zu haben. Diese Situation nutzte u.a. der damalige Leiter der Sowchose. Er kannte seine Mitarbeiter und konnte sich ungefähr ausrechnen, wer wohl verkaufen würde. Dabei soll er bei potenziellen Verkäufern auch das Argument benutzt haben, es handele sich doch lediglich um Ansprüche auf Land. So gelang es ihm nach Auskunft einer Rentnerin anfangs, ein Landstück für 18 UAH zu kaufen. Im weiteren Verlauf wurden aber auch andere als Landkäufer aktiv, wodurch der Preis anstieg. Der durchschnittliche Preis pro verkauftem

Landstück lag dann etwa um 200 UAH (damals etwa 93 Euro). Nach Auskunft der Verantwortlichen für Land kaufte der Sowchosleiter 37, eine Agrarfirma in Hlobyne 50 Grundstücke. Auch der ehemalige Leiter der Sowchoseinrichtungen in Kolomyzivka erwarb einige Anteile. Bei den Verkäufen sollen nach Auskunft einer Bürgerin auch einige Männer die Landzertifikate der ganzen Familie verkauft haben. Nach etwa sechs Monaten wurde laut der Leiterin des Katasteramtes in Hlobyne das Handeln mit Landzertifikaten von Kiew aus verboten, um diesem Konzentrationsprozess Einhalt zu gewähren. Zu dieser Zeit hatten aber wohl die meisten potentiell Verkaufswilligen der Gemeinde ihr Land bereits verkauft.

Die zugeteilten Landstücke wurden anschließend von der Mehrheit der Bewohner nicht in Eigenregie bewirtschaftet, sondern an Lanagro oder an private Bauern weiterverpachtet. Die Pachtgebühr muss dabei nach Auskunft der Administration mindestens 1,1% des Landwerts betragen. Da es durch das Verkaufsverbot momentan keinen Landmarkt gibt, über den die Preise für Grundstücke geregelt werden, wird die Bemessungsgrundlage der Pacht momentan von der staatlichen Verwaltung festgelegt. 2001 lag diese bei 42.000 UAH, im Jahre 2002 bei 49.000 UAH. Ab 2005 soll dann nach Plänen der Regierung ein Landmarkt die Preise regeln.

Die Pacht wird überwiegend in Naturalien ausgezahlt, welche die Landverpächter für die eigene Ernährung und für die Fütterung von Tierbestand nutzen. Falls ein Pächter es wünschen würde, müsste die Pacht allerdings in Bargeld entrichtet werden, was aber die wenigsten wollen. Nach Auskunft des Direktors können sich die Leute die ausgegebene Naturalien selber aussuchen, wobei die Preise bei den Anbauprodukten variieren. So berichtete ein Pensionärshaushalt, sie hätten als Gegenleistung für die Verpachtung zweier Landstücke im Jahr 2001 500 kg Weizen, 250 kg Gerste, 300 kg Mais, 50 kg Buchweizen, 100 kg Sonnenblumensamen und 100 kg Hirse von Lanagro erhalten.

Insbesondere als die ersten Pachtzahlungen an Bewohner getätigt wurden, merkten nach Auskunft der Sekretärin manche derjenigen, die ihre Zertifikate verkauft hatten, dass sie diese weit unter Wert veräußert hatten. Einige wollten deshalb vor Gericht ziehen, um den Verkauf zu annullieren. Doch denkt die Administrationsangestellte, dass die Transaktionen wohl legal waren, weshalb man diese nicht mehr rückgängig machen könnte. Während der Erhebungen konnte seitens derjenigen, welche ihre Land behalten hatten, auch keine Solidarität gegenüber den Verkäufern festgestellt werden. In der Regel hieß es, diese wären selber schuld. Auch für das Verhalten des Sowchosleiters wird Verständnis gezeigt. Er hätte lediglich von den Leuten gekauft, die es ohnehin verkauft hätten.

Das Reserveland der Gemeinde wird nach Auskunft eines Ratsmitglieds an Lanagro verpachtet, wofür Lanagro die sozialen Dienstleistungen vollbringt (Transport, Unterstützung von Schule und Kindergarten). In anderen Gemeinden wird das Land hingegen privaten Landwirten zur Verfügung gestellt, wodurch man nach Ansicht des Ratsmitgliedes mehr Geld machen könnte. Jedoch ist das Land seit einer Gesetzesänderung nicht mehr der Gemeinde unterstellt, sondern dem Rajonparlament. Inwieweit dies Konsequenzen für das Gemeindebudget hatte, konnte nicht ermittelt werden.

Für eine Familie ergab sich bei der Landverteilung das Problem, dass sie nicht berücksichtigt wurde, weil sie erst 1996 in die Gemeinde gezogen war. Drei Familienmitglieder waren zur Zeit der Privatisierung bei der ehemaligen Sowchose angestellt. Bei der Privatisierung wurde allerdings eine Mitarbeiterliste von 1995 verwendet. Die Familie hat sich anschließend informiert und herausgefunden, dass sie zum Stichtag bereits bei der Sowchose beschäftigt gewesen waren. Da sie sich aber mit der Gemeinde-

administration nicht gütlich einigen konnte, musste die Familie ihr Recht beim Gericht in Hlobyne einklagen. Die Richter haben ihrer Klage letztendlich 2001 stattgegeben und den Weg für eine Zuteilung freigemacht. Jedoch haben sie bisher nicht ihr gesamtes Land erhalten, da nach Auskunft der Landverantwortlichen der Administration bereits alles Reserveland für dieses Jahr von Lanagro bestellt wurde.

Insgesamt scheinen die leitenden Mitarbeiter der Sowchose und deren nächste Angehörige am meisten von der Landverteilung profitiert zu haben. Diese Gruppe hatte sicherlich auch Vorteile, da sie durch ihre Arbeit guten Zugang zu Informationen hinsichtlich des Landprivatisierungsverfahrens hatten. Auch hatten sie durch die Ertragsergebnisse Überblick über die Bodengüte einzelner Gebiete. So ist es sicherlich auch kein Zufall, dass die Agrarflächen des ehemaligen Direktors auf den ertragreichsten Landstücken bei Novoselivka liegen. Wenn auch auf schlechterem Land größere Flächen ausgewiesen wurden, so ist aus betriebswirtschaftlichen Aspekten eine kleinere Landfläche höchstwahrscheinlich effektiver zu bewirtschaften.

Die von einigen Bewohnern im nachhinein bereuten Zertifikatstransaktionen zu Beginn des Prozesses, als auf dem Markt keinerlei Transparenz herrschte, hätten sicherlich vermieden werden können, wenn die Akteure besser auf den Markt vorbereitet gewesen wären. So findet sich auch hier auf lokaler Ebene das von Stiglitz (2002, S. 167 ff.) beschriebene Problem (vgl. Kap. 4.1.1), dass bei der Transformation der Fokus auf der Privatisierung lag, während der Markt und seine Akteure zunächst wenig Beachtung fanden.

4.4.3 Soziale Dienste und Institutionen

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über soziale Dienste gegeben, die den Bürgern zur Verfügung stehen. Leider war es zeitlich nicht möglich, alle sozialen Institutionen zu besuchen, die in diesem Sektor tätig sind. So wäre etwa noch das Arbeitsamt in Hlobyne ein wichtiger Anlaufpunkt gewesen.

In der Gemeinde gibt es einen Pflegeservice für Pensionäre, der von Hlobyne aus von einer staatlichen sozialen Serviceabteilung koordiniert wird. Dieses Angebot richtet sich insbesondere an alleinstehende Rentner, die Schwierigkeiten haben, sich selbst zu versorgen. Im Dorf Žuky hat der Service zwei, in Kolomycivka eine Beschäftigte. Jede ist für die Betreuung von etwa zehn alten Personen verantwortlich. Sie besuchen die Rentner etwa jeden zweiten Tag, kaufen Brot und helfen im Haus.

Im Hlobyner Rajon gibt es daneben auch ein begrenztes Angebot an Altersheimplätzen. In der Stadt Hlobyne wird das Altersheim gerade von 18 auf 30 Plätze ausgebaut. Es steht direkt neben Poliklinik und Krankenhaus, so dass bei Bedarf medizinische Versorgung leicht möglich ist. Diese Senioreneinrichtung wird von der Stadt betrieben. Nach Auskunft der Pflegerinnen bezahlen die Bewohner 75% ihrer Pension an die Stadt, dafür übernimmt diese die gesamten Kosten. Den Pflegerinnen ist nicht bekannt, ob die Stadt dabei die Plätze subventioniert oder vielleicht gar Gewinn macht. In der Gemeinde Žuky gibt es kein Altersheim, es soll nach Auskunft der Pflegerinnen aber auch in Landgemeinden Einrichtungen dieser Art geben.

Der staatlicher Sozialversicherungsfond hat eine Filiale in Hlobyne. Durch diesen wird jedes neugeborene Kind mit 200 UAH unterstützt, darüber hinaus werden bis zum dritten Lebensjahr 40 UAH pro Monat ausgeschüttet. Für Bestattungen, die letztendlich von der Gemeindeadministration organisiert werden, stellt der Fond 200 UAH zur Verfügung. Jeder Arbeiter zahlt nach Angabe der Leiterin des Fondbüros in Hlobyne 2,5% seines Lohnes in den Fond ein, der in Kiew verwaltet wird. Bis 2001 waren es 4% des

Gehalts gewesen. Aufgrund der Reduzierung mangelt es momentan an Geld. Einzahlernde haben Anspruch auf Unterstützung, falls sie im Krankheitsfall temporär ihrer Arbeit nicht nachgehen können. Darüber hinaus kann der Fond Zuschüsse zu Kuraufenthalten geben, so dass der Begünstigte nur 10% der Kosten selber tragen muss.

4.4.4 Überblick über den Handel

Im Dorf Žuky gibt es im Zentrum einen Lebensmittelladen, eine Kneipe und einen Kiosk. Der erstgenannte stammt noch aus Sowjetzeiten, die beiden anderen wurden 2001 eröffnet. Bis 1994 verfügte der Ort nach Auskunft der Angestellten im Lebensmittelladen zusätzlich noch über ein Kleidungs- und ein Haushaltswarengeschäft, die aber die Krise nicht überstanden haben. Das Lebensmittelgeschäft gehört heute einer Hlobyner Firma. Es führt ein recht umfangreiches Lebensmittelangebot, daneben werden auch Reinigungsmittel angeboten. Geöffnet ist der Laden von 8 bis 16 Uhr. Die Bezahlung der Angestellten orientiert sich am gemachten Umsatz. Der 2001 eröffnete Kiosk gehört einem Investor aus Kremenčuk, von dem auch die Produkte geliefert werden. Die Kneipe ist ein mit einer Theke und Holztischen und -bänken ausgestatteter Raum, der nicht viel Gemütlichkeit ausstrahlt. Sie soll überwiegend ein Treffpunkt für junge Leute sein.

Eine neu errichtete Tankstelle befindet sich auf Höhe des Dorfes Žuky an der territorialen Verbindungsstraße. In Novoselivka gibt es nach Auskunft der Briefträgerin des Dorfes ein Geschäft, das allerdings keine Öffnungszeiten hat. So muss man beim im Ort wohnenden Betreiber anklopfen, wenn man einkaufen will. Es wurde nicht ermittelt, ob es auch in Pavlivka und Kolomycivka Läden gibt. Laut Statistik sind dort jeweils zwei Bewohner im Handel tätig. Darüber hinaus soll es nach Auskunft der Administration in Novoselivka einen Händler geben, der mit Autoteilen handelt.

4.5 Fazit

Wenn angelehnt an Kühne (2001, S.166) für eine nachhaltigere Systemstabilität im Transformationsprozess in Osteuropa eine sukzessive funktionale Differenzierung der im Kommunismus verbundenen Systeme Politik, Wirtschaft und Soziokultur wie auch ihrer Subsysteme erreicht werden muss, um Rückkopplungen zu ermöglichen, so hat die Ukraine angesichts der beschriebenen Entwicklungen noch immer einen sehr weiten Weg vor sich. Der ukrainische Staat besitzt zwar eine rechtsstaatliche, demokratische Verfassung, allerdings mangelt es an der Einhaltung der Verfassungsvorgaben in der Praxis. Hierbei scheinen prämoderne Aspekte der Gesellschaftsstruktur eine wichtige Rolle zu spielen. Besonders die weiterhin bestehende Verquickung von Politik und Wirtschaft ist in diesem Prozess nicht förderlich. Bei der Landwirtschaft sind in den letzten Jahren positive Entwicklungen auszumachen, auch wenn es bei der Landprivatisierung angesichts untransparenter Märkte und unerfahrener Akteure bereits zu Übervorteilungen beim Verkauf von Landstücken gekommen ist. Die weiterhin in der Praxis bestehende zentralistische Staatsstruktur, welche tendenziell sogar der lokalen Ebene noch mehr Kompetenzen entzieht, ist auch nicht förderlich für den Aufbau von Rückkopplungsprozessen.

Hinsichtlich der Zuckerproduktion sprechen die Weltmarktpreise für Zucker und Alternativen bei den Süßmitteln nicht für die Weiterführung einer Zuckerproduktion. Die nationale und die regionale Ebene setzen sich aber für diese ein, da insbesondere für die regionale Zentren wie Hlobyne die Schließung einen großen Verlust bedeuten wür-

de. Allerdings wird durch die Quote lediglich Wirtschaftlichkeit suggeriert. Dies ist aus ökonomischer Sicht nicht nachhaltig, mag aber aufgrund sozialer Aspekte zumindest kurzfristig sinnvoll sein. Dabei muss aber für die Zukunft angesichts der Unwirtschaftlichkeit eine Abkehr von der Zuckerrübenproduktion angestrebt werden. Wie die lokalen Akteure auf die gesetzten Rahmenbedingungen hinsichtlich der Zuckerrübenproduktion reagieren, wird in Kap. 5.2 erörtert.

5 Abschluss der Nachhaltigen Lebenssicherungsanalyse

Aufbauend auf den Ergebnissen der Kap. 2 bis 4 wird die Analyse in diesem Kapitel abgeschlossen. Dazu werden zunächst in Kap. 5.1 die Ergebnisse einer partizipativen Befragung erörtert, die am Ende des Erhebungsprozesses durchgeführt wurde, aus welcher sich Schlussfolgerungen für die weitergehende Analyseschritte in den Kap. 5.2 und 5.3 ziehen lassen.

5.1 Erstellung und Analyse von Problemlisten

5.1.1 Methodik und Vorgehen

Zum Abschluss der Erhebungen wurden in Žuky mit zwei Gruppen von Bürgern unabhängig voneinander partizipative Gespräche durchgeführt. Diese dienten einem gegenseitigen Erfahrungsaustausch, in dem sowohl der Autor wie auch die Bewohner Erkenntnisse einbringen konnten. Die dabei beteiligten Gruppen wurden nach dem Kriterium der Erreichbarkeit ausgewählt. So konnten einige Lehrer in einer Freistunde für eine Diskussionsrunde gefunden werden, während sich aktuelle und ehemalige Administrationsmitarbeiter bereit erklärten, nach dem Ende der Arbeitszeit länger zu bleiben. Die für die Diskussionen zur Verfügung stehende Zeit war jeweils auf etwa eine Stunde begrenzt. In Tab. 12 wird eine Übersicht über die Teilnehmer gegeben (vgl. Foto 8, S.83).

Tab. 12: Interviewte Gruppen

Gruppe	Mitglieder
Lehrer	<ul style="list-style-type: none"> • zwei Lehrerinnen • ein Lehrer • pensionierte Schulleiterin (Schwiegermutter einer der beiden Lehrerinnen)
Administration	<ul style="list-style-type: none"> • Buchhalterin der Gemeindeverwaltung • Landverantwortliche der Gemeindeadministration • Leiterin der Poststelle (Mutter und Amtsvorgängerin der Buchhalterin)

Quelle: Eigene partizipative Befragungen in Žuky am 5.2.2002

Im Zentrum beider Gespräche stand die Erstellung einer „Problemliste“, in der die Gruppenmitglieder die ihrer Meinung nach wichtigsten Probleme der Bewohner auflisteten und im Hinblick auf Lösungsmöglichkeiten analysierten (Ergebnisse: siehe Anhang 3/ 4). Die Vorgehensweise orientierte sich an einer von Broome (o.J.) entwickelten interaktiven Managementmethode, welche allerdings angesichts der knappen Zeit sehr stark vereinfacht wurde. Diese sollte den Teilnehmern und dem Autor dienen, das Verständnis darüber zu vertiefen, wie die Entwicklungssituation aus Sicht der Gemeinbewohner wahrgenommen wird. Gleichzeitig diente die Diskussion dazu, die Menschen anzuregen, sich mit ihrer Lage auseinander zu setzen und möglicherweise Strategien und Initiativen abzuleiten.

Zu Beginn wurden 24 Karteikarten ausgeteilt, auf denen jeweils ein möglicherweise relevantes Problem beschrieben war. In beiden Erhebungen kam dabei ein identischer Kartensatz zum Einsatz. Die beschriebenen Probleme waren zum Teil im Rahmen des

Erhebungsprozesses von Bürgern in Interviews erwähnt oder während des Forschungsaufenthalts als möglicherweise relevant ausgemacht worden. Daneben wurden aber auch Probleme aufgeführt, die bisher nicht explizit aufgefallen waren. Jenes diente der Überprüfung, ob diese Sachverhalte wirklich von geringerer Relevanz sind. Falls die Befragten wichtige Themen vermissten, so standen ihnen Blankokarten zur Verfügung, die sie beschriften und hinzufügen konnten. Die Teilnehmer hatten ebenfalls die Möglichkeit, vorgegebene Probleme umzuformulieren.

Anschließend konnten die Gruppen aus dem Kartensatz kollektiv ein Maximum an 15 Sachverhalten auswählen, die ihnen am relevantesten erschienen. Die Lehrer hielten sich allerdings nicht ganz an die Vorgabe und suchten 16 Karten aus. Die Karten wurden dann nach Wichtigkeit von oben (wichtig) nach unten (weniger wichtig) geordnet. Dabei konnten die Teilnehmer die Probleme, die ihrer Meinung nach ursächlich verknüpft sind, horizontal gruppieren. Danach bewerteten sie die Sachverhalte anhand der folgenden vier Aussagen:

Tab. 13: Aussagen zur Analyse der Lösbarkeit von Problemen

Aussagen
1. Die Lösung dieses Problem wäre ein großer Schritt vorwärts.
2. Dieses Problem ist einfach zu lösen.
3. Dieses Problem lässt sich leicht auf lokaler bzw. regionaler Ebene überwinden.
4. Die Lösung dieses Problems kostet wenig Geld.

Quelle: Eigene partizipative Befragungen in Žuky am 5.2.2002

Für diese vier Aussagen war auf den Problemkarten jeweils eine der Ecken reserviert, in der die Befragten anhand von bejahenden Plus- bzw. verneinenden Minuszeichen die Sachverhalte bewerten konnten. Insgesamt hatte jeder Teilnehmer pro Aussage fünf Plus- und fünf Minuszeichen zur Verfügung, welche er über die 15 ausgewählten Karten verteilen konnte. Hierbei war es möglich, Zeichen zu akkumulieren, um eine Bewertung zu gewichten. Glaubte z.B. ein Akteur, es wäre ein großer Schritt vorwärts, wenn die Gehälter und Pensionen steigen würden, so markierte er auf dieser Karte in die linke obere Ecke, welche für die erste Aussage reserviert war, eines oder mehrere Pluszeichen, je nachdem, wie wichtig ihm die Hervorhebung dieses Problems in diesem Kontext erschien. Hatte er noch Pluszeichen übrig, so konnte er sie in die linke obere Ecke von anderen Aussagekarten setzen, deren Lösung seiner Meinung nach auch ein großer Schritt vorwärts wäre.

Die erste der Aussagen hatte gleichzeitig Testcharakter, ob die Teilnehmer die Aufgabe verstanden hatten, da anzunehmen ist, dass die Lösung der wichtigsten Probleme der größte Schritt vorwärts wäre. Andererseits bot sie einzelnen Personen die Möglichkeit, abweichende Meinungen zum Ausdruck zu bringen, falls sie sich in der Gruppe bei der Anordnung der Karten nicht durchsetzen konnten. Die Aussagen zwei bis vier beschäftigten sich mit der Lösbarkeit von Problemen. Dies diente dazu, mögliche Ausgangspunkte für Initiativen und Programme zu finden. Für Bottom-Up-Ansätze ist dabei insbesondere relevant, welche Probleme nach Ansicht der Bewohner leicht auf lokaler und regionaler Ebene gelöst werden können. Angesichts der Knappheit finanzieller Mittel wurde auch danach gefragt, welche Probleme mit wenig Geld lösbar wären.

Bei dieser Methode sind letztendlich nicht nur die konkreten Ergebnisse von Interesse, sondern auch die gruppenspezifischen Prozesse, in denen sie entstanden sind. So wurden die Diskussionen in groben Zügen protokolliert, die dabei vorgebrachten Argu-

mente sind in die Vorstellung der Resultate eingeflossen. Generell fällt bei der Betrachtung der Ergebnisse auf, dass innerhalb der Gruppen nicht ein einziges Mal eine widersprechende Wertung vorgenommen wurde. Wenn in einer Ecke einmal ein Pluszeichen gesetzt war, dann wurden auch nur noch Kreuze hinzugefügt, gleiches gilt für die Minuszeichen. Vergleicht man jedoch die Ergebnisse der Gruppen miteinander, so finden sich sehr wohl widersprüchliche Ergebnisse, wie etwa bei „Leute zeigen keine Initiative“. Dies mag ein Zufall sein, es könnte aber auch als Zeugnis gedeutet werden, dass in Diskussionen widersprechende Aussagen vermieden werden. So berichtet Zon (2000, S.155 f.), dass Studenten in Osteuropa auf eine These oft mit der Frage reagieren, ob diese nun richtig oder falsch wäre. Sie haben Schwierigkeiten zu akzeptieren, dass über einen Sachverhalt unterschiedliche Meinungen herrschen können, da im Ostblock Wahrheiten in der Regel absolut waren.

Das Ergebnis wurde wohl auch dadurch beeinflusst, dass in beiden Gruppen jeweils eine Person eine dominierende Rolle einnahm. Bei den Lehrern war es die ehemalige Schulleiterin, bei der Administrationsgruppe die Leiterin der Poststelle. Letztgenannte kam erst zu der Gruppe hinzu, nachdem die Probleme eigentlich schon nach Priorität sortiert waren. Ihr missfiel aber, dass die Gruppe den Sachverhalt der Initiativlosigkeit der Leute nur an unterster Stelle eingeordnet hatte. Daher setzte sie die Karte kurzerhand von der untersten an die oberste Position. Auf Nachfrage seitens des Autors, ob auch die anderen Mitglieder der Gruppe damit einverstanden wären, antworteten jene, das sei in Ordnung. Daneben schienen die anderen Teilnehmer teilweise zu warten, bis die Schulleiterin bzw. die Leiterin der Poststelle die Bewertung vorgenommen hatten, bevor sie selber ihre Zeichen setzten. Insofern wäre das Ergebnis möglicherweise anders ausgefallen, wenn die Teilnehmer die Bewertungszeichen unabhängig voneinander gesetzt hätten, was allerdings zeitlich kaum realisierbar gewesen wäre.

5.1.2 Prozess und Ergebnisse

Hinsichtlich einer Vorstellung des Ablaufs und der Resultate der Diskussionen wird zunächst das Gespräch mit den Lehrern und anschließend das mit den Administrationsmitarbeitern erörtert. Dabei werden beim zweiten Schritt Vergleiche zwischen den Ergebnissen der beiden Gruppen gemacht.

Die Pädagogen waren mit dem vorgegebenen Kartensatz einverstanden, fügten also keine weiteren Probleme hinzu und nahmen auch keine Änderungen vor. Bei der Erstellung der Liste setzten sie die geringen Gehälter und Pensionen als wichtigsten Sachverhalt an die oberste Position, zu teure Kleider und Schuhe wurden als ein daraus resultierendes Folgeproblem aufgefasst. Es wäre ihrer Meinung nach ein großer Schritt vorwärts, wenn es zu Lohn- bzw. Rentenerhöhungen käme. So gewichteten sie diese Aussage mit fünf Pluszeichen. Gleichzeitig ist dieses Problem ihrer Ansicht nach aber auch nicht leicht zu lösen, wie drei Minuszeichen zeigen. Eine Lösbarkeit auf lokaler Ebene wird darüber hinaus mit fünf Minusbalken als sehr unwahrscheinlich eingeschätzt.

Arbeitslosigkeit und der Mangel an möglichen Einkommensquellen wurden als zweitwichtigster Problemkomplex eingeordnet, wobei die Beseitigung des letztgenannten Sachverhalts mit drei Pluszeichen als ein großer Schritt vorwärts bewertet wurde. Jedoch denken die Lehrer, dass dieses Problem nicht einfach zu lösen sei. Bei der Arbeitslosigkeit ist ihrer Meinung nach insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit ein großes Problem, da für die Schulabgänger kaum freie Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

An dritter Position gruppieren sie Alkoholismus, Kriminalität und die Ueffektivität der Polizei. Bei den beiden erstgenannten Sachverhalten sehen die Pädagogen durchaus Lösungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene, so etwa bei der Kriminalitätsbekämpfung in einem Nachbarschaftsschutzdienst, wie sie ihn bereits vor ein paar Jahren hatten, nachdem die Kriminalitätsrate stark angestiegen war. Auch denken sie, dass für die Bekämpfung des Alkoholismus nicht viel Geld nötig wäre, wobei sie das Problem aber dennoch für nur schwer lösbar halten.

Die Heizungsprobleme, welche durch die hohen Kosten der Heizmittelbeschaffung entstehen, wurden von ihnen an die vierte Position gesetzt. Darunter folgen das ineffektive Gesundheits- und das unzureichende Erziehungssystem. Bei Letztgenanntem bezieht sich ihre Kritik weniger auf ihre eigene Schule und Arbeit, sondern auf die beschriebene Problematik, dass Schulabgängern vom Lande oft der Zugang zu weiterführenden Bildungseinrichtungen verwehrt ist. Beide Problematiken sind ihrer Meinung schwer ohne finanzielle Mittel zu lösen. So erhielt das effektive Gesundheitssystem in diesem Kontext vier, das unzureichende Erziehungssystem drei Minuszeichen.

An sechster Position verbanden sie die ineffektive lokale Verwaltung mit dem Mangel an sozialen und kulturellen Aktivitäten und der Initiativlosigkeit der Leute. Bei der Verwaltung galt ihre Kritik insbesondere der Bürgermeisterin, die ihrer Meinung nach keine gute Arbeit leistet. So machten sie auch die Verwaltung für den Mangel an sozialen und kulturellen Aktivitäten verantwortlich, wobei eine Erhöhung der Letztgenannten von den Lehrern allerdings mit vier Minuszeichen als kein großer Schritt vorwärts bewertet wird. Bei der ineffektiven Verwaltung sehen die Pädagogen mit fünf Pluszeichen Lösungsansatzpunkte auf lokaler Ebene, da im März 2002 die nächste Bürgermeisterwahl ansteht, für die man lediglich einen geeigneten Kandidaten finden muss.

Hinsichtlich der Initiativlosigkeit entstand eine rege Diskussion zwischen einer Lehrerin, die gleichzeitig Ratsmitglied ist, und ihrer Schwiegermutter, der ehemaligen Schulleiterin. Die junge Lehrerin meinte, wenn die Leute mehr Initiative zeigen würden, könnte man einen Gegenkandidaten für die Bürgermeisterwahl finden und auch mehr soziale und kulturelle Aktivitäten organisieren. Diesem widersprach ihre Schwiegermutter. Sie sieht kein Problem in der Initiativlosigkeit, solange die Leute Führer hätten, die sie leiten. Bei den Ergebnissen der Bewertung der Aussagen spiegelt sich lediglich die Meinung der Schulleiterin wieder. So bringen drei Minuszeichen zum Ausdruck, dass es kein großer Schritt vorwärts wäre, wenn die Leute mehr Initiative zeigen würden.

In der vorletzten Reihe wurden die Transportprobleme und das unzureichende Telefonnetz eingeordnet, wobei die Lösung des letztgenannten Problems mit fünf Minuszeichen als kein großer Schritt vorwärts angesehen wird. An die letzte Position setzten die Pädagogen die Sorglosigkeit, mit der Leute mit Staatseigentum umgehen.

Nach Erstellung der Liste wurden die Lehrer abschließend gefragt, welche Strategie sie angesichts der Analyseergebnisse ergreifen würden, um die Situation in der Gemeinde zu verbessern. Dabei nannten sie die Ablösung der Bürgermeisterin bei der nächsten Wahl als ersten Schritt, um eine effektive Administration zu haben, die ihrer Meinung nach sehr wichtig ist. Wie in Kap. 4.4.1 aufgeführt wurde, gelang dies allerdings nicht. Als zweiten Punkt nannten sie, die Initiativlosigkeit der Leute ändern zu wollen, gefolgt von einer Eindämmung des verbundenen Alkoholismus und der damit verbundenen Kriminalität.

Die Administrationsgruppe nahm im Gegensatz zu den Lehrern bei ihrem Vorgehen eine Änderung an dem Kartensatz vor. So strichen sie bei „Löhne und Pensionen kom-

men verspätet“ die Renten, da diese momentan regelmäßig ausgezahlt würden. An oberster Stelle der Liste stand letztendlich die Initiativlosigkeit der Leute. Diese hätte allerdings, wie oben bereits erwähnt, an unterster Position gestanden, wenn die Leiterin der Poststelle nicht noch hinzugekommen wäre. Mit vier Pluszeichen bewerteten sie die Lösung dieses Problems als einen großen Schritt vorwärts. Dieses Resultat steht im Kontrast zu den Ergebnissen der Lehrergruppe, die mit drei Minuszeichen zum Ausdruck brachten, dass eine Lösung kein großer Schritt vorwärts wäre. Allerdings wurde bereits oben erwähnt, dass das Ergebnis der Pädagogen an diesem Punkt eine Unumstrittenheit vorspiegelt, die in der Diskussion keineswegs vorhanden war. Auch bei der Bewertung der anderen Aussagen zu diesem Problem sind die Ergebnisse der Lehrer und der Administration spiegelbildlich zueinander. Letztendlich bietet kein anderer Sachverhalt beim Vergleich der beiden Gruppen ein so widersprüchliches Bild. Es ist auch kein anderer in den Gesprächen so umstritten gewesen.

Annähernd Übereinstimmung zwischen beiden Gruppen herrscht bei den Themen Alkoholismus, Kriminalität und uneffektive Polizei, die auch von der Administration als ein Problemkomplex angesehen werden. Sie setzten diese in der Liste an die zweite Stelle. Im Vergleich mit den Lehrern ergeben sich bei der Bewertung der Aussagen keine Widersprüche. Die Lösung der Probleme Alkoholismus und Kriminalität wäre ein großer Schritt vorwärts, wobei sie aber mit jeweils drei Minuszeichen als nur schwer lösbar angesehen werden. Wie bei den Pädagogen denken aber auch die Administrationsmitarbeiter, dass es Ansatzmöglichkeiten auf lokaler Ebene gibt, die auch nicht viel Geld benötigen würden.

An dritter Stelle gruppierte die Administration das ineffektive Gesundheitssystem und die unzureichenden natürlichen Ressourcen. Leider wurde nicht nachgefragt, wieso diese Zusammenlegung vorgenommen wurde, da sie nicht sonderlich schlüssig erscheint. Insgesamt fiel auf, dass die Verwaltungsgruppe, abgesehen von der Leiterin der Poststelle, im Gegensatz zur Lehrergruppe teilweise die Analyse recht unmotiviert durchführte. Als viertwichtigsten Problemkomplex gruppierten sie die geringen Gehälter und Pensionen und die verspätete Auszahlung der Löhne. Damit verbunden wurde, dass Kleider und Schuhe zu teuer sind und dass Probleme mit der Finanzierung der Heizkosten auftreten. Bei der Bewertung der Aussagen erhielten lediglich geringe Gehälter und Löhne Plus- bzw. Minuszeichen. Diese decken sich in etwa mit denen der Lehrergruppe. So würde eine Lösung mit zwei Pluskreuzen als großer Schritt vorwärts bewertet, wobei allerdings zwei Minuszeichen zum Ausdruck bringen, dass dies nicht leicht zu lösen ist. Darüber hinaus zeigen fünf Minusbalken auf, dass dieses Problem nach Ansicht der Verwaltungsmitarbeiter nur schwer auf lokaler Ebene gelöst werden kann.

An die fünfte Position setzten die Administrationsleute, dass es zu viele Pensionäre und zu wenig junge Leute gibt, was aber ihrer Ansicht nach nur schwer auf lokaler Ebene lösbar ist. Diesem folgt der Sachverhalt, dass die Leute sorglos mit Staatseigentum umgehen. In den untersten drei Reihen stehen mit der schlechten sanitären Ausstattung, dem Mangel an Transportmöglichkeiten und dem unzureichenden Telefonnetz drei technische Probleme. Auch wenn deren jeweilige Lösung nicht als großer Schritt vorwärts angesehen wird, so befinden sich hinsichtlich der Bewertung der Aussagen zwei bis vier 18 der 27 über die Karten verteilten Pluszeichen auf diesen drei Karten. Hinsichtlich positiver Lösungsansätze lag demnach der Schwerpunkt der Administration klar bei diesen technischen Problemen.

Weiterhin fällt auf, dass Arbeitslosigkeit und ein Mangel an Einkommensalternativen, welche von den Lehrern als zweitwichtigste Problemgruppe bewertet wurden, von den Administrationsmitarbeitern aussortiert wurden. Sie sehen Arbeitslosigkeit als kein Problem an, da jeder irgendwie Arbeit hat, die Arbeitslosen eben in ihren eigenen Gärten.

Hinsichtlich der aussortierten Probleme waren sich beide Gruppen einig, dass es keine gravierenden Mängel bei den Straßenverhältnissen, dem Zustand der Häuser und der Elektrizitätsversorgung gibt. Genauso wenig sahen sie einen Mangel an sozialen Netzwerken als Problem an. Auch, dass Frauen mehr arbeiten müssten, wurde von beiden Gruppen verneint. Die Verwaltungsgruppe meinte dazu, dass dies von Familie zu Familie unterschiedlich wäre, man könnte das nicht pauschalisieren.

Bei der abschließenden Befragung, was sie in der Gemeinde in den nächsten drei Jahren erreichen möchten, orientierten sich die Administrationsgruppe im Gegensatz zu den Lehrern nur wenig an der vorangegangenen Analyse. Die Landverantwortliche meinte, sie würde es schön finden, wenn ein Teil des Klubs in eine Kirche umgebaut würde. Daneben wünschte sich die Gruppe, die Schule mit einer Gasheizung ausstatten zu können. Auch würde sie gerne höhere Löhne, eine höhere Anzahl von Tieren, mehr Beschäftigung, bessere Lebensbedingungen und insgesamt eine höhere Lebensqualität haben.

5.2 Strategien zur Lebensunterhaltssicherung

5.2.1 Formeller Arbeitsmarkt und Strategien der Unternehmen

Für den formalen Arbeitsmarkt liegen auf lokaler Ebene Daten für den 1. Januar 2001 vor (Žuky, 2001a-e, S.3). In der Gemeinde Žuky leben insgesamt 524 Menschen im arbeitsfähigen Alter. Dieses beginnt in der Ukraine mit 16 und endet bei Frauen mit 55, bei Männern mit 60 Lebensjahren. Außerhalb dieser Kategorie gibt es in der Gemeinde zusätzlich 24 Personen im Rentenalter, die aber weiterhin in einem Beschäftigungsverhältnis stehen. Von diesen 548 Personen haben 290 einen Arbeitsplatz, 111 sind arbeitslos gemeldet. Angesichts einer Gesamtbevölkerung von 1.094 Bewohnern ergibt sich eine Erwerbsquote von 36,7% (Žuky, 2001a-e, S.3).

Eine Ermittlung der Arbeitslosenquote ist nur annäherungsweise möglich, da die Statistiken weder bei den Erwerbspersonen noch bei den Arbeitslosen den Anteil der Selbständigen angeben. Lässt man die Unterteilung in Selbständige und Unselbständige unberücksichtigt, so ergibt sich ein Wert von 27,7%. Allerdings könnten sich in der Statistik noch einige versteckte Arbeitslose befinden, so etwa unter den 126 Einwohnern im arbeitsfähigen Alter, die weder arbeiten noch studieren (Žuky, 2001a-e, S.3). Auch in der Kategorie der Beschäftigten könnten Personen aufgeführt sein, die faktisch arbeitslos sind. So ist in der Ukraine die unbezahlte Beurlaubung nicht benötigter Arbeiter durch den Arbeitgeber weit verbreitet (vgl. Zon, 2000, S.102). Durch diese Praxis umgehen die Unternehmer die Auszahlung einer Abfindungszahlung in Höhe von drei Monatsgehältern, die jedem aus wirtschaftlichen oder organisatorischen Gründen entlassenen Arbeiter nach Gesetz zusteht. Für den Arbeitnehmer kann die unbezahlte Beurlaubung attraktiver als die Arbeitslosigkeit sein, da bei ihr eine Wiedereinstellung wahrscheinlicher ist. Insgesamt ist die Lage auf dem formellen Arbeitsmarkt als prekär zu bewerten. Angesichts der Arbeitslosenzahlen ist es bemerkenswert, dass Arbeitslosig-

keit von der Administrationsgruppe bei der partizipativen Befragung nicht als wichtiges Problem angesehen wurde (vgl. Kap. 5.1).

Von den 290 Erwerbstätigen arbeiten 233 in der Landwirtschaft (Žuky, 2001a-e, S.3). Hinsichtlich der davon bei privaten Landwirten Beschäftigten sind die statistischen Daten unvollständig, da die Werte für das Dorf Žuky fehlen. Nach Auskunft der Bürgermeisterin sind bei diesen 38 Personen beschäftigt, darunter alleine 20 beim ehemaligen Sowchosleiter. Aus den Angaben der Bürgermeisterin ergäbe sich eine Restmenge von 195 Personen, die wohl überwiegend bei Lanagro angestellt sind. Die Beschäftigten in diesem Sektor haben sehr unterschiedliche berufliche Hintergründe. So sind etwa in der Verwaltung von Lanagro Buchhalter, Sekretäre und Statistiker angestellt. In den Tierzuchtanlagen arbeiten Veterinärmediziner, der Maschinenpark wird von Mechanikern betreut. Daneben gibt es aber auch einfache Feld- und Stallarbeiter.

Von den 57 nicht in der Landwirtschaft beschäftigten Personen sind die meisten Staatsangestellte. Alleine 29 Bewohner sind im Erziehungssektor tätig, weitere fünf im Gesundheitswesen. Im Transport und Postwesen arbeiten sieben, in der Verwaltung drei, im kollektiven, öffentlich und privaten Service zwei Personen. Bei Letztgenannten handelt es sich wohl um die Mitarbeiter des staatlichen Rentnerbetreuungsservice. Im Handel, dem einzigen privaten Beschäftigungssektor neben der Landwirtschaft, sind elf Bewohner tätig.

Mit 80% der Berufstätigen ist die Landwirtschaft der dominierende Beschäftigungssektor, wobei die privaten Farmer nur eine relativ geringe Rolle spielen. So ist die Mehrheit der Bevölkerung von der Entwicklung der ehemaligen Sowchose abhängig. Dies gilt nicht nur für die Arbeitnehmer, sondern auch für die Landverpächter, da Lanagro nach Auskunft der Administration gleichzeitig der größte Landpächter ist. Angesichts der Bedeutung des Betriebs für die Gemeinde wird im folgenden Abschnitt ein kurzer Überblick über Entwicklung und Strategie der Firma gegeben.

Strategie von Lanagro/ Viktorija

Die Firmenkonstruktion Lanagro/ Viktorija ist aus der 1974 entstandenen Sowchose Peremoga hervorgegangen, die bis Mitte der 90er Jahre das gesamte Gemeindegebiet bewirtschaftete. 1995 wurde die Sowchose in die Firma Viktorija umgewandelt, wobei nach Auskunft des Direktors von Lanagro sämtliche Gebäude und Maschinen übernommen wurden. Dieser Betrieb war allerdings schnell hoch verschuldet. Um handlungsfähig zu bleiben, gründete man daher 1999 auf Anregung eines ausländischen Investors die Firma Lanagro. Auf diese schuldenfreie Firma wurden Teile der Gebäude, Maschinen und Mitarbeiter übertragen, ein Rest verblieb bei der verschuldeten Firma Viktorija. Im Zuge dieses Prozesses wurden mit den Landbesitzern neue Pachtverträge abgeschlossen, so dass diese heute komplett über Lanagro abgewickelt werden. Der Direktor, welcher in Hlobyne wohnt, leitet beide Firmen in Personalunion. Journalisten in Hlobyne zweifelten, ob diese Konstruktion legal ist, da es sich letztendlich doch um einen versteckten Konkurs handeln würde. Immerhin besteht diese Konstruktion nun bereits seit drei Jahren, ohne dass jemand während der Erhebungen von juristischen Schwierigkeiten diesbezüglich berichtete.

Nach Auskunft des leitenden Buchhalters von Lanagro geht es Lanagro/ Viktorija ein bisschen besser als dem Durchschnitt der ehemaligen Kolchosen und Sowchosen im näheren Umkreis. Dennoch ist die Lage seiner Ansicht nach problematisch. Viktorija ist hoch verschuldet und bei der Auszahlung der Löhne mehrere Jahre im Rückstand. Lanagro läuft ein wenig besser, kann aber auch zur Zeit der Erhebung im Januar 2002 seit

drei Monaten schon keine Löhne mehr zahlen. Wegen der hohen Verschuldung musste die Firma bereits eine der Schweinezuchtanlagen an eine Chemiefabrik in Hlobyne abgeben, um ausstehende Zahlungen zu begleichen. Immerhin können sie momentan die Landpacht bezahlen, da die meisten Leute Naturalien als Bezahlung vorziehen.

Die Tierzucht wirft nach Auskunft des Buchhalters momentan kaum Gewinn ab. Die Tierbestände sind wie in Kap. 3.4.2 beschrieben stark zurückgegangen, viele Tiere wurden an Angestellte im Ausgleich für nicht erfolgte Lohnzahlungen ausgegeben. Momentan hat die Firma 350 Kühe und 200 Schweine, man ist aber dabei, den Bestand wieder aufzustocken. Das Hauptgewicht der Aktivitäten liegt jedoch auf dem Ackerbau. Hierbei ist nach Auskunft des Direktors von Lanagro Weizen das Hauptanbaugut mit ca. 30% der bebauten Fläche, gefolgt von Mais (25%), Soja (12%), Gerste (10%) und Sonnenblumen (8%). Auf den restlichen 15% wird Tierfutter angebaut.

Zu Sowjetzeiten war nach Auskunft eines ehemaligen Kolchosleiters bis zu 30% der Anbaufläche mit Zuckerrüben bestellt worden. Laut dem Direktor von Lanagro wurde die Produktion aber im Jahr 2000 eingestellt, da sie sich nicht mehr rechnete. Angesichts der Bestrebungen seitens des Präsidenten der Ukraine und der Rajonverwaltung in Hlobyne zur Ankurbelung der Zuckerrübenproduktion war der Leiter von Lanagro zur Zeit der Erhebungen aber am abwägen, ob es sich rentiert, wieder Zuckerrüben anzubauen.

Im Gegensatz zur Zuckerrübe ist beim Soja die Anbaufläche stark angestiegen. Bei diesem Produkt kooperiert man seit 1998 mit einer amerikanischen Firma, die eine neue Sojaanbautechnologie entwickelt hat. Dieser Investor ist nach Auskunft des Direktors von Lanagro bei vielen Agrarbetrieben der Region engagiert, die er in der Handhabung der Technik unterwiesen hat. Für den Anbau stellt die ausländische Firma die Sojasamen und die Herbizide, im Gegenzug erhält sie dafür einen Teil der Ernte. Dieser Investor gab auch den Tipp, Lanagro zu gründen, um wieder finanziell handlungsfähig zu sein. Im Zuge dieser Kooperation stieg die Anbaufläche nach Auskunft des Direktors bei Lanagro von 50 ha im Jahr 1998 auf 350 ha im Jahr 2001, im Rajon Hlobyne im gleichen Zeitraum von 200 ha auf 5.000 ha. Lanagro ist dabei nicht unbedingt auf den amerikanischen Investor angewiesen, da heute auch ukrainische Firmen Sojasaatgut anbieten, so dass auf der Angebotsseite reger Wettbewerb herrscht.

Informationen über neue Entwicklungen und Anbieter bezieht der Direktor über die „Agro“, eine Agrarmesse in Kiew, an der er einmal jährlich teilnimmt. Dort hat er etwa auch Kontakte mit einer rheinland-pfälzischen Chemiefirma geknüpft, über die er Herbizide bezieht. Auch die Rajonverwaltung versorgt Lanagro mit Informationen über Anbieter und Preise von wichtigen Produktionsfaktoren (Saatgut, Dünger, etc.). Darüber hinaus gibt sie Ratschläge und führt Schulungen durch. Diese beschäftigen sich etwa mit Management- oder Anbautechniken. Als Fazit lässt sich sagen, dass die Firma Lanagro angesichts der Liquiditätsprobleme und Gehaltsrückstände noch weit von einer prosperierenden Entwicklung entfernt ist, auch wenn Bemühungen unternommen werden, die Lage zu verbessern.

5.2.2 Strategien der Haushalte

Subsistenzwirtschaft als Überlebensstrategie der Bewohner

Die Ausführungen über den formellen Arbeitsmarkt haben gezeigt, dass mit einer Erwerbsquote von 36,7% nur knapp über ein Drittel der Bevölkerung überhaupt eine formelle Beschäftigung sucht oder ausübt. Von diesen sind wiederum 27,7% arbeitslos,

wobei der Arbeitslosenanteil angesichts eventuell vorhandener versteckter Arbeitslosigkeit real sogar noch höher liegen könnte. Und selbst wer eine Beschäftigung hat, muss zumindest beim größten Arbeitgeber Lanagro mit mehrmonatigen bis mehrjährigen Lohnrückständen rechnen, die teilweise in Naturalien beglichen werden. Angesichts der ausbleibenden Lohnzahlungen ist es auch fraglich, ob Lanagro Landpachtgebühren wirklich momentan mit Geld bezahlen könnte, falls dies von den Besitzern gewünscht würde.

Betrachtet man die Einkommen der Staatsbediensteten und Rentner, so kommen diese wie in Kap. 3.5 beschrieben zwar seit 2001 wieder regelmäßig. liegen jedoch auf einem sehr niedrigem Niveau. Die Minimalrente beträgt momentan 79 UAH/ Monat. Einige Rentner erhalten allerdings noch weniger ausgezahlt, wenn sie etwa auf Teilzeit oder nur für einen Zeitabschnitt ihres Lebens gearbeitet haben. Die Rente des pensionierten Kolchosleiter, welche sicherlich am oberen Ende der Skala in der Gemeinde ist, liegt nach seiner Auskunft bei 156 UAH/ Monat, was auch noch relativ niedrig ist. Die Lehrergehälter liegen bei einer Spanne von 120 - 200 UAH teilweise sogar darunter oder nicht viel höher. Inwieweit die Arbeitslosen Unterstützung seitens des Staates erhalten, wurde nicht ermittelt. Insgesamt sind die Geldeinnahmen der Haushalte aus formeller Beschäftigung und Rentenzahlungen sehr gering.

Angesichts dieser Krise beziehen die Haushalte ihren Nahrungsbedarf überwiegend aus eigenem Anbau in ihren Gärten. Die Bestellung der Flächen erfordert viel Arbeit und einen halbwegs gesunden Körper, gibt aber genug Ertrag, um die Haushalte zu ernähren. Es war nicht das erste mal im 20. Jahrhundert, dass die ukrainische Landbevölkerung diese Strategie ergreifen musste. So konnten laut Van Atta (1998, S.613) seit der Kollektivierung in den 30er Jahren bis in die späten 50er Jahre von den kollektivierten Betrieben Löhne lediglich in Naturalien ausgezahlt werden. Zu dieser Zeit spielten die eigenen Gärten eine wichtige Rolle nicht nur in der Versorgung der Land-, sondern auch in jener der Stadtbevölkerung. Erst zeitgleich mit dem Übergang der Sowjetunion zu einer starken Subventionierung der Landwirtschaft begannen die Betriebe, erste Löhne auszuzahlen. So bestätigten auch ältere Dorfbewohner, dass sie bis in die 50er Jahre lediglich Naturalien für die Arbeit erhielten. Für Van Atta (1998, S.614) sind diese Gärten das einzige Sicherheitsnetz für die ländliche Bevölkerung.

Typische Anbauprodukte in den Gärten sind etwa Kartoffeln, Weizen, Gerste, Mais, Zuckerrüben, Gemüse und Früchte. Die Zuckerrüben dienen nach Auskunft von Bewohnern momentan überwiegend der Tierfütterung. Angesichts der Restrukturierungen werden aber wahrscheinlich einige Haushalte wieder dazu übergehen, Zucker für die Fabrik anzubauen. Dadurch können sie auch ihre eigene Zuckerversorgung sicherstellen, anstatt Zucker für ca. 2,70 UAH/ kg im Laden von Žuky kaufen zu müssen. Der verhältnismäßig hohe Zuckerverkaufspreis erklärt sich wahrscheinlich aus der Einführung der Zuckerquote. Wenn dies der Fall ist, so würde die Quote für die Bevölkerung der Region nicht wie eine Zuckersteuer wirken (vgl. Kap. 4.3.2), sondern dazu führen, dass sie auch beim Zucker zur Subsistenzproduktion übergehen. Dadurch würden sie zwar Geld sparen, gleichzeitig müssten sie für die Zuckerrübenproduktion aber Arbeit und Flächen bereitstellen, die sie auch zum Anbau anderer Produkte nutzen könnten. Dies würde möglicherweise zu einer Verknappung der eigenen Tierfutterproduktion führen, wodurch sie tendenziell weniger Tiere halten könnten. Auch müssten sie den Transport zur Fabrik organisieren, der ihnen sonst erspart bliebe. Es ist daher fraglich, ob die Bevölkerung in den Dörfern von der Einführung der Zuckerquote profitiert.

Geldeinnahmen durch private Tierhaltung

Eine weit verbreitete Strategie, mit der die Bewohner auf die Krise reagieren, ist der Auf- bzw. Ausbau ihrer privaten Tierhaltung (vgl. Kap. 3.4.2), da man hiermit ganzjährig Geld einnehmen kann. Vor Beginn des Transformationsprozesses hatte private Nutztierhaltung dagegen nach Auskunft von Bewohnern überwiegend lediglich der Deckung des eigenen Bedarfs gedient, viele Haushalte bezogen tierische Produkte auch gänzlich aus Geschäften. Die Rückkehr zur Tierhaltung wird daher von den meisten Bewohner eher als Rückschritt empfunden, zu dem sie durch die Krise gezwungen werden.

Die Tierhaltung ist vom Aufwand relativ unproblematisch, da als Inputfaktoren lediglich Arbeit und Futtermittel von Bedeutung sind, wobei der Bedarf an Tiernahrung oft im eigenen Garten produziert werden kann. Einige Bewohner beziehen sie teilweise auch von Lanagro. Durch die Landprivatisierung haben sich zumindest für die Gruppe der Landbesitzer die Zugangsmöglichkeiten zu Futtermittel erhöht, da die Pachtgebühren von Lanagro mit Tierfutter bezahlt werden können. Zusätzlich können private Haushalte Land von der Gemeinde gegen Gebühr zu pachten, um dort etwa Tierfutter anzubauen.

Ställe sind in der Regel schon vorhanden gewesen oder in Eigenarbeit aufgebaut worden. Weitere Investitionskosten können beim Aufbau/ Ankauf des Tierbestandes entstehen, wenn Haushalte Tiere nicht selber züchten. So kostet ein junges Kalb etwa 120 UAH, die Kosten für ein Ferkel liegen ebenfalls in diesem Bereich. Darüber hinaus muss eine Kuh auch erst einmal gekalbt haben, bevor sie regelmäßig Milch gibt. Dies dauert in der Regel drei Jahre. Mitarbeiter von Lanagro konnten diese Wartezeit umgehen, da sie anstelle von ausstehenden Löhnen Milchkühe aus dem Betriebsbestand beziehen konnten. Ausfallrisiken durch Krankheiten wurden nicht ermittelt, jedoch scheinen sie relativ gering zu sein

Nutztiere und deren Produkte haben sich für die Bewohner auch in Zeiten der Hyperinflation Anfang der 90er Jahre als sicheres Kapital erwiesen, können leicht verkauft und damit zu Geld gemacht werden. Den Akteuren stehen hinsichtlich des Vertriebs ihrer Produkte zwei Alternativen zur Verfügung. Zum einen können sie Milch und Lebewiehe an fliegende Händler verkaufen, die zumindest die Dörfer an der regionalen Verbindungsstraße regelmäßig anfahren. Hier profitiert Žuky von der räumlichen Nähe des 45 km entfernten Kremenčuk, aber auch von der Nahrungsmittelindustrie im nahegelegenen Hlobyne.

Als zweite Möglichkeit können die Haushalte ihre Produkte auch direkt vermarkten. Dies geschieht in der Regel in weiterverarbeiteter Form. So wird aus Milch Sauerrahm oder Hüttenkäse hergestellt, während die Tiere geschlachtet und ausgenommen werden. Zusätzlich zu den Tierprodukten können sie je nach Saison und Überschuss auch Produkte aus ihren Gärten anbieten. Verkaufen können sie diese auf dem Markt in Hlobyne, der etwa 10 km vom Zentrum des Dorfes Žuky entfernt ist. Dieser findet täglich in kleiner Form und am Freitag als großer Wochenmarkt statt. Im Sommer kann man alternativ auch an der Durchgangsstraße T-1716 Produkte an vorbeifahrende Autofahrer verkaufen. Vorteil der eigenen Vermarktung ist, dass man einen höheren Preis erzielen kann. Jedoch ist im Gegensatz zum Verkauf an fliegende Händler das Risiko höher, da die Ware verderben kann, wenn man sie nicht schnell genug veräußern kann. So ist die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten auch in Hlobyne begrenzt, da viele Bewohner sich ebenfalls selber versorgen. Unter den Verkäufern herrscht dagegen ein gro-

ber Wettbewerb um die Marktstände. Hinzu kommt der zeitliche Mehraufwand und die Problematik des Transports.

Milch wird überwiegend an fliegende Händler verkauft (vgl. Foto 5, S.82). Dadurch haben die Besitzern von Milchkühen ein tägliches Einkommen. Kühe produzieren im Winter etwa 10 l Milch pro Tag, im Sommer bis zu 20 l. Dem Angebot entsprechend schwanken die Preise zwischen 0,60 und 0,80 UAH/ l im Winter, während sie im Sommer auf bis zu 0,30 UAH/ l sinken können. In den an der Landstraße gelegenen Ortschaften Žuky, Kolomycivka und Pavlivka wird die Milch täglich von Milchautos zweier konkurrierender Firmen eingesammelt, von denen nach Auskunft der Bürgermeisterin eine ihren Sitz in Hlobyne, die andere ihre Produktion in Kremenčuk hat. Auch die Einwohner des abgelegenen Novoselivka können dank des Schulbusses Milch verkaufen. Dieser fährt allerdings während der dreimonatigen Sommerferien nicht. Für diese Zeit wird nach Auskunft der Briefträgerin des Dorfes nicht nach Transportalternativen gesucht. Stattdessen nutzt man die Milch in Novoselivka etwa zur Aufzucht von Kälbern. Eine Kuh kann nach Auskunft einer Lehrerin im Jahr bis zu 2.000 UAH erwirtschaften. Dabei lässt man die Kuh in der Regel auch im Frühjahr kalben. Dies kann dem Ziel der Bestandvergrößerung dienen oder durch Verkauf des Kalbes eine Extraeinnahme bedeuten. Unter den befragten Pensionären war die Milchkuhhaltung allerdings nicht weit verbreitet. Diese ist den meisten angesichts ihres Alters zu anstrengend.

Wie der Verkauf der Kälber dient jener der Schweine überwiegend der Deckung des periodischen Bedarfs bzw. von plötzlich auftretenden hohen Kosten. Dabei ziehen die meisten Bewohner es ebenfalls vor, die Schweine lebend an fliegende Händler zu verkaufen. Momentan bekommt man für ein lebendiges Schwein 6 UAH/ kg, vor einiger Zeit waren es nach Auskunft von Bewohnern noch 8 UAH/ kg gewesen. Im Vergleich dazu liegen die Verkaufspreise auf dem Markt bei etwa 18 UAH/ kg Fleisch, für Fett um die 10 UAH/ kg. Nach Auskunft der Bürgermeisterin werden die Schweine etwa ein Jahr gemästet und dann mit einem Gewicht von 150 kg verkauft. Andere Bewohner berichteten von etwas kürzeren Mastzeiten und niedrigeren Schlachtgewichten. Neben Rindern und Schweinen werden auch Truthähne, Enten, Gänse, Ziegen und Schafe gehalten. Diese kleineren Tiere werden von Pensionären bevorzugt. Allerdings wurden über deren Vermarktungsmöglichkeiten keine Erhebungen angestellt. Die Bezahlung erfolgt in der Regel sofort in bar, bei der Milch wird teilweise am Ende der Woche gezahlt. Die Händler sind bekannt, so dass man ihnen vertraut.

Um einen ungefähren Überblick zu gewinnen, was ein Haushalt mit der Tierhaltung im Jahr einnehmen kann, wird dies kurz anhand der zur Verfügung stehenden Informationen für einen Beispielhaushalt überschlagen. In der Gemeinde gibt es 508 Haushalte, in denen 904 Schweine und 364 Rinder, darunter 217 Milchkühe, gehalten werden (Žuky, 2001a-e, S.5). Es kommen also auf einen Haushalt ca. 1,8 Schweine und 0,4 Milchkühe. Im Beispiel soll von einem etwas überdurchschnittlich bestückten Haushalt ausgegangen werden, der eine Milchkuh und zwei Schweine besitzt. Basierend auf den Angaben der Bürgermeisterin dauert die Aufzucht eines Schweins mit 150 kg Gewicht etwa ein Jahr. Verkaufen sie dieses lebend für 6 UAH/ kg, so ergibt das einen Erlös von 900 UAH. Zieht man davon 120 UAH Anschaffungskosten für das Ferkel ab, die in der Regel entstehen, da die Haushalte selten selber züchten, so kommt man auf einen Betrag von 780 UAH. Nimmt man an, es würden keine weiteren Kosten entstehen, so ergibt sich für zwei Schweine ein Gewinn von 1560 UAH. Addiert man dazu die Einnahmen von 2.000 UAH, die nach Angaben einer Lehrerin eine Milchkuh pro Jahr etwa erwirtschaftet, so macht das 3560 UAH. Hierbei ist allerdings nicht das Ausfallrisiko berück-

sichtigt, dass durch Tierseuchen entstehen kann. Vergleicht man das mit den Einkommen, die etwa bei den Lehrern 2.500 UAH pro Person im Jahr nicht übersteigen oder bei den Lanagromitarbeitern teilweise gar nicht oder nur verspätet ausgezahlt werden, so wird deutlich, dass die Tierhaltung für viele Haushalte eine substantielle, wenn nicht sogar die Haupteinnahmequelle darstellt.

Angesichts der Bedeutung der Tierhaltungsstrategie stellt sich die Frage, ob diese nachhaltig ist. Aus ökologischer Sicht dürften kaum Bedenken bestehen, da die Haltung extensiv betrieben wird. Von der ökonomischen Seite her scheint die Nachfrage seit Jahren relativ stabil zu sein. Zumindest berichtete kein Bewohner, dass es jemals ein Problem war, Tiere und Milch zu verkaufen. Wenn die Angaben des ehemaligen Kolchosleiter stimmen, gab es in den 80er Jahren in der Gemeinde noch 900 Milchkühe und 9.000 Schweine. Im Vergleich dazu ist der heutige Bestand in den privaten Haushalten relativ gering, auch wenn sicherlich die Nachfrage durch den Verlust von Absatzmärkten in Russland und durch Kaufkraftrückgang in den Städten in den 90er Jahren zurückgegangen ist (Schubert, 1997, S.20; ADG, 2000). Solange die Tierhaltung für die landwirtschaftlichen Unternehmen weiterhin überwiegend unrentabel bleibt (Kap. 4.3.2), ist von dieser Seite keine erhöhte Konkurrenz zu erwarten. Allerdings kann der gesunkene Aufkaufpreis für lebendige Schweine von 8 UAH/ kg auf 6 UAH/ kg darauf hindeuten, dass die Zeiten der höchsten Erlöse vorüber sind. Negativ auf die Preise mag sich auswirken, dass durch die Landprivatisierung jetzt zumindest den Landbesitzern mehr Futtermittel zur Verfügung steht, was ihnen einen höheren Tierbestand ermöglicht. Dies könnte zu einer Erhöhung des Angebots führen. Hinsichtlich der sozialen Nachhaltigkeit empfinden die meisten Bewohnern die Tierhaltung eher als aufgezwungen und belastend, und würden wohl gerne davon Abstand nehmen, wenn sie über den formalen Arbeitsmarkt genügend Einkünfte hätten. Angesichts mangelnder Alternativen sehen sie aber oft keine andere Möglichkeit, an Geld zu kommen.

Gibt es alternative Strategien?

Neben der Subsistenzproduktion und dem Tierbestand wurden in der Gemeinde kaum andere Strategien ausgemacht. Einige Bewohner scheinen selbstproduzierten Alkohol zu verkaufen. In welcher Größenordnung dies geschieht, konnte allerdings nicht festgestellt werden. Mobile Strategien scheinen den Bürgern überwiegend fremd zu sein. Die Region hat gute Böden, die ein Auskommen sichern. Daher hatten es die Bewohner nie nötig, saisonal in anderen landwirtschaftlichen Gebieten zu arbeiten. Vielmehr war die Gemeinde ein Anlaufpunkt für Wanderarbeiter gewesen, die bei der Zuckerrübenernte halfen. Zeitweilige oder dauerhafte Abwanderung in Städte war hingegen nach Auskunft der Bürgermeisterin in Sowjetzeiten durchaus üblich gewesen. So arbeiteten oder studierten Bewohner in Kremenčuk, Poltava oder Kiew. Nach der Unabhängigkeit hätte dieser Trend aber nachgelassen, da es in den Städten wenig Arbeit gäbe, für das Studium mangle es oft am Geld. Nach Ansicht der Bürgermeisterin ist es auch nicht üblich, bestehende familiäre Kontakte in Städten zu nutzen, um dort Fuß zu fassen. Wenn Leute umziehen würden, dann überwiegend nach Hlobyne. Schüler weiterführender Schulen gehen oft auch nach Kremenčuk. Nach Ansicht eines ehemaligen Schulleiters einer Hlobyner Schule bietet die Stadt Hlobyne im Gegensatz zu den umliegenden Dörfern mehr Möglichkeiten und Chancen, so kann man hier eher zu Geld kommen. Doch denkt er, dass Arbeitslose und Rentner besser auf den Dörfern ihren Lebensunterhalt sichern können. Zwar würde auch jedem Hlobyner Bürger ein Garten von 2 - 3.000 m² zustehen, dieser sei aber oft weit von der Wohnung entfernt.

Abriss des Ausgabenportfolios

Nach Auskunft von Gemeindebewohnern liegen die Ausgabenschwerpunkte bei Lebensmitteln, Kleidung, Heizmitteln, Elektrizität und Medikamenten. Bei Lebensmitteln kaufen die Bewohner Produkte, die sie nicht selber produzieren können oder wollen. Häufig sind dies nach Auskunft der Angestellten im Lebensmittelgeschäft von Žuky etwa Brot, Butter, Fisch, Zucker, Salz und Süßigkeiten. Dort kostet das Brot ca. 1,90 UAH/ kg. Der Preis ist stark subventioniert und war nach Auskunft von Bürgern in letzter Zeit stabil. Kleine Fische kosten 5 UAH/ kg, große 7 UAH/ kg, geräucherte und ausgenommene 15 UAH/ kg. Hierbei soll es sich nicht um Fanggut aus dem Kremenčuker Stausee handeln, sondern um Fische aus dem Schwarzen Meer. Butter kostet 10,50 UAH/ kg, die billigere Margarine 4,50 UAH/ kg, Zucker 2,70 UAH/ kg.

Die Heizmittelbeschaffung, bei der überwiegend Kohle gekauft wird, wurde bereits in Kap. 3.4.2 erörtert. Anhand der dort genannten Zahlen ergeben sich pro Haushalt Kosten zwischen 500 und 1000 UAH pro Winter, wenn die Heizkohle unsubventioniert bezogen wird. Bei der Elektrizitätsversorgung umgehen einige Bewohner die Zahlungen, indem sie diese illegal anzapfen. Der Strom wird dann oft gleich auch zum Heizen genutzt, was der ökologischen Nachhaltigkeit zuwider läuft, jedoch in Hinsicht einer sozialen Nachhaltigkeit immerhin auch den Armen eine warme Wohnung im Winter ermöglicht. Neben diesen von den Bewohnern genannten Schwerpunkten wurde bei Hausbesuchen beobachtet, dass der Fernseher auch ein wichtiges Anschaffungsgut darstellt. So wurden teilweise sehr moderne Geräte ausgemacht.

5.3 Nachhaltig gesicherter Lebensunterhalt - Ergebnisse

In diesem Abschnitt wird zunächst der Entwicklungsstand der Bevölkerung der Gemeinde mit dem in Kap. 1 normativ definierten Entwicklungsbegriff verglichen. Daran anschließend wird anhand der bisherigen Ergebnisse der Analyse zu ergründen versucht, welche Ziele die Menschen haben und inwieweit sie diese erreicht haben. Dies ist nicht einfach, da Ziele je nach Platz, Zeit, Kontext und Individuum variieren können. Angesichts des kurzen Forschungsaufenthalts sollten die Äußerungen zu Zielen daher als erste Hypothesen aufgefasst werden.

Bezüglich der Grundbedürfnisse scheint eine angemessene Ernährung über eigene Gärten und private Tierhaltung in der Regel sichergestellt zu sein, solange zumindest ein Haushaltsmitglied physisch in der Lage ist, die nötige schwere Arbeit zu leisten. Angesichts einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,2 Personen (Žuky, 2001a-e, S.2 ff.) kann dabei der Ausfall einer Person in einem Haushalt allerdings schon schwerwiegende Konsequenzen haben.

Wohnraum ist ausreichend vorhanden (vgl. Kap. 3.4.1), der Erwerb von Kleidung stellt dagegen angesichts knapper Löhne ein Problem dar (vgl. Kap. 5.1), weswegen sie auch überwiegend gebraucht gekauft wird. Bezüglich der Ausstattung mit Haushaltsgeräten und Möbeln kann keine Aussage getroffen werden, da dazu zu wenig Informationen vorliegen. Zugang zur Versorgung mit Trinkwasser scheint sichergestellt, die sanitären Einrichtungen sind einfach, erfüllen aber ihren Zweck. So wurden zumindest keine Krankheiten ausgemacht, die auf eine Problematik in diesem Bereich hindeuten (vgl. Kap. 3.4.1; Kap. 3.1.1).

Es ist ein Mangel an Transportmöglichkeiten auszumachen. Dies ist insbesondere dann hinderlich, wenn die Menschen ihre eigenen Produkte vermarkten wollen. Verschärft tritt diese Problematik in den abgelegenen Orten Novoselivka und Žornjaky auf.

Die Situation wird aber durch den Schulbus zumindest zu Schulzeiten ein wenig gelindert (vgl. Kap. 3.4.2). Der Zugang zu kostenlosen Gesundheitsdiensten ist zwar vorhanden, jedoch können Medikamente und Operationen mit hohen nicht bezahlbaren Kosten verbunden sein (vgl. Kap. 3.1.1). Bildungseinrichtungen sind dagegen für alle Bewohner gut zugänglich (vgl. Kap. 3.1.2).

Hinsichtlich der Partizipation können die Bürger das ihnen zugestandene Wahlrecht ausüben. Ansonsten ist aber die Einbindung in politische Entscheidungsprozesse selbst bei den Mitgliedern des Rates sehr gering, da der lokalen Ebene in der Ukraine nur wenig Eigenverantwortung eingeräumt wird (vgl. Kap. 4.4.). Von der formellen Arbeitswelt sind ca. 1/4 der Erwerbspersonen durch Arbeitslosigkeit ausgeschlossen, die Beschäftigten dürfen zwar partizipieren, kriegen aber teilweise aus Liquiditätsmangel Löhne zu spät und/ oder in Naturalien ausgezahlt (vgl. Kap. 5.2.1). Über die private Viehwirtschaft kann zwar jeder Haushalt Einnahmen erzielen, bedenklich ist aber, dass neben dieser Strategie keine Alternativen zu bestehen scheinen (vgl. Kap. 5.2.2).

Bezüglich der Nachhaltigkeit hat sich das bis 1991 bestehende Sowjetsystem in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht nicht als nachhaltig erwiesen (Kühne, 2001, S. 148 ff.). Es ist jedoch fraglich, ob die durch den Transformationsprozess ausgelösten Veränderungen bislang in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung gehen. So ist nicht sicher, ob das Pachtsystem einen deutlich besseren Feedbackmechanismus beinhaltet, der einer ökologischen Degradierung Einhalt gebietet, die auch im Sinne der ökonomischen Nachhaltigkeit wünschenswert wäre. Diejenigen Akteure, die in größeren Betrieben die Anbauentscheidungen treffen, sind nur indirekt von Konsequenzen einer Fehlnutzung betroffen (vgl. Kap. 4.3.2). Hier muss sich zeigen, ob die Verpächter, etwa über formelle Strukturen wie die Verwaltung, möglicherweise aber auch über informelle Basisgruppen, ihr Interesse durchsetzen können, dass die von ihnen verpachteten Landstücke mit einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Strategie genutzt werden. Zumindest scheint unter Teilen der Bevölkerung eine Sensibilisierung für Umweltaspekte vorhanden zu sein.

Die private extensive Garten- und Viehwirtschaft ist ökologisch wohl als nachhaltig zu bewerten, auch trägt das Anrecht auf eigenen Garten zur sozialen Nachhaltigkeit bei. Die Energieverwendung ist dagegen durch die teilweise illegale Nutzung insbesondere als Heizmittel noch weit entfernt von einer ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit. Hier muss allerdings bei der Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien darauf geachtet werden, dass den Bewohnern bezahlbare Energiealternativen zur Verfügung stehen, da sonst der Druck auf die knappe Ressource Holz zunimmt.

Auch bei der ehemaligen Sowchose scheint die ökonomische Nachhaltigkeit noch nicht erreicht zu sein, wie der versteckte Konkurs und die Lohnrückstände aufzeigen (vgl. Kap. 5.2.1). Die soziale Nachhaltigkeit ist auch durch die drastisch gesunkene Geburtenrate, die Abwanderung der jungen Bevölkerung und die überproportional hoch besetzten Altersklassen der Menschen über 60 Jahre gefährdet (vgl. Kap. 2.2.1). So werden in naher Zukunft weitere Dörfer aufgegeben werden müssen. Auch im Gesundheits- und Erziehungswesen kann es noch zu einer weiteren Erhöhung der Benachteiligung der ländlichen Bevölkerung kommen, wenn die Unterfinanzierung anhält (vgl. Kap. 3.1).

Hinsichtlich einer Menschenwürdigen Entwicklung ist es schwierig, Aussagen zu treffen. Absolute Not tritt in der Regel nicht auf, jedoch scheint latent noch immer Angst gegenüber den Machthabenden vorhanden zu sein. Auffällig war während der Erhebungen, dass Frauen in der Regel eher bereit sind, die Dinge beim Namen zu nen-

nen. So kamen wichtige Hinweise, welche die Hintergründe von Vorgängen aufdeckten, in der Regel von Frauen. Die Männer, darunter insbesondere diejenigen im arbeitsfähigem Alter, sprachen insgesamt ungern über Politik. Von ihnen konnte man in der Regel lediglich durch gezieltes Nachfragen Informationen bekommen.

Was wollen die Leute erreichen?

Betrachtet man die private Tierhaltung (vgl. 5.2.2) als wichtige Strategie der Lebensunterhaltssicherung, so lässt diese sich unterschiedlich interpretieren. Wenn man davon ausgeht, dass die Ernährung über die eigenen Gärten sichergestellt ist, so wäre die Tierzucht für den Eigenbedarf nicht nötig, es sei denn sie diene der Sichererstellung einer ausreichenden Proteinversorgung. Allerdings würde hierfür eine private Tierhaltung etwa von Hühnern genügen. Insofern könnte man die Tierhaltung zum Zwecke des Verkaufs von Tierprodukten als Strategie interpretieren, die primär der Erhöhung des Einkommens dient, da Tierprodukte im Gegensatz zu Gartenprodukten besser zu vermarkten sind.

Andererseits könnte man sie auch als eine Strategie zur Reduzierung der Verwundbarkeit auffassen, wenn man den Tierbestand als eine Art Versicherung für Krisensituationen auffasst. Tiere können schnell zu Geld umgesetzt werden, wodurch eintretende Krisensituationen, die etwa durch plötzlich notwendige medizinische Behandlungskosten entstehen, entschärft werden können. Auch scheint nach den Erfahrungen der Hyperinflation das Vertrauen der Menschen in Tiere als Wertaufbewahrungsmittel höher als das in Geld.

Anhand der Gruppenbefragungen wurde ebenfalls deutlich, dass Sicherheit für die Befragten eine wichtige Rolle spielt. Insgesamt zeigen die Bewohner bei ihren Strategien auch keine hohe Risikoneigung. So bevorzugen sie es, lebendes Vieh und Milch an die fliegenden Händler zu verkaufen, anstatt von ihnen verarbeitete tierische Produkte selber zu vermarkten. Zwar könnten sie dabei höhere Einkünfte erzielen, müssten gleichzeitig aber auch ein höheres Risiko tragen, da die Ware verderben kann, falls sich dafür keine Käufer finden. Insgesamt ist kaum Unternehmertum und Initiative auszumachen. So meinte auch der Leiter der KfWB in Kiew, das vorhandene Entrepreneurprogramme im ländlichen Raum eingestellt wurden, da sie keine Resonanz hatten. Man würde nun auf Investoren aus der Stadt setzen.

Während der Erhebungen entstand der Eindruck, der überwiegende Teil der Menschen hätten sich mit ihren Gärten und dem Tierbestand jetzt soweit abgesichert, dass sie in der andauernden Transformationskrise überleben können. Die private Tierhaltung wird aber in der Regel nicht als Kern des Aufbaus eines eigenen kleinen Betriebes verstanden. Hierfür müssten oft auch die Ställe erweitert werden, ebenfalls ergäben sich Probleme bei der Futtermittelbeschaffung. Der Tierbesitz scheint von den meisten auch nicht mit Stolz betrachtet zu werden, vielmehr wird er als Zeugnis ihrer gegenwärtigen schlechten Situation angesehen. So würden viele wohl auch wieder davon Abstand nehmen, wenn etwa die Firma Lanagro oder der Staat wieder höhere Löhne bzw. Renten auszahlen würden. Insofern scheinen die Leute darauf zu warten, dass Hilfe von oben kommt.

Hinsichtlich der Zufriedenheit über das Erreichte scheint es auch zwischen den Generationen Unterschiede zu geben. Die Rentner, die mit Hungersnot und Krieg schon schlimmere Zeiten erlebt haben, sind mit der gegenwärtigen Situation noch relativ zufrieden, auch wenn etwa für den Lebensabend angesammelte Ersparnisse durch die Hyperinflation verloren gingen. Daher bezeichneten diejenigen, die noch relativ gesund

waren, ihre Situation als insgesamt befriedigend. So meinte auch eine Rentnerin, im Sommer muss man zwar hart arbeiten. Wenn man dann aber für den nächsten Winter genügend Vorräte gesammelt hätte, könne man in der kalten Jahreszeit das Leben genießen. Die jüngere Generation, die in relativ prosperierenden Zeiten aufgewachsen ist, scheint mit dieser Krisensituation mehr Probleme zu haben.

Verwundbare Gruppen

Während der partizipativen Befragungen wurden die Lehrer und die Administrationsmitarbeiter gefragt, welche Gruppen von Bewohnern der Gemeinde sie für besonders verwundbar halten. Die Pädagogen nannten dabei die von Geburt an Behinderten, alleinstehende Rentner und arbeitslose Jugendliche. Die Verwaltungsbeschäftigten meinten, generell wären alle Bürger in einer ähnlich schlechten Situation. Sie entschieden sich dann aber für die Kinder und die Rentner, wobei unter den Ruheständlern insbesondere die alleinstehenden und die mit geringen Renten verwundbar wären. Ein Mitglied der Administration wollte auch die Jugendlichen als Gruppe hinzufügen. Diesem widersprach aber die junge Buchhalterin, welche der Generation selbst angehört. Sie meinte, junge Leute könnten was erreichen, wenn sie sich anstrengen würden.

Neben diesen könnte auch die Gruppe der Ausländer aus ehemaligen Sowjetrepubliken als verwundbar bezeichnet werden, bei denen sich anhand ihres rechtlichen Status Benachteiligungen ergeben (vgl. 4.4.2). Als weitere verwundbare Gruppe sind Menschen mit Alkoholproblemen zu nennen (vgl. 3.2), die gleichzeitig auch besonders von sozialer Exklusion betroffen zu sein scheinen.

Die Gruppe der Rentner hat in der Ukraine angesichts ihrer großen Anzahl und dem daraus entstehenden Wählerpotential noch relativ hohen Einfluss. Darüber hinaus scheinen die älteren Ruheständler auch immer noch wegen der Verteidigung des Landes im Zweiten Weltkrieg sehr angesehen zu sein. Insgesamt wird daher relativ viel für sie unternommen, wie etwa der Betreuungsservice verdeutlicht. Darüber hinaus konnten sie etwa in den 90er Jahren, als die Renten nicht ausgezahlt wurden, zumindest im Laden Lebensmittel kaufen, da dieser eine Abmachung mit dem Rentenfond hatte. Insofern sind ältere Leute sicherlich verwundbarer, erfahren aber noch eine gewisse Solidarität und Unterstützung.

6 Fazit

Die Ergebnisse werfen die Frage auf, inwieweit in der, im Untersuchungsgebiet ange-troffenen, relativ fragmentierten Gesellschaft mit wenig gegenseitigem Vertrauen Bot-tom-Up-Entwicklungsansätze verwirklichtbar sind. So ist auch etwa der Leiter der Ko-ordinierungsstelle für Wirtschaftliche Beratung der KfW in Kiew an erfolgversprechen-den Ansätzen interessiert, weil man z.B. mit Existenzgründungsunterstützungspro-grammen schlechte Erfahrung gemacht hatte. Seiner Ansicht nach ist horizontale Ko-operation auf lokaler Ebene in der ukrainischen Gesellschaft nur schwer zu verwirkli-chen. So orientiert sich die KfWB heute primär an vertikalen Konzepten (Bank → Händler → Weiterverarbeiter → Erzeuger).

Diese vertikalen Ansätze können zwar wahrscheinlich kurzfristig ökonomischen Er-folg bringen, bergen aber die Gefahr, dass im ländlichen Raum der Ukraine die Entste-hung einer „Dual Economy“ gefördert wird, in der auf der einen Seite am Weltmarkt orientierte Agrarerzeuger agieren, die angesichts eines hohen Technisierungsgrades aber der Bevölkerung nur wenig Arbeitsplätze bieten können. Somit wäre der Großteil der Bevölkerung vom formellen Sektor ausgeschlossen, müsste daher entweder mit Ab-wanderung oder mit der Fortführung der Subsistenzstrategie reagieren. Dabei würden sich die Rahmenbedingungen höchstwahrscheinlich tendenziell für die Bewohner ver-schlechtern, sobald Tierzucht in Agrarbetrieben wieder rentabel ist, wodurch die private Tierhaltung zurückgedrängt würde.

Um dieser Exklusion entgegen zu wirken, sollte nach erfolgversprechenden Bottom-Up-Entwicklungsstrategien gesucht werden. Betrachtet man die Ergebnisse der Unter-suchungen in Żuky, so sind dort einige Ansätze von horizontaler Kooperation sichtbar. So werden etwa gemeinsame Kuhherden gebildet. Auch waren die Bewohner zumindest zeitweise bereit, ein gemeinsames Nachbarschaftsschutzprogramm zu organisieren, um ihr Eigentum zu schützen. Potenzial scheint demzufolge vorhanden zu sein. Bei der Su-che nach Strategien zur Unterstützung von horizontaler Kooperation bietet sich an, auf Erfahrungen aus Ländern zurückzugreifen, in denen ähnlich fragmentierte Gesell-schaftsstrukturen vorherrschen. Hier bieten sich Perspektiven für weiterführende For-schung.

7 Literaturverzeichnis

- ADG (2000): Poltava Regional Report (March 2000) : Im Auftrag des U.S. & Foreign Financial Service und des US. Department of State. In: www.bisnis.doc.gov/bisnis/country/000323poltava.htm. 17.4.2002.
- D'Anieri, A. / Kravchuk, R. / Kuzio, T. (1999): *Politics and Society in Ukraine*. Boulder.
- Bähr, J (1997): *Bevölkerungsgeographie : Verteilung und Dynamik der Bevölkerung in globaler, nationaler und regionaler Sicht*. 3. Aufl. Stuttgart.
- Bohle, H.-G. (2001): *Neue Ansätze der geographischen Risikoforschung : Ein Analyse-rahmen zur Bestimmung nachhaltiger Lebenssicherung von Armutgruppen*. In: *Die Erde* 132, S. 119 - 140.
- Bos, E. (2002): *Das politische System der Ukraine*. In: Ismayr, W. (Hg.) (2002): *Die politischen Systeme Osteuropas*. Opladen.
- Bridger, S. (1987): *Women in the Soviet Countryside : Women's roles in rural development in the Soviet Union*. Cambridge.
- Broome, B. J. (o.J.): *Description of the Interactive Management Approach to Group Design and Problem-Solving*. In: www.public.asu.edu/~bbroome/im-intro.html/. 25.7.2002.
- Chambers, R. (1989): *Vulnerability, coping and policy*. In: *Institute of Development Studies Bulletin* 20, S. 1 - 7.
- Chambers, R. (1991): *The state and rural development : Ideologies and an agenda for the 1990s*. In: Colclough, C. / Manor, J. (Hg.) (1991): *State or Markets? : Neoliberalism and the Development Policy Debate*. Oxford, S. 260 - 278.
- Chambers, R. (1994): *The origins and practise of participatory rural appraisal*. In: *World Development* 22, S. 953 - 969.
- Conquest, R. (1992): *Letters : To the Editor*. In: *Slavic Review* 51, S. 192 - 193.
- Cramon-Taubadel, S. v. (1999): *The market for sugar in Ukraine : Past, present and future*. In: Seidenberg, A. / Hoffmann, L. (Hg.) (1999): *Ukraine at the Crossroads : Economic Reforms in International Perspektive*. Heidelberg, S. 271 - 291.
- Creutz, H. (1997): *Das Geldsyndrom*. 4. Aufl. München. In: www.userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/creutz/geldsyndrom/kap26.htm. 28.7.2002.
- Derichs, A. / Rauch, T. (2000): *LRE und der 'Sustainable Livelihoods' Ansatz : Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Komplementaritäten*. In: *Entwicklungsethnologie* 9, S. 60 - 78.
- DFID (1999): *Sustainable Livelihoods Guidance Sheets*. In: www.livelihoods.org. 16.7.2002.
- Durkot, J. (2002): *Ukrainische Parlamentswahl als Demokratie-Test : Sieg des Reformbündnisses - eine Initialzündung für Reformen?* In: *Osteuropa* 52, S. 564 - 575.

- EBRD (1999): Transition Report 1999 : Ten years of transition. London.
- EncUkr (1984): Encyclopedia of Ukraine : Volume 1. Toronto.
- EncUkr (1993): Encyclopedia of Ukraine : Volume 4. Toronto.
- ERS (2001): Briefing Room : Ukraine - trade (updated: 29.11.2001). In: www.ers.usda.gov/briefing/Ukraine/trade.htm. 3.8. 2002.
- Fassmann, H. (1999): Regionale Transformationsforschung : Konzeption und empirische Befunde. In: Pütz, R. (Hg.) (1999): Ostmitteleuropa im Umbruch : Wirtschafts- und sozialgeographische Aspekte der Transformation. Mainz, S. 11 - 19.
- Förster, H. (2000): Transformationsforschung : Stand und Perspektiven. In: Europa Regional 8 (3/ 4), S. 54 -59.
- FWA (2002): Fischer Weltatlas - Ukraine. In: www.weltatlas.de/staaten/ukraine.html. 30.7.2002.
- Hofer, E. (2000): Das Bildungswesen der Ukraine : Aktuelle Fallstudien im Bereich der Hochschulbildung. In: Osteuropa 11, S. 1212 - 1231.
- Hoffmann, L. / Vincentz, V. (2002) Ukraine : Wachstum in einer virtuellen Wirtschaft. In: Osteuropa 52, S. 461 - 475.
- Holtz, U. (1997): Probleme und Perspektiven der Entwicklungspolitik. In: Holtz, U. (Hg.) (1997): Probleme der Entwicklungspolitik. Bonn, S. 11 - 97.
- Huntington, S. P. (1998): Kampf der Kulturen : Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Berlin.
- Kirsch, O.C. (1996): Teilbericht „Aufbau genossenschaftlicher und genossenschaftsähnlicher Organisationen in der Ukraine“ : Projektidentifikation im Auftrag der GFA-Gesellschaft für Agrarprojekte mbH, Bonn, für das BML. Heidelberg.
- Klüter, H. (2000): Räumliche Aspekte von Transformationsproblemen aus systemtheoretischer Perspektive. In: Europa Regional 8 (3/ 4), S. 35 - 51.
- Kudat, A. / Youssef, N. H. (1999): Older People in Transition Economies : An overview of their plight in the ECA region. Washington.
- Kühne, O. (2001): Transformation und kybernetische Systemtheorie : Kybernetisch-systemtheoretische Erklärungsansätze für den Transformationsprozess in Ostmittel- und Osteuropa. In: Osteuropa 51, S. 148 - 170.
- Lüdemann, E. (2001): Ukraine. 2. Aufl. München.
- Merkel, W. (1999): Systemtransformation : Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen.
- Müller, K. (2001): „Countries in Transition“ : Entwicklungspfade der osteuropäischen Transformation. In: Osteuropa 51, S. 1146 - 1167.
- Nohlen, D. (2000): Entwicklungsländer. In: Nohlen, D. (Hg.) (2000): Lexikon Dritte Welt. 11. Aufl. Reinbek, S. 216 - 218.
- Ott, A. (1999): Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine von 1991 bis 1998. Köln.

- OSCE (2000): Representative on Freedom of the Media, 2000 : Current Media Situation in Ukraine. In: OSCE (2000): Freedom and Responsibility. Wien, S. 249 - 274.
- Plaggenborg, S. (2001): Die Sowjetunion - Versuch einer Bilanz. In: Osteuropa 51, S. 761 - 777.
- Pleines, H. (1998): Die Regionen der Ukraine. In: Osteuropa 48, S. 365 - 372.
- Rauch, T. (1996): Ländliche Regionalentwicklung im Spannungsfeld zwischen Weltmarkt, Staatsmacht und kleinbäuerlichen Strategien. Saarbrücken.
- Sachs, W. (1992): Zur Archäologie der Entwicklungsidee : Acht Essays. Frankfurt am Main.
- Sangmeister, H. G. (2001): Folien zur Vorlesung Entwicklungspolitik I : Strukturprobleme der Entwicklungsländer. In: www.rzuser.uni-heidelberg.de/~ataalouc/SS01/Folien_26_04_01.pdf. 16.4.2002.
- Schneider, E. (1997): Begriffe und theoretische Konzepte zur politischen Transformation. In: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (1997): Der Osten Europas im Prozess der Differenzierung : Fortschritte und Mißerfolge der Transformation. München, S. 17 - 25.
- Schubert, W. (1997): Ukraine : Agrarstrukturen im Umbruch. In: Europa Regional 5, S. 15 - 24.
- SCSU (2001): Statystična informacija : Rična statystična informacija : Naselennja. In: <http://www.ukrstat.gov.ua/indexu.html>. 5.8.2002.
- Stadelbauer, J. (1996): Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion : Großraum zwischen Dauer und Wandel. Darmstadt.
- Stadelbauer, J. (1997): Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) : Sozioökonomische Aspekte der Transformation - eine Einführung. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 41, S. 73 - 78.
- Stadelbauer, J. (1998): Umweltprobleme in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und ihre globale Dimension. In Geographische Rundschau 50, S. 306 - 313.
- Stadelbauer, J. (2000): Räumliche Transformationsprozesse und Aufgaben geographischer Transformationsforschung. In: Europa Regional 8 (3/ 4), S. 60 - 71.
- Starostenko, H. H. (1998): Economic and Ecological Factors of Transformations in Demographic Process in Ukraine. In: www.wumag.kiev.ua/archiv/2_98/economic.htm. 10.4.2002.
- Stiglitz, J. (2002): Die Schatten der Globalisierung. Berlin.
- Sundakov, A. (1999): Transition crisis : Is crisis management delaying transition? In: Siedenber, A. / Hoffmann, L. (Hg.) (1999): Ukraine at the Crossroads : Economic reforms in international perspective. Heidelberg, S. 161 - 188.
- Tauger, M. B. (1992): Letters : Prof. Tauger replies. In :Slavic Review 51, S. 193 - 194.

- Thießen, U. (1999): Reforming the Social Security System. In: Siedenberg, A. / Hoffmann, L. (Hg.) (1999): Ukraine at the Crossroads : Economic reforms in international perspective. Heidelberg, S. 161 - 188.
- Transparency International (2001): Press release about corruption perception index 2001. In: www.transparency.org/cpi/2001/cpi2001.html. 18.3.2002.
- UNDP (1997): Bericht über die menschliche Entwicklung 1997. Bonn.
- UNDP (2001a): Second Country Cooperation Framework for Ukraine (2001 - 2005) : I. National development situation from a human development perspective. In: www.un.kiev.ua:8080/undp/bd/show.php3?id=chapter1. 12.5.2003.
- UNDP (2001b): Human Development Report 2001. New York.
- Van Atta, D. (1998): Household budgets in Ukraine : A research report. In: Post Soviet Geography and Economics 39, S. 606 -616.
- Verchovna Rada (1996): Constitution of Ukraine : Adopted at the fifth Session of the Verkhovna Rada of Ukraine on 28 June 1996 In: www.rada.kiev.ua/const/conengl.htm. 16.7.2002.
- Vincenz, V. (2002): Ukraine. In: Clement, H. u.a. (2002): Wachstum in schwierigem Umfeld : Wirtschaftslage und Reformprozesse in Ostmittel- und Südosteuropa sowie der Ukraine 2001/2002, S. 99 - 104.
- WHO (2000): Highlights on health in Ukraine. In: www.who.dk/document/e72372.pdf. 16.7.2002.
- WHO (2002): European health for all database (Updated: January 2002). In: www.who.dk/hfadb. 10.4.2002.
- Zon, H. v. (2000): The Political Economy of independent Ukraine. London.

Graue Literatur

- Hlobyne (Programm der Rajonverwaltung) (2001): Programa rozvytku burjakovogo kompleksu „Cukor Globynščyny u 2002 roci“. Hlobyne.
- Poltava (Deržavnyj komitet statystyky Ukraïny - Poltavcs'ke oblasne upravlinnja statystyky) (2001a): Statystyčnyj ščoričnyk Poltavc'koï oblasti za 2000 rik (časťina I). Poltava.
- Poltava (Deržavnyj komitet statystyky Ukraïny - Poltavcs'ke oblasne upravlinnja statystyky) (2001b): Statystyčnyj ščoričnyk Poltavc'koï oblasti za 2000 rik (časťina II). Poltava.
- Žuky (2001a): Social'no-ekonomična charakterystyka sil's'kogo naselenogo punktu na 1 sičnja 2001 roku : Žuky. Žuky.
- Žuky (2001b): Social'no-ekonomična charakterystyka sil's'kogo naselenogo punktu na 1 sičnja 2001 roku : Kolomycivka. Žuky.
- Žuky (2001c): Social'no-ekonomična charakterystyka sil's'kogo naselenogo punktu na 1 sičnja 2001 roku : Pavlivka. Žuky.

Žuky (2001d): Social'no-ekonomična charakterystyka sil's'kogo naselenogo punktu na 1 sičnja 2001 roku : Žornjaky. Žuky.

Žuky (2001e): Social'no-ekonomična charakterystyka sil's'kogo naselenogo punktu na 1 sičnja 2001 roku : Novoselivka. Žuky.

Zitierte Zeitungen

The Day
Neue Zürcher Zeitung
Zorja komunizmu

Schriftliche Mitteilungen

Hlobyne (2002): Schriftliche Auskunft des statistischen Amtes des Rajons Hlobyne. Hlobyne.

Verwendete Karten

Kyevckaja Voенno-Kartografyčeskaja Fabryka (2000): Topografyčeskaja Karta 1:100.000 : 99 Myrhorod; 117 Hlobyno. Kyev.

Währungsumrechnung

Oanda (2000): The Currency Side. In: <http://www.oanda.com/convert/fxdaily>. 3.8.2002.

Transliteration

RAK (1993): Regeln für die alphabetische Katalogisierung in wissenschaftlichen Bibliotheken. 2. Aufl. Berlin.

Interviewverzeichnis

Durchgeführt in Žuky zwischen dem 14.1. und dem 5.2.2002:

Personen, die vorrangig wegen ihrer Funktion befragt wurden:

1. Bürgermeisterin
2. Sekretärin der Administration
3. Landverantwortliche der Administration
4. Buchhalterin der Administration
5. Leiterin des Kindergartens
6. Leiterin der Poststelle
7. Briefträgerin in Novoselivka
8. Direktorin der Schule
9. Zwei Lehrer, die gleichzeitig im lokalen Rat sitzen
10. ehemalige Direktorin der Schule
11. Leiterin der Schulkantine
12. Direktor von Lanagro
13. Buchhalter von Lanagro (Tschernobylinvalid)
14. Verkäuferin im ehemaligen Kolchosladen
15. Verkäuferin im Kiosk
16. Verantwortlicher für das Straßennetz Žukys

Vorrangig als Privatleute befragte Personen:

17. Vollversammlung der Schüler der Schule
18. Rentnerehepaar (ehem. Kolchosleiter; ehem. Feldarbeiterin)
19. Zwei Rentnerinnen (ehem. Feldarbeiterin; ehem. Hausmeisterin der Schule)
20. Rentnerehepaar (ehem. Lehrerin, Clubleiterin und Autorin; ehem. Ingenieur)
21. Rentnerehepaar (ehem. Veterinärin; ehem. Traktorist)
22. Alleinstehende Rentnerin (Feldarbeiterin, durch Schlaganfall halbseitig gelähmt)
23. Junge Familie (Wachmann, Feldarbeiterin)
24. Rentnerehepaar (ehem. Feldarbeiterin/ ehem. Traktorist)
25. Alleinstehende Frau mit sieben Kindern (Lanagroangestellte)
26. Alleinstehende Frau aus Pavlivka (Lanagroangestellte) (Pavlivka)
27. Fünf Frauen, die auf das Milchauto warten (Lanagroangestellte)
28. Zwei Frauen (Helferin der Ärztin, Rentnerin)
29. Mutter und invalider Sohn einer Familie aus der Westukraine (Lehrerin im Kindergarten; Statistikbeauftragter von Lanagro)
30. Rentnerin (ehem. Traktoristin)

Durchgeführt in Hlobyne zwischen dem 14.1. und dem 5.2.2002:

31. Vorsitzender des Rajonparlaments
32. Assistent des Vorsitzenden des Rajonparlaments
33. Leiter der Landwirtschaftsverwaltung der Regionalverwaltung
34. Leiter der Umwelta Abteilung der Regionalverwaltung
35. Leiterin des Katasteramts der Regionalverwaltung
36. Mitarbeiter der Statistikverwaltung der Regionalverwaltung
37. Zwei Journalisten der regionalen Zeitung Rajonni visti der Regionalverwaltung
38. Leiterin des Sozialversicherungsfonds
39. Mitarbeiterin in einem Computerladen
40. Ehemaliger Schulleiter/ Geschichtslehrer
41. Mitarbeiterin des Energieversorgungsunternehmens
42. Leitende Ärztin, ehemaliger leitender Arzt und leitende Schwester der Poliklinik
43. Zwei Mitarbeiterinnen des Altersheims

Durchgeführt in Kiew am 8.2.2002:

44. Leiter der Koordinierungsstelle für Wirtschaftliche Beratung der Kreditanstalt für Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland
45. Mitarbeiterin einer Getreideexportfirma

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Übersicht über die Gruppen bei der partizipativen Befragung.....	11
Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung in der Gemeinde Žuky 1.1.1996-1.1.2001.....	14
Tab. 3: Altersstruktur der Bevölkerung in Prozent am 1.1.2001.....	15
Tab. 4: Altersstrukturentwicklung der Landbevölkerung des Rajons Hlobyne.....	16
Tab. 5: Rückgang der Lebenserwartung der Bevölkerung der Ukraine 1990-1996.....	21
Tab. 6: Entwicklung der Säuglingssterblichkeitsrate* 1985-2000.....	21
Tab. 7: Anzahl der Tiere in privater Hand in der Gemeinde Žuky.....	31
Tab. 8: Ergebnisse der drei stärksten Parteien(-bündnisse) bei den Parlamentswahlen 2002.	39
Tab. 9: Bruttoinlandsprodukt (BIP) (1990 = 100).....	40
Tab. 10: Rentabilität der LW-Produktion* in der Oblast Poltava.....	43
Tab. 11: Produktionsentwicklung in LW-Betrieben* im Rajon Hlobyne (1990 = 100)	44
Tab. 12: Interviewte Gruppen.....	55
Tab. 13: Aussagen zur Analyse der Lösbarkeit von Problemen.....	56

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Analyseschema	3
Abb. 2: Landbevölkerung des Rajons Hlobyne (nach Geschlecht/ Alter).....	13
Abb. 3: Entwicklung der Lebenserwartung bei Geburt 1970 - 2000.....	20
Abb. 4: (Post)-sowjetisches sozialpsychologisches Syndrom	36

Fotoverzeichnis

Foto 1: Traditionelles Bauernhaus im Dorf Žuky.....	80
Foto 2: 16-Apartmentgebäude aus der Sowjetzeit im Dorf Žuky.....	80
Foto 3: Veranstaltungssaal im Kulturklub des Dorfes Žuky	81
Foto 4: Viehbrunnen in der Nähe des Dorfes Žuky.....	81
Foto 5: Milchverkauf in Žuky an einen Händler	82
Foto 6: Teile der Produktionsanlagen der Zuckerfabrik in Hlobyne	82
Foto 7: Der von der Schließung bedrohte Kindergarten im Dorf Žuky.....	83
Foto 8: Gruppe von Lehrern beim Erstellen der Problemliste.....	83

Anhangverzeichnis

<u>Anhang 1: Gemeinde Žuky und Umgebung</u> (Auszug aus der topographischen 1:100.000 Karte Nr. 117 der Ukraine)...	84
<u>Anhang 2: Bewertung der Situation der Bevölkerung in der Gemeinde Žuky durch drei Gruppen (1930 - 2002)</u>	85
<u>Anhang 3: Problemliste der Lehrergruppe.....</u>	86
<u>Anhang 4: Problemliste der Administrationsgruppe</u>	87

Foto 1: Traditionelles Bauernhaus im Dorf Žuky



Foto: S. Slupsky, 2002

Foto 2: 16-Apartmentgebäude aus der Sowjetzeit im Dorf Žuky



Foto: S. Klüsener, 2002

Foto 3: Veranstaltungssaal im Kulturklub des Dorfes Žuky



Foto: S. Slupsky, 2002

Foto 4: Viehbrunnen in der Nähe des Dorfes Žuky



Foto: S. Klüsener, 2002

Foto 5: Milchverkauf in Žuky an einen Händler



Foto: S. Slupsky, 2002

Foto 6: Teile der Produktionsanlagen der Zuckerfabrik in Hlobyne



Foto: S. Klüsener, 2002

Foto 7: Der von der Schließung bedrohte Kindergarten im Dorf Žuky

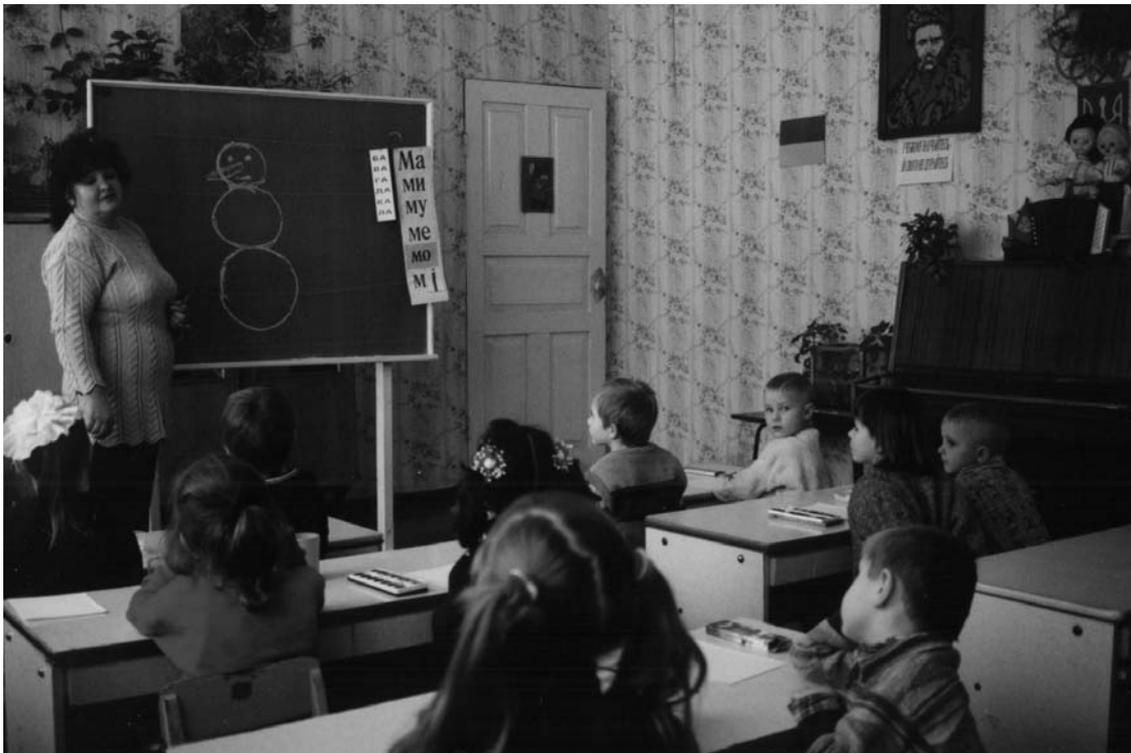
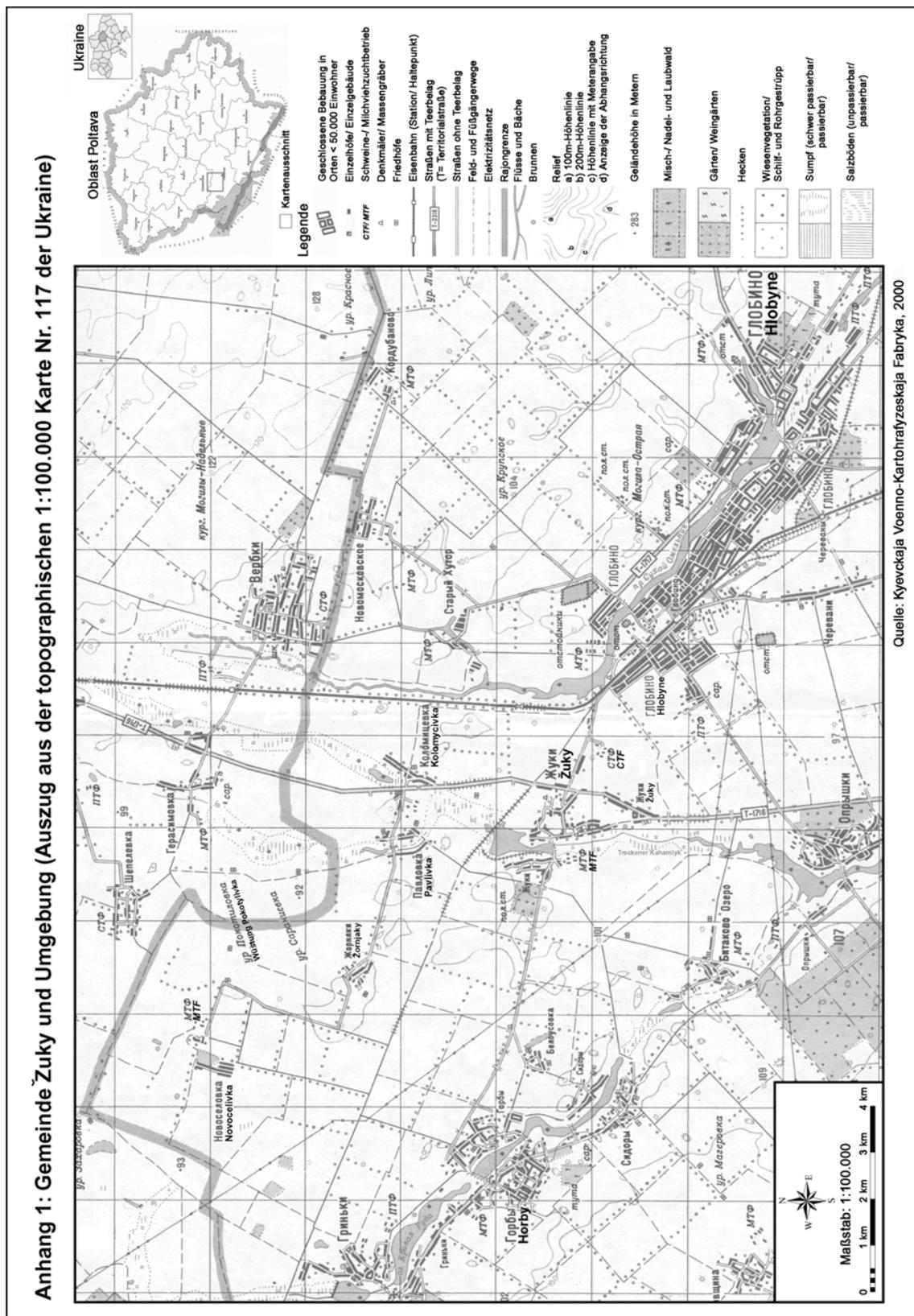


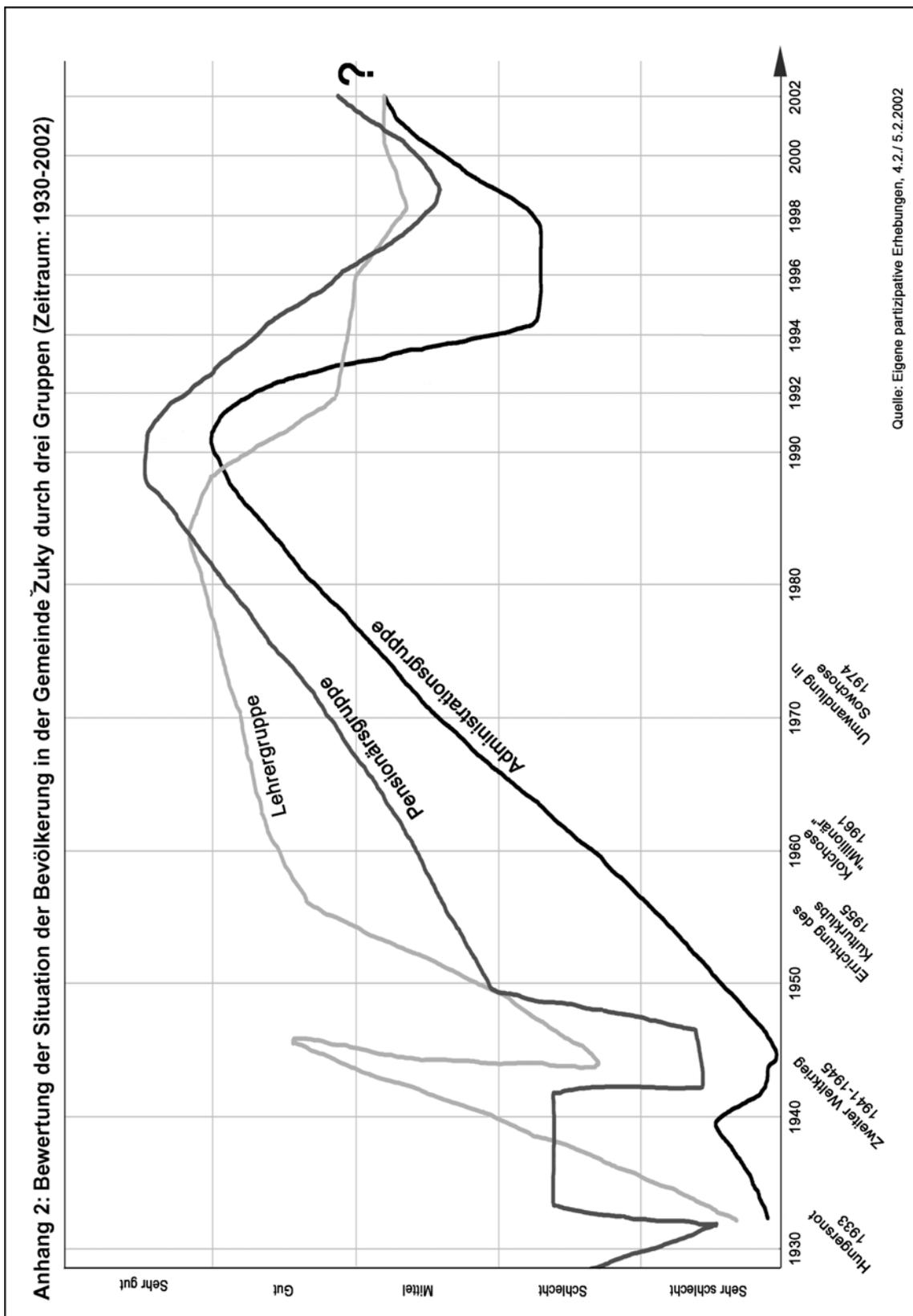
Foto: S. Slusky, 2002

Foto 8: Gruppe von Lehrern beim Erstellen der Problemliste

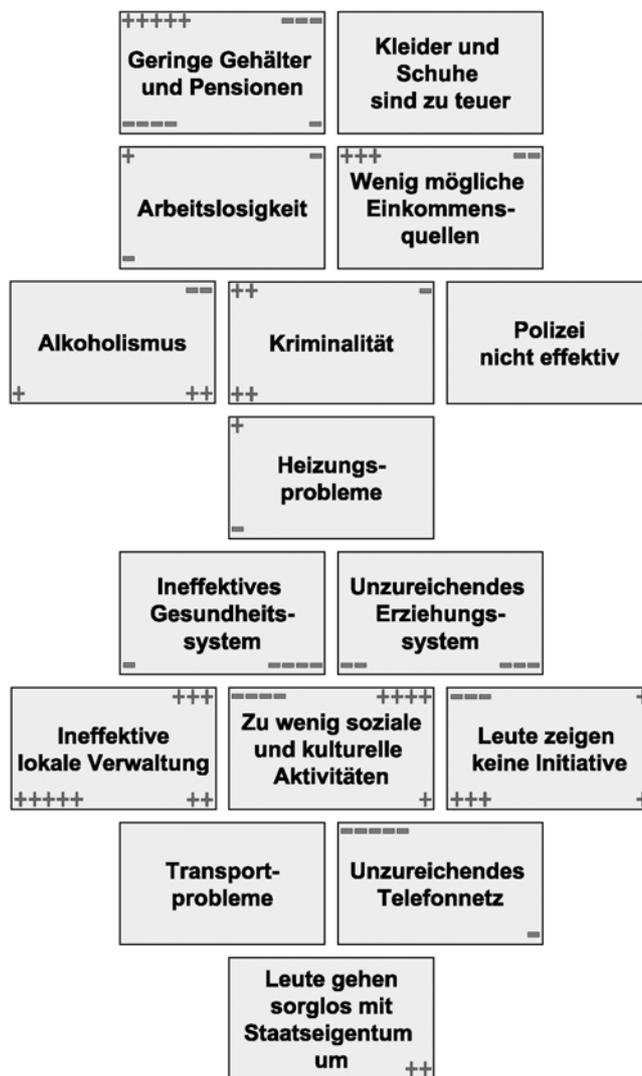


Foto: S. Klüsener, 2002





Anhang 3: Problemliste der Lehrergruppe

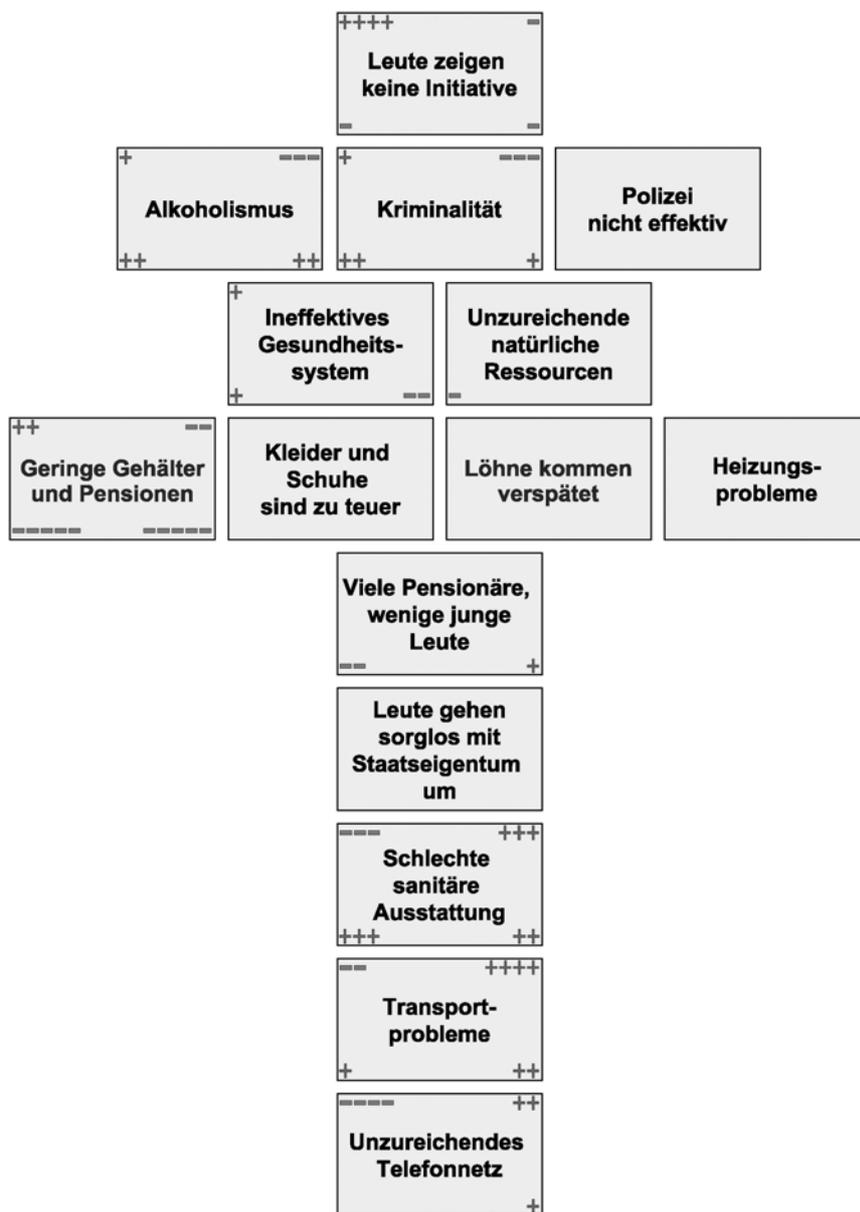


Links oben: Die Lösung dieses Problems wäre ein großer Schritt vorwärts.
 Rechts oben: Dieses Problem ist einfach zu lösen.
 Links unten: Dieses Problem kann man auf der Lokal bzw. Rajonebene lösen.
 Rechts unten: Die Lösung dieses Problems benötigt wenig Geld.

+ : positive Antwort - : negative Antwort

Quelle: Eigene partizipative Erhebung, 5.2.2002

Anhang 4: Problemliste der Administrationsgruppe



Links oben: Die Lösung dieses Problems wäre ein großer Schritt vorwärts.
 Rechts oben: Dieses Problem ist einfach zu lösen.
 Links unten: Dieses Problem kann man auf der Lokal bzw. Rajonebene lösen.
 Rechts unten: Die Lösung dieses Problems benötigt wenig Geld.

+ : positive Antwort - : negative Antwort

Quelle: Eigene partizipative Erhebung, 5.2.2002